



Netzwerk Türkei Working Paper

Netzwerk Türkei Working Paper No. 3

Wandel der türkischen Nahostpolitik
Außenpolitik zwischen regionalem Führungsanspruch
und Interessenskonflikten.

Christoph Mielke
christoph_mielke@hotmail.com
Berlin 2007

Gliederung der Arbeit:

| | |
|--|-----------|
| <i>Verzeichnis der Darstellungen/ Landkarte der Türkei und ihrer Nachbarn.....</i> | <i>iv</i> |
| <i>Abkürzungsverzeichnis.....</i> | <i>v</i> |
| 1. Einleitung..... | 1 |
| 1.1. Warum wandelt sich die türkische Nahostpolitik?..... | 1 |
| 1.2. Relevanz und Verortung der Arbeit im Forschungsstand..... | 2 |
| 1.3. Präzisierung der Fragestellung und Hypothesenbildung..... | 6 |
| 1.4. Gliederung der Arbeit und Methodenreflexion..... | 10 |
| 2. Theorien außenpolitischen Wandels..... | 13 |
| 2.1. Theorieanknüpfung I (Außenpolitischer Wandel)..... | 13 |
| 2.2. Theorieanknüpfung II (Regionale Machthierarchien)..... | 25 |
| 3. Wandel der türkischen Außenpolitik..... | 28 |
| 3.1. Internationaler Kontext und außenpolitische Implikationen..... | 28 |
| 3.1.1. Welche Rolle für die Türkei? | |
| 3.1.2. Brücke zwischen den Zivilisationen oder Modell <i>sui generis</i> ? | |
| <i>Zwischenfazit</i> | |
| 3.2. Innenpolitische Neuordnung bzw. Neuausrichtung..... | 35 |
| 3.3.1. Türkische Identität und Außenpolitik | |
| 3.2.2. Die Bedeutung von Regierungswechseln – Die AKP | |
| 3.2.3. Wirtschaftliche Determinanten | |
| <i>Zwischenfazit</i> | |
| 3.3. Veränderung des <i>policy-making process</i> | 47 |

- 3.3.1. Neue Akteure in der Arena der Außenpolitikformulierung
- 3.3.2. Öffentliche Meinung

Zwischenfazit

| | |
|--|-----------|
| 4. Fallbeispiele – Türkische Nahostpolitik..... | 54 |
| 4.1. Geschichtliche Perspektive und Stereotype..... | 55 |
| 4.1.1. Historischer Kontext der türkisch-nahöstlichen Beziehungen | |
| 4.1.2. Wandel in den 1990er | |
| 4.2. Syrien..... | 60 |
| 4.2.1. Konfliktlinien der türkisch-syrischen Beziehungen (PKK, Wasser) | |
| 4.2.2. Das Adana-Abkommen von 1998 | |
| 4.2.3. Gewandelte Interessen und neue Ansätze gegenüber Syrien | |
| 4.3. Irak..... | 69 |
| 4.3.1. Die Irakpolitik der Türkei bis 2003 | |
| 4.3.2. Der Irak-Krieg 2003 und die Folgen für die türkische Außenpolitik | |
| 4.3.3. Zankapfel ‚Kirkuk‘ | |
| 4.4. Israel..... | 81 |
| 4.4.1. Vertragsabschlüsse in den 1990ern | |
| 4.4.2. Der arabisch-israelische Konflikt | |
| 4.4.3. Der 33-Tage-Krieg im Libanon 2006 | |
| 5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen | 86 |
| 5.1. Ergebnisse..... | 86 |
| 5.2. Konsequenzen für die Forschung außenpolitischen Wandels | 92 |
| 6. Literatur..... | 95 |

Verzeichnis der Darstellungen:

| | |
|---|----|
| Fragestellung der Diplomarbeit..... | 6 |
| Schaubild 1.1. - Formen von Wandel..... | 20 |
| Definition – Außenpolitischer Wandel..... | 21 |
| Schaubild 1.2. – Forschungsdesign zur Erklärung außenpolitischen Wandels..... | 24 |

Landkarte der Türkei und ihrer Nachbarn:

MIDDLE EAST



Quelle: http://bostontoistanbul.com/maps/Turkey_Middle_east.jpg (20.04.2007)

Abkürzungsverzeichnis:

| | | |
|------------|---|--|
| AKP | Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung | Adalet ve Kalkinma Partisi |
| CHP | Republikanische Volkspartei | Cumhuriyet Halk Partisi |
| EMP | Euro-Mediterrane Partnerschaft | |
| EU | Europäische Union | |
| KONGRA-GEL | Kurdischer Volkskongress | |
| MHP | Partei der nationalistischen Bewegung | Milliyetçi Hareket Partisi |
| NSR | Nationaler Sicherheitsrat | |
| OIC | Organisation der islamischen Konferenz | Organisation of the Islamic Conference |
| OYAK | Rentenfond der militärischen Streitkräfte | Ordu Yardimlasma Kurumu |
| PKK | Kurdische Arbeiter Partei | Partiya Karkeren Kurdistan |
| RP | Wohlfahrtspartei | Refah Partisi |
| TBMM | Türkisches Parlament | Türkiye Büyük Millet Meclisi |
| TOBB | Verband der türkischen Börsen und Kammern | Türkiye Odalar ve Borsalar Birliği |
| TÜSIAD | Verband türkischer Unternehmer und Industrieller | Türk Sanayicileri ve Isadamlari Dernegi |
| USA | Vereinigte Staaten von Amerika | |

1. Einleitung

“The threats facing Turkey are so diverse and acute that Turkey can only maintain peace by adhering to the age old adage, ‘Those who want peace, must be prepared for war’. (...) From now on Turkey has to fight against any threat directed to her survival and security solely by her own national means. (...) However, no matter how capable a foreign policy might be, it cannot be stronger than the military might it relies on.”

- Sükrü Elekdag, März 1996 (Elekdag 1996)

“With regards to our foreign policy, we have been pursuing a multi-dimensional approach based on problem solving (...) Our goal is always to be able to create win-win situations (...) Active engagement is the only way we can create a positive agenda in our region (...) Turkey is a country that can make a difference for the better not only at a regional level, but also on a global one as well.”

- Abdullah Gül, Februar 2007 (Gül 2007)

1.1. Warum wandelt sich die türkische Nahostpolitik?

Die Eingangszitate spiegeln beispielhaft den Wandel der türkischen Außenpolitik in den letzten zehn Jahren wider, welcher im Mittelpunkt dieser Arbeit steht. Dieser Wandel drückt sich in der Region des Nahen Ostens durch die Abkehr der türkischen Außenpolitik eines engen, nach innen gerichteten und sicherheitsdominierten Ansatzes zugunsten eines erweiterten, kooperativen Aktivismus aus. Der Wandel kann demnach als ‚Re-Konzeptualisierung bzw. Neubewertung des Sicherheitsbegriffs‘ verstanden werden (vgl. Kirişçi 2006: 12, Rubin 2001: 3, Everts 2004: 3).

Wer die Außenpolitik der Türkei vor zehn Jahren mit der Gegenwärtigen vergleicht, könnte kaum annehmen, dass es sich tatsächlich um das gleiche Land handelt. Die türkische Nahostpolitik hat als Teil dieser Außenpolitik in den letzten zehn Jahren ebenfalls einen wesentlichen Wandel erfahren. Viele Ereignisse stehen im Zusammenhang mit diesem Kurswechsel: Die Verhaftung Abdullah Öcalans, die EU-Beitrittsperspektive seit Helsinki 1999, die Wirtschaftskrise 2000/ 2001 sowie der ‚Erdrutschsieg‘ der islamisch-konservativen AKP (*Adalet ve Kalkinma Partisi*) im Jahr 2002 bei den Parlamentswahlen, aber auch die Kriege im Irak 2003 und im Libanon 2006.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts waren die politischen Beziehungen der Türkei mit fast allen Nachbarländern äußerst angespannt. Der frühere Staatssekretär im türkischen Außenministerium und türkische Botschafter in Washington Sükrü Elekdag forderte noch Mitte der 1990er Jahre eine ‚Strategie der zweieinhalb Kriege‘ gegen Griechenland, Syrien und die PKK (Elekdag 1996, vgl. auch Robins 2003: 171). Im Kontrast zu diesen kriegerischen Ambitionen

versucht die Türkei in den letzten Jahren, durch eine kooperative und aktive Außenpolitik verstärkt, eine ‚Politik der guten Nachbarschaft‘ zu etablieren (vgl. Hale 2002: 337). *Die folgende Analyse will anhand des Wandels der türkischen Nahostpolitik aufzeigen, warum dieser Kurswechsel bzw. dieser Wandel in der außenpolitischen Orientierung stattfindet.* Es geht in dieser Arbeit also um den Wandel der türkischen Außenpolitik, welcher anhand der türkischen Nahostpolitik untersucht wird.

1.2. Relevanz und Verortung der Arbeit im Forschungsstand

In der theoriegeleiteten politikwissenschaftlichen Forschung wurde der Wandel der türkischen Außenpolitik im Allgemeinen bzw. der türkischen Nahostpolitik im Besonderen bisher noch nicht bearbeitet. Die wissenschaftliche Analyse des Wandels der außenpolitischen Beziehungen von Staaten im internationalen Staatensystem gewinnt zwar seit dem Ende des Ost-West-Konflikts zunehmend an Bedeutung, in der Forschung herrscht jedoch keine Einigkeit darüber, was Staaten zu einem außenpolitischen Kurswechsel veranlasst und nach welchen Kriterien dieser analysiert werden kann. Auffällig ist dabei, dass der Großteil der Arbeiten das internationale System als Analyseebene wählt und nicht die nationalstaatliche Ebene.¹

Von einer Generalisierbarkeit der theoretischen Überlegungen kann nicht gesprochen werden. Es ist unklar, ob ein Kurswechsel als Antwort auf einen Strukturwandel im internationalen System zu verstehen ist oder Anstöße für eine Neuorientierung aus dem jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Kontext stammen. Die theoretische Debatte um außenpolitischen Wandel wird in dieser Arbeit ausführlich in einem eigenem Kapitel diskutiert (vgl. Kapitel 2.1.). Die vorliegende Analyse versucht die wichtigsten erklärenden Faktoren für außenpolitischen Wandel aus den bisherigen theoretischen Bemühungen herauszuarbeiten und anschließend hinsichtlich der türkischen Außenpolitik im Allgemeinen und den drei ausgewählten Länderbeispiele Syrien, Irak und Israel im Besonderen zu überprüfen. Die Auswahl dieser drei Fallbeispiele erscheint aus mehreren Gründen plausibel. Neben der guten Bearbeitbarkeit aufgrund der bestehenden Quellenlage, gilt vor allem die politische Relevanz dieser Fallbeispiele als Auswahlkriterium. Die Bedeutung des außenpolitischen Wandels der Türkei seit Mitte der 1990er Jahren wird besonders gut durch die Analyse der Beziehungen der Türkei zu Syrien deutlich. Die zunehmende Destabilisierung in der Region nach dem Irak-Krieg 2003 macht die türkisch-irakischen Beziehungen als Untersuchungsgegenstand aufgrund des signifikanten Konfliktpotenzials relevant. Die Sonderstellung Israels in der Region als nicht-arabisches Land und engen

¹ Kenneth Waltz unterscheidet in seinem 1959 erschienen Buch ‚Man, State, and War‘ zwischen drei Analyseebenen (*levels of analysis*). Der ‚*first image*‘-Ansatz erklärt internationale Politik anhand der Handlungen von Individuen. Der ‚*second-image*‘-Ansatz fokussiert sich auf innerstaatliche Regime und deren Auswirkungen auf das internationale System. Der ‚*third-image*‘-Ansatz schließlich beschäftigt sich mit dem internationalen System, welches Waltz aufgrund der fehlenden Ordnungsgewalt als ‚anarchisch‘ bezeichnet. (vgl. 2.1.).

Verbündeten der USA schließlich macht auch die Untersuchung des dritten Fallbeispiels plausibel. Durch die innovative, multifaktorielle Vorgehensweise dieser Arbeit wird dazu beitragen, die theoriegeleitete Forschung des Wandels der Außenpolitik von Staaten anhand einer Länderstudie zu konkretisieren und anzuwenden.

Systematische und umfassende außenpolitische Analysen zur Türkei, an die man anknüpfen kann, enden in der Regel um das Jahr 2000 (beispielsweise Kramer, Hale, Robins).² Die Rolle des türkischen Regierungswechsels im Jahr 2002 konnte somit noch nicht in die Analyse einbezogen werden, ebenso wie die Folgen der Anschläge auf das World-Trade-Centre in New York und das Pentagon am 11. September 2001 oder des Irak-Kriegs 2003.

In den 1990er kam es zu einer wissenschaftlichen Debatte über den ‚neuen Aktivismus‘ (*new activism*) in der türkischen Nahostpolitik (vgl. Martin 2004: 161). Die beteiligten Autoren fragten sich insbesondere, welche Möglichkeiten und Risiken durch dieses Engagement entstehen. Ein wesentliches Merkmal der Debatte war die Instabilität der Region einerseits und die Herausforderungen für die nationalen Sicherheitsinteressen der Türkei andererseits (ebd.). In einigen dieser Forschungsarbeiten wird der hier untersuchte Wandel der türkischen Außenpolitik aufgegriffen und benannt, ohne jedoch anhand einer theoriegeleiteten Analyse konkretisiert zu werden. Hierzu zählen auch Arbeiten von William Hale, Mustafa Aydin, Philip Robins, Gencer Özcan, Stephen Larrabee und Kemal Kirişçi. In einigen Zeitschriftenaufsätzen erfährt der Wandel der türkischen Außenpolitik ebenfalls eine gewisse Berücksichtigung bei der Betrachtung von zwischenstaatlichen Außenpolitikanalysen, z.B. bei Untersuchungen von Leonore G. Martin, Ziya Önis und Meliha Altunisik.

In der Forschung gibt es einen Widerspruch hinsichtlich des Wandels der türkischen Außenpolitik. Eine Gruppe von Autoren konstatiert einen ‚post-Atatürk’schen‘ Wandel, der sich unter anderem durch einen gestiegenen regionalen Aktivismus und der Suche nach kooperativen ‚win-win‘-Lösungen zur Problemlösung deutlich macht und sich vom so genannte ‚Sèvres-Syndrom‘³ zunehmend löst.⁴ Für andere Forscher stellt der Wandel der türkischen Außenpolitik weniger eine Neubewertung der kemalistischen Grundprinzipien dar, als vielmehr eine Anpassung an die veränderte politische Geographie in der türkischen Nachbarschaft und in den Beziehungen zu diesen Ländern: *“there has been no change in Turkey’s foreign policy line of the status quo, but a change of the status quo in the regions surrounding Turkey“* (Kut 2001: 10). Philip Robins weist in

² Eine Reihe neuerer Dissertationen beschäftigt sich ebenfalls aus unterschiedlichen Perspektiven mit der türkischen Außenpolitik (siehe: Ulusoy, Bozarıslan, Biyikli, Çaman, Öcal).

³ Die Bedeutung des Sèvres-Komplexes für die türkische Außenpolitik wird in Kapitel 3 analysiert. Im Kern geht es um die Angst vor territorialer Destabilisierung durch äußere Bedrohungen.

⁴ Siehe bsp. Larrabee/ Lesser 2003, aber auch Kirişçi 2004/ 2006 und Rubin 2001: 3.

diesem Zusammenhang darauf hin: *“Ankara never really ,owned’ the processes of change that have taken place since the mid 1980s”* (Robins 2003: 6; Hervorhebung im Original: C.M.). Ein besonderes Kennzeichen ist demnach, dass die Türkei seit dem Ende des Ost-West-Konflikts keine interventionistischere Politik als zuvor betreibt: *“The dog of Turkish intervention has tended not to bark“* (Robins 2003: 8). Robins Fazit lautet zusammengefasst: *“Even when Turkey has acted robustly across its borders, its actions have either been based on precedent from an earlier era (military raids into northern Iraq) or been made after repeated and long suffered provocations (Öcalan and Syria from 1987 to 1998)”* (Robins 2003: 8).

Der dargestellte Widerspruch macht das Problem einer Untersuchung von außenpolitischen Wandel deutlich, da Kontinuität bei der Analyse von Wandel grundsätzlich mitgedacht werden muss. Trotz dieser Schwierigkeit greift es dem Verständnis dieser Arbeit nach zu kurz, sich für die Untersuchung der türkischen Außenpolitik vor allem auf die Betrachtung von Kontinuität im Sinne systemischer Anpassung zu konzentrieren.

Die oben angegebenen Arbeiten ähneln sich in ihrer umfangreichen empirischen Aufarbeitung der türkischen Außenpolitik, ohne jedoch explizit Theorien der Politikwissenschaft bzw. der internationalen Beziehungen anzuwenden.⁵ Es werden entweder auf internationaler oder innenpolitischer Ebene historische Entwicklungen nachgezeichnet oder es werden konkrete Phänomene und Ereignisse bearbeitet, wie beispielsweise der Wahlsieg der AKP 2002, die Rolle des politischen Islam, die türkische Identität, der Aufstieg des Nationalismus oder die Kurdenfrage. Es liegt jedoch keine wissenschaftliche Arbeit vor, die in einer theoretisch herausgearbeiteten, multikausalen Herangehensweise mögliche Erklärungsfaktoren für den Wandel der türkischen Außenpolitik herausarbeitet. Diese Forschungslücke soll die vorliegende Arbeit schließen.

Ein Grund, warum die türkische Außenpolitik gerade gegenüber dem Nahen Osten, aber auch zum Kaukasus oder Zentralasien, relativ wenig Beachtung in der Forschung findet, liegt nicht zuletzt an der öffentlich stärker wahrgenommenen Zypernfrage, welche wiederum als ein grundlegender Stolperstein auf dem Weg zu einer türkischen EU-Mitgliedschaft angesehen wird. Eine höhere Aufmerksamkeit in der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte, erfährt in regelmäßigen Intervallen die Möglichkeit der Türkei als Modell für die Vereinbarkeit von muslimischer Gesellschaft und Demokratie zu fungieren bzw. als Brücke und Vermittler

⁵ Eine Ausnahme ist die Arbeit von Hasan Ulusoy, der die türkische Außenpolitik mit Theorien der sozialkonstruktivistischen Schule zu erklären versucht.

zwischen dem Okzident und Orient aufzutreten.⁶ Besonders seit dem 11. September 2001, aber auch nach dem so genannten ‚Karikaturen-Streit‘ fragen westliche Politiker diese Funktion wieder stärker nach, ohne jedoch deren Möglichkeiten und Grenzen der faktischen Umsetzbarkeit vor Augen zu haben. Auch hier möchte die vorliegende Analyse einen wissenschaftlichen Beitrag zum besseren Verständnis leisten.

Die Untersuchung des Wandels der türkischen Nahostpolitik erscheint aus politischen Gründen überaus lohnenswert. Gerade für eine Verortung der Debatte um den zukünftigen EU-Beitritt der Türkei und der Neugestaltung der Europäischen Sicherheitsarchitektur könnte die vorliegende Analyse einerseits ein Beitrag für eine politische Annäherung der EU an das Selbstverständnis der Türkei sein. Andererseits kann diese Arbeit auch eine Grundlage für eine kohärentere EU-Außenpolitikstrategie in der Region des Nahen Ostens darstellen, welche die Grenzen und Möglichkeiten der Rolle der Türkei in diesem Kontext abwägt (vgl. Everts 2004: 2). Aufgrund der historischen Belastung vieler europäischer Länder in der Region durch ihre Kolonialgeschichte, hat die EU nur einen begrenzten Spielraum, um als glaubhafter Vermittler in der Konfliktregion des Nahen Ostens aufzutreten. Die Türkei hat zwar ebenfalls eine historische Last in der Region, welche - so ein wesentliches Argument dieser Arbeit - aufgrund ihrer verbesserten bilateralen Beziehungen z.B. zu Syrien und ihrem regionalen Engagement jedoch neu hinterfragt wird. Durch ihre verbesserten bilateralen Beziehungen, dem Willen zur Veränderung und ihrer gewachsenen Glaubwürdigkeit kann die Türkei eine Schlüsselrolle für die EU spielen, um aktiver bei der zukünftigen Gestaltung dieser konfliktreichen Region aufzutreten. Die Entfaltung dieses Potentials hängt laut dieser Analyse jedoch wesentlich vom Fortgang der innertürkischen Demokratisierung und den externen Entwicklungen in der Region vor allem im Irak ab.

1.3. Präzisierung der Fragestellung und Hypothesenbildung

Die vorliegende Analyse versucht sich dem Begriff des außenpolitischen Wandels anhand einer Länderstudie anzunähern. Im Mittelpunkt steht hierbei als Fallbeispiel der Wandel der türkischen Nahostpolitik. Es soll erklärt werden, warum sich die türkische Nahostpolitik wandelt. Es wird dabei davon ausgegangen, dass sich diese als Teil einer grundsätzlichen Re-Konzeptualisierung der türkischen Außenpolitik wandelt. Diese Neudefinierung ist als Antwort auf die veränderten internationalen und innenpolitischen Umweltbedingungen, sowie des außenpolitischen *policy-making process* der Türkei zu verstehen.

⁶ Die türkische Republik war vor allem zu ihrer Gründungszeit ein viel diskutiertes Modell für die Region, verlor diesen Status aber unter anderem aufgrund nationaler Rivalitäten während des Kalten Kriegs und dem Aufstieg des politischen Islam, sowie demokratischen Defiziten (vgl. Altunisik 2005a: 11).

Fragestellung der Diplomarbeit:

Warum wandelt sich die türkische Nahostpolitik?

Das besondere Interesse gilt in der vorliegenden Analyse den Beziehungen der Türkei zu Syrien, dem Irak und Israel, da diese besonders nachdrücklich den außenpolitischen Wandel illustrieren (vgl. Larrabee 2003: 3). Wie dargelegt, wird in dieser Arbeit weder eine historische Analyse der türkischen Außenpolitik vorgenommen noch sollen Erklärungsfaktoren herausgearbeitet werden, die sich der türkischen Außenpolitik holistisch annähern.⁷

Was ist also der Wandel der türkischen Außenpolitik? Der Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Istanbul, Rainer Hermann, veranschaulicht ihn folgendermaßen: „Bis in die neunziger Jahre hatten sich die Türken wie Mieter verhalten, die mit allen Nachbarn im Streit liegen. Heute kann die Türkei hingegen den Trumpf ausspielen, daß (sic!) sie - mit Ausnahme Armeniens - zu allen Ländern der Region gute Beziehungen unterhält“⁸.

Die türkische Außenpolitik war seit Republikgründung 1923 westlich orientiert, im Kalten Krieg (1946-1991) insbesondere zu den USA im Rahmen der NATO-Partnerschaft. Konzeptionell wird die Türkei bis in die 1990er auch als „*status quo*“-Macht *par excellence* bezeichnet, welche als oberstes Credo die nationale Integrität zu wahren versuchte (vgl. Robins 2003: 12, 50). Diese politische Orientierung hat nach dem Ende des Kalten Krieges jedoch zu erheblichen Konflikten mit den unmittelbaren Nachbarstaaten geführt und ist zunehmend in Erschütterung geraten. Der wirtschaftsliberale Ansatz eines Turgut Özal wich im Laufe der 1990er Jahre einer außenpolitischen Strategie der ‚nationalen Sicherheit‘, die insbesondere dem Militär ein erweitertes Mitspracherecht im politischen Entscheidungsprozess einräumte und die Türkei an den Rande eines Kriegs mit Griechenland 1996 und Syrien 1998 führte (vgl. Kirişçi 2004a: 48, Kirişçi 2006: 12). Insgesamt kennzeichnete sich diese Zeit vor allem durch Chaos und Orientierungslosigkeit in der Politikformulierung und den Entscheidungsprozessen. Ein Beispiel von vielen, welches dieses Argument deutlich unterstreicht: 1995 gab es insgesamt vier verschiedene Außenminister⁹.

⁷ Hierfür sind vor allem die Arbeiten von Hale (2002) bzw. Robins (2003) zu empfehlen.

⁸ Hermann, Rainer: Modell für Nahost? In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 12. November 2006. abrufbar unter: http://www.qantara.de/webcom/show_article.php?c-468/nr-638/i.html

⁹ Murat Karayalçın (Nov.94-März 95), Erdal İnönü (März 95-Sep. 95), Coskun Kirca Sep./Okt. 95), Deniz Baykal (Okt. 95 – Feb. 95) vgl.: Robins 2003: 64/65

Als außenpolitische Zielsetzung hatte die Türkei spätestens seit der Unterzeichnung des ‚Ankara-Abkommens‘¹⁰ 1963 eine enge Anbindung an Westeuropa vor Augen, welche ihr durch den Status als EU-Beitrittskandidat seit Helsinki 1999 auch in Aussicht gestellt wurde. Neu ist jedoch und das ist der hier zu erklärende Wandel: Es werden komplementär zu dieser Westorientierung gute Beziehungen zu allen Nachbarn angestrebt. Dabei treten Initiativen zur wirtschaftlichen Kooperation und regionaler Interdependenz in Konkurrenz zu sicherheitsdominierten Überlegungen (vgl. Kirişçi 2001: 94). Der Wandel von einem Nullsummen-Ansatz zu einem „win-win“-Ansatz, wie ihn beispielsweise der außenpolitische Berater des türkischen Ministerpräsidenten, Ahmet Davutoğlu, vor Augen hat und artikuliert¹¹ steht im Mittelpunkt der hier vorliegenden Analyse (vgl. Kapitel 2.2.). Die beiden der Arbeit zu Grunde liegenden erkenntnisleitenden Fragen lauten, welche Erklärungsfaktoren lassen sich für diesen Wandel heranziehen und wie lassen sich diese empirisch belegen?

Die türkische Nahostpolitik kann besonders deutlich die Hypothese unterstreichen, dass sich ein Wandel der türkischen Außenpolitik vollzieht, da der Nahe Osten für die Türkei historisch in erster Linie eine Region von Konflikten war, welche es zu meiden galt. Wie der Politikwissenschaftler Kemal Kirişçi herausgearbeitet hat, nimmt die Türkei Europa traditionell als ‚Kantianische‘ Welt wahr, welche eine Zone des demokratischen Friedens darstellt, in welcher win-win-Lösungen angestrebt werden. Demgegenüber wird der Nahe bzw. Mittlere Osten als ‚Hobbesianische‘ Welt wahrgenommen, in welcher tiefes Misstrauen und eine Abwesenheit von Kooperation herrscht (vgl. Kirişçi 2004: 39/ 40 und Kirişçi 2006: 99ff). Die türkischen Entscheidungsträger neigten dazu, den Nahen Osten als ‚Treibsand‘ zu betrachten, den es im eigenen Interesse zu umgehen galt, weshalb ein Engagement in dieser Region auch nicht angestrebt wurde und wenn, dann vor allem aufgrund sicherheitspolitischer Erwägungen (vgl. Birand 1996: 171). Warum die Türkei trotz der genannten historischen Stereotype im Nahen Osten im zunehmenden Maße an kooperativen Lösungen interessiert ist, wird in diesem Papier analysiert.

Ausgehend von der bisherigen Darstellung sollen folgende Arbeitshypothesen abgeleitet werden. Die erste Arbeitshypothese (H_1) ist dabei als übergeordnet zu verstehen.

H_1 :

¹⁰ Das als ‚Ankara-Abkommen‘ vom 12. September 1963 bekannte Assoziierungsabkommen zwischen der EWG und der Türkei sah die Möglichkeit eines EU-Beitritts vor. Turgut Özal stellte am 14. April 1987 den Antrag zur Mitgliedschaft, der jedoch zwei Jahre später (1989) abgelehnt wurde.

¹¹ „Türkiye merkez ülke olmalı „Die Türkei sollte ein Schlüsselstaat sein“ (Eigene Übersetzung, C.M.) (Radikal 26. Februar 2004, auch: Davutoğlu 2002).

Die türkische Nahostpolitik hat nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eine Neustrukturierung erfahren, da das nach innen gerichtete Sicherheitsverständnis aufgrund veränderter internationaler und innenpolitischer Veränderungen zu einer Krise geführt hat und deshalb eine Re-Konzeptualisierung der türkischen Außenpolitik notwendig wurde.

In der Annahme, dass es verschiedene Stufen bzw. Grade außenpolitischen Wandels gibt (vgl. Kapitel 2.1.), wird argumentiert, dass das Ende des Ost-West-Konflikts die Türkei in eine Krisensituation gestürzt hat, die zu einer grundlegenden Neubewertung der eigenen Präferenzen und Strategien geführt hat. Es wird untersucht, wie die Nichtüberwindung des sicherheitsdominierten Ansatzes zu einer Reihe von Auseinandersetzungen geführt hat, die fast in einer militärischen Eskalation gipfelte. Ausgelöst durch eine vielschichtige Krise sowohl in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft kam es zu neuen Ansätzen der Außenpolitikformulierung in Form von ‚*de-securitization*‘¹². Signifikante Beispiele für solche Ansätze sind das *rapprochement* mit Syrien und Griechenland aber auch Kooperationsinitiativen wie die ‚Allianz der Zivilisationen‘ unter spanisch-türkischer Schirmherrschaft und die 2003 eingeleitete Nachbarschaftsinitiative im Bemühen zur Stabilisierung des (Nachkrieg-)Iraks. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich die türkische Außenpolitik im Prozess der ‚Europäisierung‘¹³ befindet. Dieser Prozess hängt eng mit der Entscheidung in Helsinki 1999 zusammen, die Türkei als EU-Beitrittskandidat aufzunehmen. Die Aufnahme als Beitrittskandidat ist dabei ein Wendepunkt in der türkischen Außenpolitik, jedoch nicht als kausaler Auslöser des Wandels der türkischen Außenpolitik zu verstehen.

H₂:

Die faktische Fähigkeit für die Türkei als Regionalmacht zu agieren, ist durch die Überlappung von Interessenskonflikten begrenzt.

Die Türkei wird von verschiedenen Autoren als regionale Führungsmacht bezeichnet.¹⁴ Die Türkei hat insbesondere seit dem Regierungswechsel 2002 durch die AKP-Regierung eine außenpolitische Vision für das Land entwickelt, welche sich an regionaler Stabilität orientiert und

¹² Vgl. Waever, Ole (1995), *Securitization and Desecuritization*, in: Lipschutz, Ronnie D. (1995), *On Security*. New York.

¹³ In dieser Arbeit wird als ‚Europäisierung‘ die institutionelle Anpassung der Türkei an die Normen gemäß des EU-Rechtsstands (*acquis communautaire*) verstanden: “ (...) *Turkey has started to adopt the EU’s distinct foreign policy ‘style’ of promoting security through multilateral mechanisms and institutional integration*” (Everts 2004: 4). Für eine ausführlichere Einführung zum Thema ‚Europäisierung der Außenpolitik und die Türkei‘ siehe: Winrow 2005: 4f.

¹⁴ Für eine Analyse des Konzepts der ‚regionalen Führungsmacht‘ in Abgrenzung zur ‚Regionalmacht‘ und ‚Mittelmacht‘ siehe Kapitel 2.2.

in der die Türkei eine aktive Rolle zur demokratischen Gestaltung dieser Region übernehmen will (vgl. Gül 2004). Sie will dabei weniger als Modell denn als ‚Quelle der Inspiration‘ auftreten (Gül 2004: 6). Die Chance positiv auf die Region zu wirken, hängt jedoch stark davon ab, ob sich die Türkei erstens innenpolitisch weiterhin demokratisch konsolidiert, aber auch zweitens inwieweit die Region sich insgesamt stabilisiert.

Innenpolitisch wird die Stabilität der Wirtschaft, aber noch mehr die Suche nach der nationalen Identität bestimmen, ob der Wandel der türkischen Außenpolitik fortgesetzt wird. Der ‚Kulturkampf‘ zwischen (Ultra-)Nationalisten und (radikalen) Islamisten steht hierbei im Vordergrund. Problematisch erscheint in diesem Zusammenhang auch die Auflösung innen- und außenpolitischer Fragen z.B. in der Kurdenfrage. Die Möglichkeit der EU durch ‚soft power‘¹⁵ auf die Türkei wirken zu können, ist dabei noch kein gesicherter Prozess. Der Anreiz der EU-Mitgliedschaft als ‚golden carrot‘ (Everts 2004: 8) und das damit verbundenen Prinzip der Konditionalität bietet der Türkei zwar eine Zielvorstellung, wird aber durch die innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei sowie den zukünftigen EU-Türkei-Beziehungen bestimmt.

Außenpolitisch sind die Regelung des iranischen Anspruchs auf ein eigenes Atomprogramm sowie die Herstellung und Sicherung des Gewaltmonopols im Irak die schwierigsten Herausforderungen für einen dauerhaften außenpolitischen Wandel der Türkei, welcher sich durch das Bekenntnis zu ‚soft power‘ auszeichnet. Die außenpolitischen Interessenskonflikte in der Region lassen die Türkei in der Region zuweilen als orientierungslos wirken. Tatsächlich geht es jedoch viel mehr um eine regionale Risikobegrenzung. Die Verknüpfung ehemals getrennter Herausforderungen verdeutlicht dies. Die Verhandlungen mit der EU und die Beziehungen zu Griechenland und Zypern sind nicht mehr länger zu entkoppeln. Im Kaukasus, Zentralasien und dem Nahen Osten sind die russischen Interessen ebenso zu berücksichtigen wie die bilateralen Beziehungen zur USA.

Letztlich wird auch die Zukunft der EU-Türkei-Beziehungen und hierbei vor allem die Lösung des Zypernkonflikts entscheiden, ob die Türkei als Regionalmacht auftreten kann oder nicht. Dabei könnte ein verstärktes Engagement in der Region des Nahen Ostens jedoch paradoxerweise die europäische Identität der Türkei in Frage stellen, ein schwer zu lösendes Dilemma für die Türkei (vgl. Larrabee 2003: 4/5, Hibbeler 2006: 25, Everts 2004: 7).

1.4. Gliederung der Arbeit und Methodenreflexion

¹⁵ Unter ‚soft power‘ wird in dieser Arbeit in Anlehnung an Joseph Nye die Fähigkeit eines Staats oder eines anderen politischen Gebildes verstanden, durch Attraktivität und Überzeugung, Kooperation zu initiieren bzw. die eigenen Interessen durchzusetzen. Im Gegensatz dazu wird ‚hard power‘ in Form von Zwangsgewalt oder Androhung von Zwang gesehen. (vgl. Nye, Joseph (2004), The Decline of America’s Soft Power, in: Foreign Affairs, May/ June 2004).

Gliederung

Anhand einer Analyse gängiger Konzepte außenpolitischen Wandels wird zunächst ein Forschungsdesign entwickelt, das sowohl Erklärungsfaktoren der internationalen Umwelt, der innenstaatlichen Ebene sowie des *policy-making process* berücksichtigt. Als zweiter Schritt werden Konzepte regionaler Machthierarchien diskutiert. Anhand der so herausgearbeiteten Variablen und Konzepte wird der Wandel der türkischen Außenpolitik analysiert, um anschließend die Bearbeitung der Fallbeispiele zur türkischen Nahostpolitik vorzunehmen. Es soll die türkische Außenpolitik gegenüber drei Ländern hinsichtlich eines Wandels untersucht werden: Syrien, Irak und Israel. Weitere Fallbeispiele hätten der Iran, Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien, Afghanistan oder die Golfstaaten sein können. Aus Gründen der Bearbeitbarkeit aber auch der politischen Relevanz wird jedoch in dieser Arbeit darauf verzichtet und der Fokus entsprechend eingegrenzt (vgl. 1.2.). Die nicht einbezogenen Länder werden jedoch zur Sprache gebracht, wo sie eine relevante Rolle spielen. Die drei ausgewählten Länder sind also exemplarisch für die türkische Außenpolitik - bzw. der Nahostpolitik als Teil dieser - zu verstehen.

In einem letzten Schritt werden die Ergebnisse der Arbeit zusammengefasst. Es werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede der bearbeiteten Fallbeispiele zur türkischen Nahostpolitik identifiziert und auf die Beispielhaftigkeit des Wandels der türkischen Nahostpolitik für die türkische Außenpolitik untersucht. Ein Szenario-Modell soll außerdem mögliche Zukunftsperspektiven aufzeigen.

Es werden zudem weitere Arbeitshypothesen sowie Überlegungen zu den Konsequenzen dieser Arbeit für die zukünftige Forschung zu außenpolitischem Wandel formuliert.

Die Analyse geht auf historische Entwicklungen der türkischen Außenpolitik ein, konzentriert sich jedoch im Wesentlichen auf die Zeit seit dem Ende des Ost-West-Konflikts und endet im April 2007.

Methoden

Ein Überblick über die Disziplin der Außenpolitikanalyse lässt erkennen, dass von (Einzel-) Fallbeispielen über historische und statistische Analysen ein Methodenpluralismus zur Theoriebildung herrscht (vgl. Rosati 1994: 19). Für die wenigen Arbeiten im Umfeld des außenpolitischen Wandels¹⁶ lässt sich ähnliches sagen, wobei der offensichtliche Eklektizismus durchaus als eine kreative wissenschaftliche Herangehensweise an den Untersuchungsgegenstand gelten kann, auch wenn dadurch der intersubjektive Konsens in der *scientific community* nicht immer eingehalten wird (ebd.).

¹⁶ Vgl. Kapitel 2

Diese Arbeit folgt dem Design einer theoriegeleiteten ‚small-N-Fallstudie‘.¹⁷ Der Wandel der türkischen Außenpolitik wird auf Syrien, dem Irak und Israel überprüft. Eine ‚large-N-Fallstudie‘ erschien im Rahmen dieser Arbeit nicht durchführbar. Die Arbeit wird überprüfen, ob die dargelegten Hypothesen be- oder entkräftet werden müssen.

Zur Bearbeitung dieser Diplomarbeit wird insbesondere auf fachwissenschaftliche Sekundärliteratur in englischer und deutscher Sprache zurückgegriffen. Türkische Autoren, die sich mit der türkischen Außenpolitik beschäftigen, publizieren in der Regel in englischer Sprache (Kemal Kirişçi, Meliha Altunisik, Mehmet Ali Birand, Ali Karaosmanoglu, Ziya Önis, Hüseyin Bağci etc.).

Neben der Auswertung offizieller Dokumente und Veröffentlichungen der relevanten Ministerien - vor allem des Türkischen Außenministeriums - soll auch eine eingeschränkte Auswertung türkischer Tageszeitungen wie Cumhuriyet, Radikal, Hürriyet, Milliyet und englischsprachiger Tageszeitungen wie ‚Turkish Daily News‘, ‚The New Anatolian‘ und ‚Zaman-Online‘ bzw. ‚Today’s Zaman‘ vorgenommen werden, um die Argumente in der öffentlichen Debatte herauszuarbeiten.

Hintergrundgespräche wurden durchgeführt, um herauszufinden, ob die hier aufgestellten Hypothesen auch von den handelnden Akteuren bzw. Experten geteilt werden. Die Gespräche konnten in Ankara und Istanbul im Rahmen eines Praktikums bei der Friedrich-Ebert-Stiftung von September bis November 2006 durchgeführt werden. Ansprechpartner waren Vertreter des türkischen Außenministeriums, der Deutschen Botschaft sowie der EU-Delegation. Weitere Gespräche wurden mit Vertretern der deutschen politischen Stiftungen und verschiedenen türkischen Think Tanks und Stiftungen wie TESEV (Türkiye Ekonomik ve Sosyal Etüleri Vakfı) oder USAK (Uluslararası Stratejik Araştırmalar Kurumu) sowie in einigen Universitäten (Bosporus-Universität, Galatasaray Üniversitesi, Middle East Technical University, Bilkent University) geführt.

¹⁷ Für die methodologische Einordnung einer ‚Fallstudie‘ siehe: Gerring, John (2004), What Is a Case Study and What Is It Good for? in: American Political Science Review, Vol.98, No.2, May 2004.

2. Theorien außenpolitischen Wandels

Eine genuine Theorie zu außenpolitischen Wandel ist bisher nicht entwickelt worden.¹⁸ Es gibt jedoch eine Reihe von Grundannahmen, die Eckpunkte einer möglichen Theorie stipulieren helfen können. Die aus der Forschung hervorgegangenen Ansätze ähneln sich insbesondere in ihrer multikausalen Herangehensweise und durch ihre allgemeine theoretische Unterentwicklung (vgl. Medick-Krakau 1999 und Gustavsson 1999).

Hierbei treten zwei Widersprüche hinsichtlich von Theorien außenpolitischen Wandels hervor (Medick-Krakau 1999: 5-8): Es besteht erstens eine ungleiche Entwicklung von Themenkonjunktur und theoretischen Bemühungen. Zweitens, zeichnet sich trotz der zentralen Bedeutung der Frage von Wandel und Kontinuität für die Disziplin der Internationalen Beziehungen keine Einigung über Definitionen und Hypothesen ab.

2.1. Theorieanknüpfung I (Außenpolitischer Wandel)

IB und außenpolitischer Wandel

¹⁸ Überzeugende Einführungen der theoretischen Betrachtung ‚außenpolitischen Wandels‘ bieten unter anderem der Sammelband von Jarel Rosati (Rosati 1994) und eine neuere Arbeit von David A. Welsh (Welsh 2005).

Ein wesentliches Merkmal der internationalen Beziehungen und der Außenpolitik der Staaten innerhalb dieses Systems ist deren ‚Wandel‘. Auf dem Weg zu einer multipolaren Weltordnung sind außenpolitische Neuorientierungen *ergo* ‚Wandel‘ von staatlichen Präferenzen in ihren Beziehungen zu anderen Staaten wesentlich häufiger zu verzeichnen als dies innerhalb des bipolaren Systems vor dem Ende des Ost-West-Konflikts der Fall war. Nicht zuletzt die internationale Orientierung von Schwellenländern (*emerging countries*) bzw. Regionalmächten wie sie die BRICs¹⁹ darstellen, spielen in diesem Prozess im zunehmenden Maße eine wichtige Rolle (vgl. Kapitel 2.2.).

Wie verschiedene Autoren feststellen (Hermann 1990, Medick-Krakau 1999), wurde dem Phänomen des Wandels in der politikwissenschaftlichen Forschungslandschaft bisher jedoch nur eine marginale Aufmerksamkeit geschenkt. Jarel Rosati kommt zu dem Ergebnis: *“Although a few earlier efforts have been made to understand foreign policy change, scholars of international relations for the most part have neglected its study* (Rosati 1994: 4).“ In Anlehnung an Robert Gilpin lassen sich einige Gründe für diese Verneinung zusammenfassen (ebd.): Vor dem Hintergrund der statischen Bipolarität des Kalten Krieges zielte das (westlich dominierte) Forschungsinteresse vor allem auf Interdependenz und Kontinuität ab. Zudem wurde grundsätzlich bezweifelt, dass überhaupt generalisierende Aussagen über ‚Wandel‘ getroffen werden können.

Ungeachtet dieses Hintergrundes traten in den theoretischen Bemühungen der Internationalen Beziehungen seit den 1970er Jahren eine große Zahl an konkurrierenden Theorien hervor, um die Dynamiken der Weltpolitik zu erklären, wie z.B.: *“strategic hegemonic stability theory, long cycles theory, world systems theory, dependence theory, interdependence theory, international regimes theory”* (vgl. Rosati 1994: 7). Im Umfeld des Untersuchungsgegenstandes des außenpolitischen Wandels mangelt es also nicht an begrifflicher und konzeptioneller Pluralität - im Gegenteil. Zusammengefasst förderte das Ende des Ost-West-Konflikts eine Skepsis gegenüber ‚eleganten‘ und ‚sparsamen‘ Großtheorien, da diese die realpolitischen Entwicklungen nicht erklären konnten und verschafften dem Thema ‚Wandel‘ mehr Aufmerksamkeit im Fachdiskurs (vgl. Medick-Krakau 1999: IV).

¹⁹ Die Bezeichnung ‚BRIC‘ ist einem Report von Goldman-Sachs aus dem Jahr 2001 entlehnt, der sich mit der zukünftigen Rolle von neuen Wirtschaftsmächten im Jahr 2050 beschäftigt. Neben den ursprünglichen vier BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China wird gelegentlich Süd-Afrika genannt (BRICS), seltener auch Süd-Korea (BRICK) oder Mexiko (BRIMC). Unter Einbeziehung Osteuropas und der Türkei hat sich der Begriff BRICET etabliert. Der so genannte IBSA-Dialog (India, Brazil, South-Africa) besteht seit 2003 und wurde besonders im Rahmen der Bemühungen der Reform des UN-Sicherheitsrats und Gesprächen über die Gründung einer gemeinsamen Freihandelszone wahrgenommen.

Ein Anschluss-Bericht von Goldman-Sachs aus dem Jahr 2007 spricht von den ‚Next - 11‘, worunter auch die Türkei fällt, vgl: [http://www.goldman-sachs.de/files/download/06_GS0222_Fly_Next11_21%20\(2\).pdf](http://www.goldman-sachs.de/files/download/06_GS0222_Fly_Next11_21%20(2).pdf) (20.April 2007).

Innerhalb der politikwissenschaftlichen Teildisziplin der Internationalen Beziehungen herrschte lange Zeit die weitgehende Überzeugung, dass Theorien internationaler Beziehungen und Außenpolitikanalyse zwei getrennte Analyseebenen darstellen. Als einer der prominentesten Vertreter dieser Denkschule ist Kenneth Waltz zu nennen, der 1979 in seinem einflussreichen Werk *„Theory of International Politics“* diese Ansicht aus neorealistischer Perspektive widerspiegelt (siehe Waltz 1979: 121/ 122). Die Theorie internationaler Politik kann und soll demnach Interaktionsmuster auf systemischer Ebene erfassen, nicht aber die konkreten Handlungen einzelner Staaten. Umgekehrt wird davon ausgegangen, dass die Außenpolitik eines Landes allenfalls einen marginalen Einfluss auf die internationalen Beziehungen haben kann. Vertreter der verschiedenen Schulen der Internationalen Beziehungen (Neo-Realisten, Institutionalisten usw.) geben diese Trennung der Analyseebenen von Internationalen System und Außenpolitik jedoch zunehmend auf und ziehen verstärkt subsystemische Erklärungsfaktoren in die Außenpolitik-Analyse ein (vgl. Harnisch 2003: 322). Die liberal argumentierenden Forscher Jeffrey Legro und Andrew Moravcsik stellten 1999 angesichts der Unzulänglichkeiten aber auch der Verschwommenheit der realistischen Ansätze die provokante Frage: *„Is anybody still a realist?“* (Legro/ Moravcsik 1999). Grundsätzlich kann man festhalten, dass realistische Ansätze so genannte *top-down*-Ansätze sind, also eher systemisch argumentieren, wohingegen liberale Ansätze *bottom-up*-Ansätze sind und gesellschaftlichen Akteuren den Vorrang in der Analyse einräumen. Für die Anhänger der sozialkonstruktivistisch argumentierenden Theoretiker ist die Beziehung zwischen internationalen System und individuellen Staaten ohnehin konstitutiv (vgl. Koslowski/ Kratochwil 1996). Akteure und Strukturen beeinflussen sich auf jeder Analyseebene und werden durch Normen und Werte vermittelt (vgl. Harnisch 2000: 12). Die vom Realismus formulierte Grundannahme eines anarchischen Staatensystems²⁰, ist für Vertreter des Sozialkonstruktivismus wie Alexander Wendt deshalb auch als ‚gemacht‘ zu betrachten: *„Anarchy is what states make of it“* (Wendt 1992).²¹

Eine Frage, die in diesem Zusammenhang hineinspielt, lautet, ob man zwischen Innen- und Außenpolitik einen Unterschied treffen kann. Die Grundannahme ist hierbei, dass die Sphäre der Innenpolitik aufgrund einer hohen Verrechtlichung (Verfassung, staatliches Gewaltmonopol etc.) hierarchisch organisiert ist. Im Gegensatz dazu stellt sich die Sphäre der Außenpolitik als anarchisch dar, da es keine übergeordnete Autorität gibt (vgl. Krippendorf 1963 und 2000). Angesichts der fortgeschrittenen Integration der Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union und

²⁰ Die verschiedenen Schulen des Realismus (anthropologisch, strukturell etc.) gehen davon aus, dass das internationale System anarchisch strukturiert ist, es also auf dieser Ebene keine übergeordnete Instanz gibt. Staaten bewegen sich im Umfeld eines Selbsthilfesystems und streben nach größtmöglicher Autonomie, wodurch ein Sicherheitsdilemma entsteht in dem es nur relative Gewinner geben kann (Nullsummenspiel).

²¹ Alexander Wendt ist wie Kenneth Waltz nicht an der Erklärung von Außenpolitik interessiert, sondern an einer theoretischen Analyse der internationalen Beziehungen (vgl. Carlsnaes 2002: 331).

der zunehmenden Verrechtlichung im Rahmen von ‚Global Governance‘ ist die strikte analytische Trennung von Innen- und Außenpolitik für die Forschung zunehmend obsolet geworden (vgl. Gürbey 2005: 40f). Es gibt Stimmen die deshalb einen Paradigmenwechsel von überkommenen Denkansätzen fordern und behaupten: Alles ist Außenpolitik: „Was in anderen Regionen passiert, hat unmittelbare und erhebliche Auswirkungen auf unsere innere Sicherheit, unsere Arbeitsmärkte, unser Konsumverhalten, unser Klima“ (Sandschneider 2005: 8, 15).

Um zum Ausgangspunkt der Überlegungen zurückzukommen: In der hier vorgenommenen Analyse von außenpolitischen Wandel handelt es sich um einen staatszentrierten und prozessorientierten Ansatz. Aus der liberalen Schule wird die Annahme entnommen, dass Regierungen die ‚Kluft‘ zwischen innerstaatlicher und internationaler Politik überbrücken und in einem ‚Zwei-Ebenen-Spiel‘ die Funktion eines Mediators übernehmen.²² Das Verhältnis des internationalen Staatensystems und der außenpolitischen Orientierungen der Staaten in diesem System wird als ein komplementäres verstanden, in dem sich Strukturen und Akteure gegenseitig konstituieren. Veränderungen von Normen und Ideen sowohl auf innerstaatlicher wie auf internationaler Ebene können demnach als wesentliche Quellen für außenpolitischen Wandel vermutet werden (vgl. Carlsnaes 2002: 342). Außenpolitischen Wandel als Anpassung an systemischen Wandel zu verstehen, greift - dem Verständnis dieser Arbeit nach - zu kurz.

Schlussfolgerungen aus der deutschen Debatte

In der deutschen Politikwissenschaft kam es nach der Wiedervereinigung zu einer Debatte über die ‚Rückkehr Deutschlands auf die Weltbühne‘ (vgl. Schöllgen 2004). Verstärkt durch die Bundeswehreinsetze im Kosovo, in Afghanistan und anderen globalen Krisenherden, aber auch durch die Spannungen im transatlantischen Verhältnis nach Gerhard Schröders ‚Nein‘ zu einer deutschen Beteiligung am Irak-Krieg, hat die Debatte des Themas ‚Kontinuität und Wandel der deutschen Außenpolitik‘ wieder Aufschwung erhalten.²³ Außenpolitische Kontinuität wird dabei als Festhalten an ein Rollenkonzept verstanden, welches man als ‚Zivilmacht‘ beschreibt.²⁴

²² Ausführlicher zum ‚two-level-game‘ siehe Putnam 1988.

²³ Für einen Einstieg in diese Debatte siehe: Hellmann, Gunther (2004/2005): Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik. Ein Plädoyer für offensiven Idealismus, in: WeltTrends Vol.12, Nr.42, Frühjahr 2004, 79-88 und Sonderausgabe zur deutschen Außenpolitik ‚Aus Politik und Zeitgeschichte‘ 11/ 2004.

Walter Carlsnaes macht darauf aufmerksam, dass entgegen der Vielzahl an Publikationen für die deutsche Debatte um außenpolitischen Wandel keine nennenswerten Fortschritte hinsichtlich dessen Theoretisierung zu verzeichnen sind (Carlsnaes 2002: 332).

²⁴ Zivilmacht beschreibt ein normatives Konzept, das eine Zivilisierung der Internationalen Beziehungen anstrebt und sich an liberale und demokratische Ideen ausrichtet, wie: Gewaltmonopolisierung, Rechtsstaatlichkeit, Demokratische Mitbestimmung, Gewaltverminderung, Sozialer Ausgleich, Interdependenz). Das Zivilmächtskonzept ist kein pazifistisches Konzept. (vgl. Harnisch 2000: 4/5). François Duchêne gebrauchte diesen Begriff erstmals 1973, um die außenpolitischen Auswirkungen der Europäischen Gemeinschaft zu

Außenpolitischer Wandel hingegen wird in aller Regel als eine Hinwendung zu einer stärker eigenständigen und machtorientierten Politik konzeptualisiert, die den Regeln des Realismus folgt. Befürworter eines so verstandenen Wandels fordern eine ‚Normalisierung‘ der deutschen Außenpolitik, während diejenigen, die ihn befürchten, von einer drohenden ‚Militarisierung‘ warnen.²⁵

Für die vorliegende Analyse können zwei wichtige Schlussfolgerungen aus der deutschen Debatte entnommen werden. Die These der Normalisierung suggeriert, erstens, dass es eine ‚normale‘ Außenpolitik gäbe, die sich an globalen Strukturen und Zwängen orientiert. Es steht zwar außer Frage, dass eine rein nationalistische Außenpolitik aufgrund der transnationalen Interdependenzen gar nicht umzusetzen ist. Dennoch kann man bezweifeln, dass die Anpassung an das internationale Umfeld zu Lasten normativer Grundüberzeugungen, wie sie durch das Zivilmächtskonzept ausgedrückt werden, geschehen soll. Zweitens sind die verschiedenen Dimensionen der Außenpolitik-Analyse zu Wandel zu beachten. Es bietet sich an zwischen Politikstil, Zielen und Mittel zu unterscheiden (siehe Risse 2004: 26). Ein Wechsel der eingesetzten Mittel (Bundeswehreinsatz statt ‚Scheckbuch-Diplomatie‘ etc.) bedeutet so noch lange nicht eine grundlegende Änderung der politischen Grundüberzeugungen, im Falle Deutschlands das Rollenverständnis als Zivilmacht.

Hanns W. Maull argumentiert: „Insgesamt zeichnen sich in den jüngsten Entwicklungen der deutschen Außenpolitik also offenbar weniger gewollte und bewusste Kontinuitätsbrüche als vielmehr eine gewisse Lässigkeit im Umgang mit dieser Kontinuität sowie der Wunsch ab, durch einen neuen außenpolitischen Stil und neue Akzente eigenes außenpolitisches Profil zu gewinnen. Die Folge ist aber eine zunehmende Aushöhlung und damit auch eine wachsende Brüchigkeit der tradierten Grundlinien deutscher Außenpolitik“ (Maull 2004: 19). Für diese Entwicklung können sowohl internationale als auch innerstaatliche Erklärungsfaktoren herangezogen werden (vgl. Maull 2004: 21/ 22).²⁶

Einen wichtigen Beitrag zur deutschen Debatte um außenpolitischen Wandel hat auch Helga Haftendorn geliefert. Die Politologin spricht sich für das außenpolitische Paradigma eines ‚Kurswechsels‘ aus (siehe Haftendorn 2006). Ihre Annahme lautet: „Eine Regierung entscheidet

beschreiben. Bezogen auf Deutschland bedeutet das Zivilmächtskonzept vor allem die Abkehr von deutschen ‚Sonderwegen‘ und die (wirtschaftliche) Einbindung in multilaterale Institutionen. Hanns W. Maull benutzt hierfür die Schlagworte ‚*never again*‘ und ‚*never alone*‘ (Maull 2004: 19).

²⁵ Vgl. für eine Übersicht der Argumente in der neueren Debatte Maull 2004 und Risse 2004

²⁶ Als internationale Faktoren nennt Maul: radikal verändertes welt- und europapolitisches Umfeld, Erosion der Gestaltungsfähigkeit internationaler Institutionen. Innenpolitische Faktoren wären: wirtschaftliche Schwächetendenzen Deutschlands, wachsender innenpolitischer Druck auf die Außenpolitik, Außenpolitik als Objekt partei- und wahlpolitischer Kalküle, politische Führungsschwäche und einen Mangel an strategischem Gespür der außenpolitischen Entscheidungsträger.

sich dann für einen außenpolitischen Kurswechsel, wenn sie erkannt hat, dass ihre bisherige Politik nicht mit dem strukturellen Wandel im internationalen System Schritt gehalten hat und dadurch eine krisenhafte Situation entstanden ist.“ Und weiter: „Sie sieht sich deshalb zu raschem und entschlossenem Handeln gezwungen, wobei es weitgehend unerheblich ist, ob der Kurswechsel von den politischen und gesellschaftlichen Eliten unterstützt wird“ (Haftendorn 2006: 671). Helga Haftendorn vermutet, dass eine Regierung dann einen Kurswechsel unternimmt, wenn sie davon ausgeht, dass sie dadurch ihren außenpolitischen Spielraum erweitern kann. Es stellen sich zwei Fragen. Erstens, inwiefern reicht eine Beschränkung auf die Regierung als wichtigster außenpolitischer Akteur aus? Müssen für die Analyse eines Kurswechsels nicht auch das Parlament, die Zivilgesellschaft und andere Akteure einbezogen werden? Zweitens: Warum werden innenpolitische Prozesse in diesem Ansatz ausgeblendet? Insgesamt verbleibt dieser Ansatz in der Denkschule des strukturellen Realismus verhaftet und zieht eine sozialkonstruktivistische Perspektive nicht mit ein. Staaten suchen diesem Ansatz zufolge immer nach größtmöglicher Autonomie (*autonomy seeking*): „Außenpolitik ist dann der Interaktionsprozess, mit dem ein Staat grundlegende Ziele und Werte in Konkurrenz zu denen anderer Staaten zu realisieren versucht“ (Haftendorn 2006: 672).

Für die weitere Analyse können vier zentrale Erkenntnisse abgeleitet werden:

- Während, erstens, weitgehend autonome Staaten außenpolitische Herausforderungen durch eine Bekräftigung ihrer eigenen Ziele und Werte bewältigen werden, sind weniger autonome Staaten eher zu einem Kurswechsel gezwungen.
- Die Analyse der Bundesrepublik nach 1945 macht, zweitens, deutlich, dass das leitende Motiv für außenpolitische Kurswechsel die Vergrößerung eines Handlungsspielraums war, um eigene Interessen durchzusetzen; innenpolitische Anforderungen wurden erst sekundär berücksichtigt (vgl. Haftendorn 2006: 683).
- Kontinuität außenpolitischen Wandels lag, drittens, dann vor, wenn Kurswechsel international und nicht innenpolitisch induziert waren (ebd.). Ein erneuter Kurswechsel lag erst dann vor, wenn sich die internationalen Strukturen wieder verändert haben.
- Ist eine Regierung wirklich überzeugt von der Notwendigkeit einer Änderung, riskiert sie auch den eigenen politischen Machtverlust.

Durch die Untersuchung der deutschen Diskussion um außenpolitischen Wandel lassen sich zwei Leitfragen für die weitere Theoriebildung formulieren:

- Wie lässt sich Wandel definieren?
- Welche Konzepte, Erklärungsversuche gibt es für außenpolitischen Wandel?

Im Auge des Betrachters - Definition von außenpolitischen Wandel

Einen Grund, warum sich keine begriffliche Homogenität von Wandel in der Forschung herausbildet, erklärt K.J. Holsti (Holsti 1998: 11/12): *“One of the reasons the great disputes in international theory cannot be resolved is because we - analysts and theorists of the field - have fundamentally different conceptions of the world that we are trying to characterize, interpret, and explain.”* Und weiter: *“There cannot be, therefore, some consensus on what has changed and what continues.”*

Kann man sich dem Begriff des ‚Wandels‘ trotz Holstis dargelegter Annahme annähern, dass es aufgrund unterschiedlicher Weltbilder gar keinen Konsens darüber geben kann, was sich gewandelt hat und was sich fortsetzt?

Der Begriff außenpolitischer Wandel teilt sich ein in zwei Teile: Außenpolitik und Wandel.

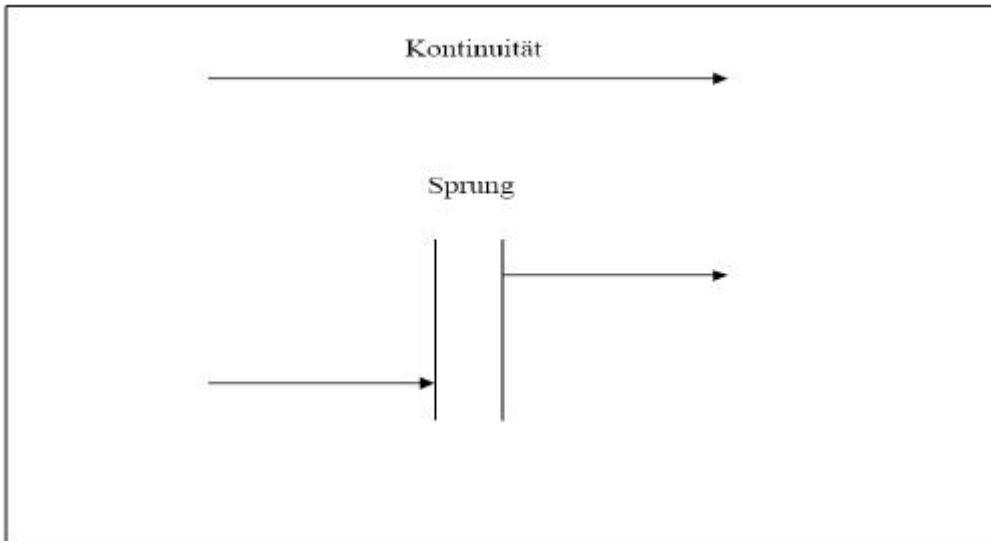
Als Arbeitsbegriff von Außenpolitik gilt im Folgenden: „Unter Außenpolitik werden jene Handlungen staatlicher Akteure gefasst, die auf die Ermöglichung und Herstellung von kollektiv verbindlichen Entscheidungen in den internationalen Beziehungen abzielen“ (Hellmann 2006: 8). Diese Definition ist insofern nützlich, da sie sowohl die Akteursebene als auch die interessenorientierten Prozessstrukturen hervorhebt, die in dieser Arbeit eine herausgestellte Bedeutung haben.

Die semantische Einordnung von ‚Wandel‘ stellt sich insofern als schwierig dar, da sich Wandel und Kontinuität voneinander nur schwer abgrenzen lassen. Treffend formuliert stellen Wandel und Kontinuität „Zwillingskonzepte“ dar (Medick-Krakau 1999: 4). Anders ausgedrückt: Wandel ist ein relationales Konzept, welches einen Vergleich über Zeit impliziert, weshalb Wandel niemals einen plötzlichen Abbruch oder Sprung bedeutet, sondern in einer Wechselwirkung immer auch Kontinuität; spricht man von Wandel und Kontinuität, redet man also über zwei Seiten der gleichen Medaille. Die Zeitdimension und damit die Frage, ob Wandel kontinuierlich oder eher sprunghaft stattfindet, ist jedoch eine wichtige Dimension für das Verständnis von Wandel. Je nach Zeitansatz kann man zwischen einer kurzfristigen (*short-term*) und langfristigen (*long-term*) Perspektive unterscheiden. Eine graduelle Anpassung führt über einen längeren Zeitraum möglicherweise zu einer grundlegenden Veränderung. Dieses kontinuierliche bzw. evolutionäre Verständnis von Wandel impliziert eine deterministische Auslegung von Außenpolitik, die man auch als Pfadabhängigkeit bezeichnen könnte. Dahinter liegt ein Verständnis, dass Stabilität das internationale System dominiert. Ein sprunghafter/ abrupter Wandel dagegen erscheint demnach nur dem Zeitgenossen als Wandel, wohingegen ein distanzierter Blick die Kontinuität der außenpolitischen Orientierung zu Tage bringen würde.

Die vorliegende Analyse stimmt darin ein, dass Kontinuität ein wichtiges Merkmal von außenpolitischen Wandel ist, aber nicht das einzige. Vielmehr, so die Vermutung, bedingen sich

Kontinuität und Wandel gegenseitig. Ein Beispiel hierfür ist Willy Brandts Konzept ‚Wandel durch Annäherung‘²⁷. Für die Annäherung an den Untersuchungsgegenstand ist der janusköpfige Charakter von Wandel jedoch erschwerend.

Schaubild 1.1.: Formen von Wandel (Eigene Darstellung)



Um ein weiteres Bild zu bemühen: „*Change, like beauty and skiing conditions, is in the eye of the beholder*“ (Holsti 1998: 4). Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal für die Analyse eines Wandels aber, so eine zentrale Erkenntnis der Literatur, kann trotz jeden Relativismus’ zwischen inkrementalistischer Anpassung einerseits und unterschiedlichen Arten und Graden tiefgehenden Wandels andererseits getroffen werden (Medick-Krakau 1999: 12/ 13). Die Begrifflichkeiten variieren zwar, so unterscheidet beispielsweise Hermann zwischen *adjustment changes, program changes, problem/ goal changes, interntional orientation changes* während Rosati einen Unterschied auf Mikroebene (*intensification, refinement, reform*) und Makroebene (*restructuring*) benennt (Rosati 1994: 17), jedoch gehen alle Forscher davon aus, dass es einen Unterschied in den Graden bzw. in der Intensität von Wandel gibt. Unklar bleibt jedoch in den genannten Ansätzen, welchen Wert ein enge bzw. eine weite Definition für die Forschung hat.

²⁷ Egon Bahr gilt als ‚Erfinder‘ dieses Konzepts. In einer Rede an der Evangelischen Akademie Tutzing am 15. Juli 1963 forderte Egon Bahr als Zielsetzung deutscher Außenpolitik die Aufgabe der von der westlichen Welt postulierten ‚Politik der Stärke‘. Er vertrat die Ansicht, dass die Fortführung dieser Politik keinerlei Realitäts- und Aktualitätsbezug besitze. Veränderungen in der DDR könnten nur langfristig, durch eine große Anzahl kleiner Schritte erreicht werden. Der Kontakt zu den osteuropäischen Staaten müsse daher in einem Klima der Entspannung aufgenommen werden, um die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu erreichen.

Definition – Außenpolitischer Wandel:

Grundsätzlicher Kurswechsel bzw. Re-Konzeptualisierung auf der außenpolitischen Makroebene.

Zusammengefasst kann man die zentralen Übereinstimmungen zur theoretischen Betrachtung von außenpolitischem Wandel folgendermaßen bündeln: *“With regard to the concepts of foreign policy change and restructuring, one needs to be precise with respect to at least three different dimensions: the level of change, the scope of change, and the time frame of change”* (Rosati 1994: 269, Eigene Hervorhebung: C.M.).

Sozialkonstruktivistische Arbeiten weisen darauf hin, dass realistische ebenso wie liberale und institutionelle Ansätze nur einen Teil eines breiteren Verständnisses zur Untersuchung von Außenpolitik sein können: „Nur wenn man Wahrnehmungen und Sinnkonstruktionen der Akteure einen unabhängigen Stellenwert zubilligt, kann die Analyse nationaler Identitäten bei der Untersuchung von Außenpolitik zusätzliche Erklärungskraft bekommen“ (Risse 2003: 2). Die Staaträson falle keinesfalls vom Himmel oder werde mit der Muttermilch eingezo-gen, sondern ist eingebettet in einem historischen Kontext, welcher die „außenpolitische Identität“ wesentlich bestimme. In einer früheren Arbeit liefert der gleiche Autor eine Definition seines Verständnisses außenpolitischen Wandels (Risse 1999: 43/ 44): „Grundlegende Veränderungen in den internationalen Orientierungen eines Landes“ (...) „nicht lediglich Anpassungen auf der Mittelebene“. Als Beispiele für eine grundlegende Veränderung nennt er die Deutsche Ostpolitik der 1970er Jahre und den Wandel der sowjetischen Außenpolitik unter Gorbatschow. Dabei gilt: „Außenpolitischer Wandel wird im Wechselspiel zwischen Ideen einerseits und sozialen Institutionen sowie diskursiven Prozessen andererseits analysiert“ (Risse 1999: 46).

Was bedeutet der Hinweis der Diskursivität für die weitere Theoriebildung? Die konkrete Außenpolitik eines Staates bewegt sich innerhalb eines gegebenen ‚Möglichkeitsraums‘ – während beispielsweise der ehemalige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher mit ‚Verantwortungspolitik‘ eine historisch begründete ‚Kultur der Zurückhaltung‘ ausdrückte, diente derselbe Begriff unter Gerhard Schröder zur Rechtfertigung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr (vgl. Herborth 2005: 14). Die bezeichnenden Begriffe bleiben gleich, ihre Bedeutungsgehalte verschieben sich aber (ebd.).

Besonders herausgestellt wird in dieser Arbeit als erklärende Variable für eine Neuorientierung der Außenpolitik der Begriff der Krise. Thomas Risse betont in diesem Kontext, dass: „(...) mit schnellen außenpolitischen Umorientierungen verbundene Veränderungen kollektiver Identitäten

mit Krisenerfahrungen zusammenhängen“ (Risse 1999: 56). Ein struktureller Determinismus sei deshalb auch abzulehnen. Als Beispiel führt er an, dass die sowjetische Führung Mitte der 1980er Jahre keineswegs vor einem sofortigen Kollaps stand, wovon diese jedoch fest überzeugt war. Für den Wandel in der Außenpolitik unter Gorbatschow können deshalb die Veränderungen von grundlegenden Perzeptionen bzw. Ideen in der sowjetischen Führung verantwortlich gemacht werden.

Als Gegenbeispiel sah sich die deutsche Bundesregierung nach 1989/90 keinen Grund für einen Kurswechsel der als erfolgreich betrachteten Außenorientierung, „nur“ weil sich die internationale Umwelt drastisch geändert hatte (vgl. Risse 1999: 56/ 57).

Die Überzeugung, nur durch einen außenpolitischen Wandel das eigene ‚Überleben‘ zu sichern, hat in diesem Sinne ein sehr rationales Element: *„Foreign policy is most likely to change dramatically when leaders expect the status quo to generate continued painful losses. (...) The choice for change, in short, is commonly a painful choice“* (Welsh 2005: 8).

Modelle

In einer Übersicht zu verschiedenen Modellen von außenpolitischen Wandel stehen sich drei Kategorien gegenüber: ‚*checklist models*‘, ‚*structural constraints models*‘ und ‚*cyclical models*‘ (Gustavsson 1999: 77).

- 1) Modelle der ersten Kategorie gehen von der Annahme aus, dass Staaten nicht als *black box*‘ zu betrachten sind, sondern ein wesentliches Untersuchungsinteresse auf das Wechselspiel zwischen Entscheidungsträger (*decision-maker*) und den Strukturen zu legen sei. Es handelt sich also um prozessorientierte Modelle. Der Schwerpunkt liegt bei der Suche nach erklärenden und intervenierenden Variablen und deren anschließende Abarbeitung (ähnlich einer Checkliste). Es wird jedoch in dieser Herangehensweise nicht dargelegt, wie die untersuchten Variablen gewichtet werden müssen.
- 2) Modelle der zweiten Kategorie fragen vor allem nach Faktoren, die die vorherrschenden Politikansätze verstärken - sie identifizieren so genannte ‚Stabilisierer‘ auf internationaler, kognitiver, politischer und administrativer Ebene. Ein abrupter Wandel tritt demnach auf, wenn ein Staat zwar international eine starke Position einnimmt, diese jedoch nur eine schwache Rückkopplung in der eigenen Gesellschaft erfährt. Umgekehrt ist ein eher evolutionärer Wandel bei einem innenpolitisch starken Staat mit schwacher internationaler Position zu erwarten. Für die beiden anderen Kombinationen (schwach/ schwach; stark/ stark) ist ein Erwartungsmuster sehr schwierig vorauszusehen.

- 3) Die dritte und letzte Kategorie der zyklischen Modelle nimmt wie die Checklisten-Modelle eine prozessorientierte Sichtweise ein und trägt in ihrer Betonung des dynamischen Elements somit vor allem der Frage nach Kontinuität Rechnung.

Gustavsson versucht die einzelnen Modelle zu synthetisieren, um zu erklären, warum es 1990 zu einer Neuorientierung hinsichtlich des EU-Beitritts Schwedens kam. Er schlägt hierfür ein Vorgehen vor, indem er einige Erklärungsfaktoren für Wandel identifiziert, die durch individuelle Entscheidungsträger aufgegriffen werden um im Rahmen eines Entscheidungsprozesses außenpolitischen Wandel voranzubringen (Gustavsson 1999: 83). Unterschieden werden in diesem Modell internationale und innerstaatliche Faktoren, sowie politische und ökonomische Faktoren. Wichtig für seine Analyse ist der 'kognitive Faktor', also die Berücksichtigung der verinnerlichten Weltbilder und Perzeptionen der zu analysierenden Akteure und Institutionen (ebd.). Bei dieser Vorgehensweise treten jedoch methodische Schwierigkeiten auf. So macht Gustavsson darauf aufmerksam, dass es schwierig ist, festzustellen, 'Wann' ein Wandel der Außenpolitik stattfindet. *"This is probably a consequence of the problems of theorizing about dynamics; it is much easier to present an explanation of why things are the way they are than to explain why they might at some point change into something different"* (Gustavsson 1999: 85).

Entwicklung eines Forschungsdesigns

In der Forschung lassen sich drei Schwerpunkte hinsichtlich der Analyse außenpolitischen Wandels unterscheiden. Je nach Fragestellung steht erstens das Entscheidungshandeln (*decision-making*) im Mittelpunkt, zweitens die substantiellen Inhalte von Außenpolitiken im Sinne von *'policies'* und drittens das Selbstverständnis kollektiver Akteure (Staaten) im Verhältnis zu ihrer internationalen Umwelt (vgl. Medick-Krakau 1999: 12). Diese Arbeit verbindet diese drei Ansätze, da die Interdependenz der Fragestellungen deutlich hervortritt und ein multikausales Vorgehen deshalb als plausibel angenommen wird.

Es soll noch einmal das grundsätzliche Anliegen dieser Arbeit hervorgehoben werden, statt einer Überbetonung der erklärenden (unabhängige und intervenierende) Variablen vor allem auf die abhängige Variable einzugehen. Um dieses Ziel zu erreichen wird auf das Angebot der theoretischen Bemühungen zurückgegriffen und im Folgenden ein Modell außenpolitischen Wandels entwickelt, welches die drei vorgestellten Kategorien Checklist, Zwänge und Zyklus verbindet.

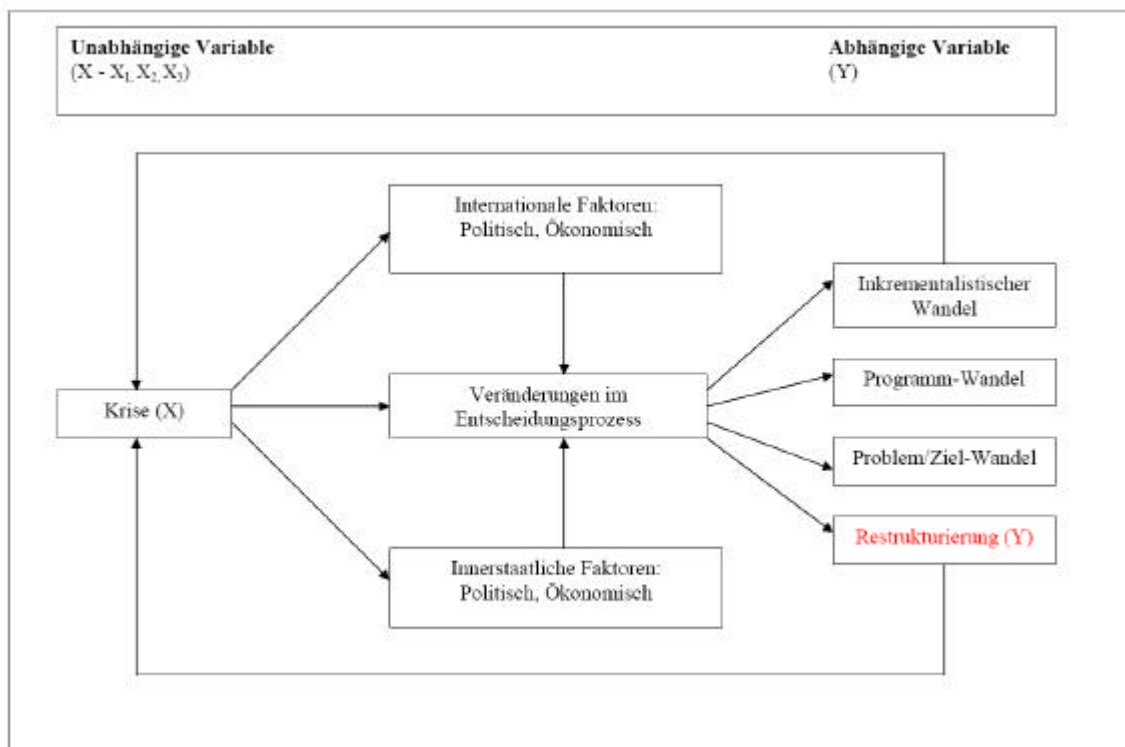
Als erklärende Variable X gilt hierbei der Prozess einer Krise, analytisch getrennt in X₁: Wandel der globalen Strukturen und der Position des Staates im internationalen System, X₂: innenpolitische Neuordnung/ Neuausrichtung und X₃: Veränderungen im Entscheidungsprozess

(vgl. Rosati 1994: 270, Gürbey 2005: 42). Intervenierende Variablen (wie historische Kontexte oder ideologische Überzeugungen) werden in der Arbeit herangezogen, wenn sie für die Untersuchung zweckmäßig erscheinen.

Folgende drei Grundannahmen leiten und verbinden das vorgestellte Modell:

- 1) Die Existenz einer Krise erhält expliziter als in anderen Modellen eine zentrale Bedeutung für die Analyse. Hier spielt vor allem die zeitliche Einordnung von Wandel eine prominente Rolle.
- 2) Internationale und innerstaatliche Faktoren werden berücksichtigt. Die innerstaatliche Perspektive wird einbezogen, da davon ausgegangen wird, dass individuelle Staaten unterschiedlich auf internationale Zwänge ‚antworten‘.
- 3) Es gilt ein sozialkonstruktivistisches Grundverständnis. Akteure und Strukturen bedingen sich demnach gegenseitig in Form von Werten und Normen (Beispiel: Nationale Identität).

Schaubild 1.2.: Modell zur Erklärung außenpolitischen Wandels (Eigene Darstellung)



2.2. Theorieanknüpfung II: Regionale Machthierarchien

Nachdem im ersten Teil der theoretischen Betrachtung näher auf Definitionen und Konzepte ‚außenpolitischen Wandels‘ eingegangen wurde, werden im zweiten Teil ‚Konzepte regionaler Machthierarchien‘ diskutiert und eine Einordnung der Türkei innerhalb eines herausgearbeiteten Rasters vorgenommen.

Zunächst ist aufgrund der Vielzahl an begrifflichen Angeboten im Bereich der regionalen Machthierarchien²⁸ eine genaue Definition notwendig: Unter Regionalmacht wird ein Staat verstanden, der zwar Einfluss auf seine unmittelbare Nachbarschaft nehmen kann, dessen globalen Machtressourcen aber eher eingeschränkt sind (vgl. Winrow 2005: 2). In Abgrenzung hierzu kann in realistischer Sichtweise die Mittelmacht definiert werden (vgl. Nolte 2006: 19). Mittelmächte orientieren sich am internationalen System und streben eine multilaterale Politik an, die sich vor allem durch ‚*coalition building*‘ kennzeichnet (vgl. Winrow 2005: 3). Oft sind Mittelmächte auch Regionalmächte wie Brasilien oder Süd-Afrika, die ihre Position durch regionale Integration stabilisieren wollen (ebd.). ‚Macht‘ wird hierbei vor allem als militärische Macht verstanden, aber auch als ökonomische. Grundsätzlich lassen sich auch hier wieder verschiedene Konzepte nennen, die Macht definieren (z.B. *hard power/ soft power*)²⁹.

Eine dritte Kategorie ist die regionale Führungsmacht bzw. *regional middle power* (vgl. Nolte 2006: 23). Staaten, die als regionale Führungsmächte gelten, zeichnen sich in der Regel durch eine im regionalen Vergleich große Bevölkerungszahl und ein hohes Bruttoinlandsprodukt aus. Sie verfügen außerdem über starke konventionelle Streitkräfte und in einigen Fällen auch über Atomwaffen (vgl. Nolte 2006: 24). Zusammengefasst müssen materielle, organisatorische und ideologische Ressourcen nicht nur vorhanden sein, sondern auch der Wille und die Bereitschaft diese einzusetzen. Zum Status der regionalen Führungsmacht gehört zudem auch die Anerkennung des Status durch andere Staaten in der Region, andere regionale Führungsmächte oder durch eine globale Führungsmacht (Nolte 2006: 27).

Die Türkei kann aufgrund ihrer besonderen geostrategischen Lage aber auch aufgrund der anderen Charakteristika als regionale Führungsmacht gelten. So wächst die Wirtschaft in den letzten Jahren in einem enormen Tempo, die militärischen Fähigkeiten werden als zweitgrößtes Heer im NATO-Verband ständig modernisiert und das Arbeitskräftepotential ist aufgrund der demographischen Veränderungen im ‚alten Europa‘ gerade für die EU sehr attraktiv. Den aufgelisteten Kriterien entsprechend, wäre die Türkei vor allem deshalb eine regionale Führungsmacht, da die Stabilität bzw. Instabilität der Türkei erheblichen Einfluss auf die Nachbarregionen Balkan, Kaukasus, Naher- und Mittlerer Osten sowie Europa hat (Larrabee 2003: 2). Ein wesentlicher Unterschied zu anderen potentiellen regionalen Führungsmächten wie dem Iran, Syrien, Ägypten oder Saudi-Arabien ist die Mitgliedschaft der Türkei in westlichen Organisationen, wie der NATO, der OSZE, dem Europarat, sowie die EU-Beitrittsperspektive seit Oktober 2005. Die Entwicklungen in der Türkei und das Engagement in ihren angrenzenden

²⁸ emerging middle power/ regional great power/ rising power/ swing state/ trans-regional power/ multiregional power

²⁹ Vgl. für eine Definition von ‚*soft power*‘ Kapitel 1.3.

Nachbarregionen kann ohne diese besondere Beziehung zwischen der EU/ USA und der Türkei nicht gedacht werden.

Abdullah Gül bezeichnet die Türkei als ‚kosmopolitischen Staat‘ und formulierte in der Rolle des türkischen Außenministers die regionale Rolle der Türkei wie folgt: *“Turkey’s unique historical, political and social experience bestow upon it both a role and a responsibility to promote peace, security and prosperity in the immediate region and beyond“* (Gül 2004: 3). Bezogen auf die Türkei und ihre Rolle als regionale Führungsmacht hat der außen- und sicherheitspolitische Berater des Ministerpräsidenten Recep Erdogan, Ahmet Davutoglu, klare Zielvorstellungen für die seit 2002 amtierende Regierungspartei AKP formuliert. Davutoglu beschreibt in seinem gleichnamigen Buch die außenpolitische Vision einer ‚strategischen Tiefe‘ (*stratejik derinlik*). In dieser Form der Außenpolitik soll die Türkei als ein Schlüsselstaat zwischen Europa, dem Nahen Osten und Zentralasien auftreten. Dieser mehrdimensionale Ansatz soll der geographischen Lage Rechnung tragen und gleichzeitig der Türkei neue Gestaltungsmöglichkeiten für die eigene Außenpolitik eröffnen. Das Ziel ist es also, zu einer regionalen Führungsmacht aufzusteigen. Die Grunddeterminanten einer so zu gestaltenden Außenpolitik richten sich an Kooperationswillen und an internationales Völkerrecht aus. Insgesamt lautet Davutoglus Fazit, dass eine ‚Europäisierung der türkischen Außenpolitik‘ im Sinne des Einsatzes von ‚*soft power*‘ notwendig und unumgänglich für die regionale Stabilität sei. Gerade aufgrund der geographischen Nähe zu relativ instabilen Staaten wie Syrien, Irak oder dem Iran erscheint ein anderes Vorgehen für ihn nahezu fahrlässig.

In den Worten von Abdullah Gül bietet die Türkei auch ein visionäres Angebot für die EU zur Gestaltung des Nahen Ostens: *„Today, the challenges the Middle East faces can and should be turned into opportunities [...] We remain disposed to help transform the region from instability to lasting peace, stability prosperity, and cooperation“* (Gül 2004: 4/7).

Als regionale Führungsmacht auftreten zu wollen, bedeutet nicht zwingend einen regionalen Aufstieg im Sinne einer neo-osmanischen Hegemonialmacht anzustreben, wie sie z.B. Bassam Tibi konstatiert (vgl. Tibi 1998): *“(...) regional middle powers may aspire to be a regional hegemon or they may follow a policy of cooperative leadership.”* (Winrow 2005: 3). Die Fähigkeit sich regional zu etablieren, hängt zudem vor allem von den außenpolitischen Möglichkeiten einer solchen Neuorientierung ab, also der Akzeptanz der betroffenen Länder in der Region. Die Außenpolitik der Türkei wandelt sich zusammengefasst zugunsten einer präventiven statt einer reaktiven Strategie, die, aufgrund der regionalen Instabilität und Interessenskonflikte, potentielle Konflikte in und mit ihren Nachbarstaaten zu vermeiden bzw. einzudämmen versucht (vgl. Çaman 2006:

436). Dabei will die Türkei nicht als Hegemon auftreten, sondern sie strebt nach Konfliktlösung und Vermittlung. Der Wandel der türkischen Außenpolitik seit den 1990er Jahren von einem ‚*post-Cold-War warrior*‘ bzw. ‚*coercive regional power*‘ zu einer ‚freundlichen Regionalmacht‘ (*benign regional power*) soll anhand der theoretisch erarbeiteten Variablen im folgenden Kapitel belegt werden.³⁰

3. Wandel der türkischen Außenpolitik

Der Wandel der türkischen Außenpolitik kann als eine Re-Konzeptualisierung bzw. Neubewertung des Sicherheitsbegriffs verstanden werden (vgl. Kirişçi 2006: 12). Waren die ursprünglichen Hauptakteure in der türkischen Außenpolitik stark von der Angst der territorialen Bedrohung - dem so genannten ‚Sèvres-Syndrom‘³¹ - geprägt und dem Credo der Realpolitik verschrieben, lassen sich spätestens mit dem Ende des Ost-West-Konflikts neue Wege und

³⁰ Vgl. für die verwendeten Begriffe Önis 2003 und Kirişçi 2006.

³¹ Mit dem Vertrag von Sèvres von 1920 wurde das osmanische Reich von den Siegermächten des 1. Weltkriegs aufgeteilt. Übrig blieb lediglich ein anatolischer Rumpfstaat umgeben von okkupierten Kolonialzonen. Der anschließende Unabhängigkeitskrieg und der Vertrag von Lausanne von 1923 gehören zum wesentlichen Bestandteil der türkischen Nationenwerdung und der nationalen Identität. Die ‚Karte von Sèvres‘ und die Wahrnehmung von feindlichen Allianzen umzingelt zu sein gehören zu den Grundbausteinen des staatlichen Erziehungswesens.

Akteure in der türkischen Außenpolitik identifizieren. Ein verstärkter regionaler ‚Aktivismus‘ ist der deutlichste Ausdruck dieses neuen Selbstverständnisses (vgl. Makovsky 1999). Ankaras Engagement in UN- und NATO-*peacekeeping*-Einsätzen³² in Somalia, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Afghanistan³³ und Libanon haben diese Tendenz ebenso verstärkt wie das gestiegene politische und wirtschaftliche Engagement in den zentralasiatischen oder nahöstlichen Nachbarstaaten (vgl. Robins 2003: 42ff). Die Türkei ist zunehmend zur Forcierung der nationalen Interessen bereit, um eine selbstbewusste Außenpolitik zu formulieren, die auch eine Bereitschaft erkennen lässt, Konflikte mit den Nachbarn und Verbündeten einzugehen (vgl. Kramer 1999: 93). Warum dieser ‚neue Aktivismus‘ Teil eines grundsätzlichen Wandels aufgrund internationaler und innerstaatlicher Veränderungen ist, soll anhand der im vorangegangenen Kapitel herausgearbeiteten erklärenden Variablen für außenpolitischen Wandel im Folgenden geklärt werden.³⁴

3.1. Internationaler Kontext und außenpolitische Implikationen

3.1.1. Welche Rolle für die Türkei?

Ein markantes Ereignis, welches den Wandel der türkischen Außenpolitik zum Ausdruck brachte, war die Ablehnung des türkischen Parlaments am 01. März 2003, US-amerikanischen Truppen den Aufmarsch von türkischem Boden für eine zweite Front zum Irak zu gewähren. Zwar wurde diese Radikalposition in der Praxis kurze Zeit nach der Abstimmung brüchig³⁵, dennoch legte sich als Folge der Parlamentsentscheidung ein ‚dunkler Schatten‘ über die US-türkischen Beziehungen, wohingegen in der arabischen Welt wie auch in vielen west-europäischen Ländern die Entscheidung des Parlaments als Ausdruck demokratischer Reife gewertet wurde (vgl. Kirişçi 2004a: 42). Wie lässt sich die Parlamentsentscheidung vom 01. März 2003 historisch einordnen?

³² Seit dem ersten Entsenden von Truppen nach Korea sind etwa 50.000 türkische Truppen im Ausland eingesetzt worden. Siehe: Söylemez, Yüksel: International peace, security and stability (2), in: Turkish Daily News, 25. September 2006.

³³ Die Türkei hatte das Kommando im ISAF-Einsatz in Afghanistan von 2002/ 2003 und Februar bis August 2005 inne. Im April 2007 übernahm sie das dritte Mal das Kommando in Kabul. Eine wichtige Funktion hatte in diesem Zusammenhang der ehemalige türkische Außenminister Hikmet Çetin, welcher 2005 und 2006 der höchste zivile Repräsentant der NATO war.

³⁴ Malik Mufti argumentiert, dass die Kennzeichnung der türkischen Außenpolitik als *status quo*-Macht ‚übertrieben‘ sei und in der Realität immer wieder durch ‚Aktivismus‘ durchbrochen wurde. Er nennt als Beispiele für früheren Aktivismus Mosul und Hatay in den 1920er und 1930er Jahren, Zypern 1974 oder das Engagement auf dem Balkan in den 1990er Jahren (Mufti 1998).

³⁵ Im Oktober 2003 verabschiedete die TBMM ein Gesetz, welches der Regierung erlaubte, Truppen in den Nordirak zu schicken, um die US-Truppen zu verstärken. Von dem Gesetz wurde jedoch kein Gebrauch gemacht. Für eine ausführlichere Analyse der Parlamentsentscheidung vom 01. März 2003 siehe Kapitel 4.3.

Um die Rolle der Türkei zu beschreiben, werden in der Regel sehr symbolische Bilder bemüht. EU-Befürworter der Türkei beschwören die einzigartige Brückenfunktion der Türkei oder sprechen von ihrem Potential als Energie-Drehscheibe bzw. Energie-Korridor (Hibbeler 2006). Einige sehen in der Türkei auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts vor allem einen sicherheitsstrategisch nützlichen ‚Frontstaat‘ gegenüber einer feindlich und sich im Umbruch befindlichen Nachbarschaft vom Kaukasus über den Iran und Irak bis hin zu Syrien (vgl. Kreiser/ Neumann 2006: 460). Fest steht, dass die Türkei eine der komplexesten Außenpolitiken weltweit zu formulieren hat, was sich nicht nur die politische und gesellschaftliche Heterogenität der Nachbarn verdeutlicht, sondern auch die hohe Zahl der Nachbarstaaten (Rubin 2003: 1). Folgende Staaten grenzen an die Türkei (im Uhrzeigersinn): Griechenland, Bulgarien, Georgien, Armenien, Aserbeidschan, Iran, Irak, Syrien und Zypern. Zählt man die Schwarz- und Mittelmeerländer dazu, erhöht sich die Zahl der Nachbarn entsprechend.

Mit Ende des 2. Weltkriegs verabschiedete sich die Türkei vom außenpolitischen Paradigma der Neutralität aufgrund der ‚sowjetischen Bedrohung‘ und unterhielt fortan enge Beziehungen mit den USA und Westeuropa, besonders im Rahmen der NATO, deren Mitglied sie seit 1952 ist. Im Kalten Krieg war die Türkei als ‚südliche Flanke‘ ein wichtiger Baustein der amerikanischen ‚containment‘-Politik gegenüber der UdSSR sowie als Partner unter den islamischen Ländern. Diese strategische Rolle ist ihr jedoch mit dem Ende des Kalten Krieges verloren gegangen, nicht zuletzt, da die USA militärische Beziehungen zu den post-sowjetischen Staaten in Zentralasien aufbauen konnte (Çandar 2004: 51). Um die engen Beziehungen mit den USA und der EU zu bewahren bzw. auszubauen, suchte die Türkei fortan eine neue strategische Bedeutung innerhalb dieser Partnerschaft (vgl. Rubin 2001: 3).

Im Vergleich zu den Zeiten des Kalten Krieges und auch den 1990er Jahren sind die regionalen Risiken für die Türkei dabei eher gestiegen als geringer geworden (vgl. Kirisci 2006: 27, 31). Die Sicherheitsrisiken stellen sich zunehmend komplexer und undurchsichtiger dar. Neben den Bedrohungen auf Ebene der ‚high politics‘ - die nationale Sicherheit, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen - sind es verstärkt Risiken auf der Ebene der ‚low politics‘, die zu einer Neubewertung der nationalstaatlichen Sicherheit geführt haben. Zur zweiten Kategorie gehören das organisierte Verbrechen, Migration, Menschenhandel, Geldwäsche und illegaler Waffenhandel. Die Erwartung, dass die strategische Bedeutung der Türkei mit Ende des Ost-West-Konflikts sinken würde, hat sich folgerichtig als falsch herausgestellt. Im Gegenteil: Die strategische Bedeutung der Türkei hat aufgrund der Komplexität der Sicherheitsrisiken in der Region zugenommen (vgl. Larrabee 2003: 1 und Robins 2003: 2, 11): „as a state, it has literally gone from flank to front“ (Robins 2003: 12). In anderen Worten: „The post-Cold War dynamics transformed

Turkey from a flank country of a collective security mechanism into the epicenter of a new strategic zone“ (Çandar 2004: 59). Die grundsätzliche Orientierung der Türkei bleibt als ‚Rückgrat der Außenpolitik‘ dabei zwar westlich, sie ist aber zunehmend an guten Beziehungen zu allen Nachbarn interessiert (vgl. Kramer 1999: 94). Eine ‚grand strategy‘ für eine Neubestimmung der internationalen Rolle der Türkei hat sich dabei, auch aufgrund der unterschiedlichen innenpolitischen Präferenzen, zunächst nicht herausgebildet (Robins 2003: 12).

Für die 1990er Jahre lassen sich drei unterschiedliche Gruppen nennen, die eine abweichende Antwort darauf hatten, wie man mit den Veränderungen im regionalen Mächtegleichgewicht umgehen sollte. Die erste Gruppe lässt sich im Umfeld des seit 1989 als Staatspräsident amtierenden Turgut Özal identifizieren.³⁶ Dieser verfolgte eine wirtschaftsliberale und pro-aktive Politik und formulierte die Vision eines ‚Jahrhunderts der Türken‘, worunter er eine Anbindung der zentralasiatischen Länder an die Türkei verstand.³⁷ Seine Ideen zielten auf wachsende regionale Interdependenz sowie die Ausweitung der türkischen Exportorientierung ab. Eine zweite Gruppe von Bürokraten und Militärs wollte die traditionelle Außenpolitik weiterverfolgen, welche als *status-quo*-Politik eine stark sicherheitsorientierte Linie zur Wahrung der territorialen Integrität verfolgt und einen Anschluss an die Europäische Gemeinschaft bzw. seit Maastricht die EU als Ziel vorsah. Die dritte Gruppe unter Necmettin Erbakan favorisierte einen Anschluss an die arabische bzw. islamische Welt. Vertreter dieser Gruppe fanden insbesondere nach der Zurückweisung der Türkei in Sachen EU-Mitgliedschaft auf dem Gipfel von Luxemburg 1997 verstärkt Gehör.

Die Partnerschaft zwischen den USA und der Türkei im Rahmen der NATO stand mit Ende des Ost-West-Konfliktes zunehmend in grundsätzlicher Spannung zu den wichtigsten innen- und außenpolitischen Zielen der Türkei, hierbei insbesondere der Gewährleistung der territorialen Integrität und somit der Eindämmung von Unabhängigkeitsbestrebungen in den kurdisch besiedelten Gebieten der Türkei. Das Bedrohungsszenario wurde als multidimensional eingestuft und unterlag nicht mehr länger den Determinanten des Ost-West-Gegensatzes (vgl. Kramer 1999: 93). Die sicherheitspolitische Ausrichtung gen Westen und das Festhalten daran hat nach dem Ende des Kalten Krieges zu erheblichen Konflikten mit den unmittelbaren Nachbarstaaten geführt und ist zunehmend erschüttert worden (vgl. Robins 2003: 164).

³⁶ Turgut Özal war von 1983-1989 Ministerpräsident und von 1989 bis 1993 Staatspräsident. Seine Politik war sehr an seine Person ausgerichtet, weshalb man auch von ‚Özalismus‘ spricht (vgl. Gürbey 2005: 17f, 93ff).

³⁷ Ein nicht realisierbares Trugbild, wie er schon auf seiner ersten Reise durch die zentralasiatischen Länder feststellen musste.

Ein wesentliches Merkmal der türkischen Außenpolitik ist zusammengefasst die internalisierte Westorientierung, besonders im Bereich der Außenbeziehungen (Robins 2003: 7). Die strategische Bedeutung der Türkei hat sich seit dem Ende des Ost-West-Konflikts gewandelt ist aber keinesfalls verschwunden (Kramer 1999: XI). Ein wichtiger Wendepunkt in den Beziehungen der Türkei zum Westen erfolgte 1999 in Helsinki. Die Türkei stand seitdem auf der Liste der EU-Beitrittskandidaten und wurde sechs Jahre später, am 3. Oktober 2005 zum Beitrittskandidat ernannt. Eine bis heute nachwirkende Weichenstellung für die türkische Außenpolitik wurde in der post-Helsinki-Periode durch Ismail Cem gesetzt, vor allem in seiner Zeit als Außenminister unter der Regierung Bülent Ecevit von 1999-2002. Ismail Cem trat für das Konzept einer ‚regionalen Nachbarschaftspolitik‘ ein, welches eine Diversifizierung der türkischen Außenpolitik vorsah (vgl. Kirisçi 2006: 20).

Bezüglich des außenpolitischen Wandels der Türkei ist festzustellen, dass die Existenz von Anreizen für einen (anhaltenden) Kurswechsel in der Außenpolitik auf regionaler bzw. internationaler Ebene eine wichtige erklärende Variable ist. Da die Alternativen zur Westanbindung nicht in Frage standen, ist folgerichtig die Veränderung der Außenpolitik zu mehr regionalem Aktivismus und einem ‚europäisierten‘ Stil weniger als ein Wandel in Form einer Neuorientierung weg vom Westen zu verstehen, sondern vielmehr eine Antwort auf die Frage, wie die Türkei angesichts der veränderten internationalen Strukturen in dieser Beziehung weiter eine wichtige Rolle spielen kann.

Trotz dieser Pfadabhängigkeit herrscht über die außenpolitische Entwicklung der Türkei große Uneinigkeit. Im Jahr 2002 fragte der damalige Vorsitzende der Nationalen Sicherheitsausschusses General Tuncer Kilinç in einer Reihe von Zeitungsartikeln in der Tageszeitung *Milliyet*, ob man mit einer strategischen Neuausrichtung zu Russland und dem Iran, den Interessen der Türkei nicht besser dienen könne als mit einer Anbindung an die EU (vgl. Çandar 2004: 58).³⁸ Die Frage nach Alternativen zum EU-Beitritt scheint auch durch die eingeleitete Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nicht eindeutig geklärt. Im Gegenteil: Die Entwicklungen im EU-Beitrittsprozess lassen vermuten, dass die weiteren Beitrittsgespräche nicht nur schwierig werden könnten, sondern der Beitrittsprozess sogar suspendiert werden könnte. Kurzum, die türkische Vollmitgliedschaft zur EU ist alles andere als sicher.

3.1.2. Brücke zwischen den Zivilisationen oder Modell *sui generis*?

³⁸ Für eine türkisch-iranische Allianz spreche unter anderem die gemeinsame Religion, die friedfertige Vergangenheit, der gemeinsame Kampf gegen die PKK und die wirtschaftlichen Potentiale. Vgl. Bekdil, Burak: Directionless Turkey, in: Turkish Daily News (13. September 2006).

In der Diskussion um einen möglichen EU-Beitritt ist wie oben erwähnt eines der viel gehörten Kernargumente die Brückenfunktion der Türkei zwischen Europa und der islamischen Welt (vgl. Leggewie 2004, Soysal 2004: 38, Altunisik 2005a). Tatsächlich hat die Türkei eine besondere regionale Rolle aufgrund Historie und geographischer Nähe nicht nur gegenüber den Nachbarn im Kaukasus und Zentralasien, sondern vor allem auch im Nahen Osten. Dabei versteht sich die Türkei aber nicht als ein Modell, wie es noch in den 1990er von vielen türkischen Politikern angepriesen wurde und welches vor allem westliche Politiker heute immer noch in der Türkei sehen, sondern vielmehr als ‚Vermittler‘ zwischen der westlichen und islamischen Welt (Duffner 2004). Nach den Anschlägen auf das New Yorker World-Trade-Centre und das Pentagon am 11. September 2001 erfolgte eine geopolitische Neubewertung der strategischen Bedeutung der Türkei (vgl. Önis 2003: 2). Die USA, aber auch die EU, hatten nunmehr ein gestiegenes Bedürfnis für das Verständnis der muslimischen Welt, aber auch zur Erklärung der eigenen Werte.

Die Mittlerrolle drückt sich unter anderem durch den im Juni 2004 auf Sea Island im Rahmen des G8-*‚Broader Middle East Initiative‘* hervorgegangenen *„Democracy Assistance Dialogue“* aus, dessen Ko-Vorsitz die Türkei innehat. Ein anderes Projekt wurde in Folge der Ende 2003 verübten Bombenanschläge von Madrid vom spanischen Ministerpräsidenten José Luis Rodriguez Zapatero und dem türkischen Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan ins Leben gerufen. Das Projekt mit dem Namen ‚Allianz der Zivilisationen‘ sucht im Kern die Balance zwischen Meinungsfreiheit und dem Respekt vor anderen Religionen. Auch die deutsch-türkische ‚Ernst-Reuter-Initiative‘ wurde im September 2006 gegründet, um den Dialog der Kulturen zu verstärken. Die drei genannten Beispiele belegen die sich entwickelnde Rolle der Türkei als Förderer des Dialogs zwischen den Kulturen, welche den Verlust ihrer sicherheitsstrategischen Bedeutung durch das Ende des Ost-West-Konflikts ersetzen könnte.³⁹

Das Bild der Brücke oder Pufferzone wird unter anderem deshalb kritisiert, da es Passivität und Gleichheit der Nachbarn zum Ausdruck bringt (Yanik 2006: 2, Davutoglu 2004). Tatsächlich stellen sich die Beziehungen der Türkei gegenüber ihren Nachbarn im post-sowjetischen Raum, Europa und im Nahen Osten aber als völlig unterschiedlich dar. Die Türkei hat seit den Modernisierungsversuchen im osmanischen Reich des 19. Jahrhunderts (*tanzimat*), spätestens jedoch mit der Gründung der türkischen Republik 1923, eine westliche Orientierung eingeleitet, weshalb die Voraussetzung als Brücke auftreten zu können, eingeschränkt ist (Soysal 2004: 38f).

³⁹ Vgl. Güsten, Susanne: Ombudsmann Türkei. Im Irak, im Irankonflikt oder zwischen Palästinensern und Israelis – die Türkei will vermitteln, in: Tagesspiegel, 03. April 2007.

Zudem stellen vor allem innenpolitische Probleme die Übertragbarkeit des türkischen Modells in Frage. Zu denken wäre nur an ethnische Minderheitenprobleme, die Rolle des politischen Islam, wirtschaftliche Krisen und der Einfluss illegitimer Machttakteure. Aufgrund dieser Faktoren wird die Türkei auch als ‚defekte Demokratie‘⁴⁰ bezeichnet. Ohne eine weitere Konsolidierung der türkischen Demokratie ist ein Modellcharakter nicht denkbar. Hierbei erhält vor allem die Frage, wie ein türkischer, säkularer Nationalismus in Zukunft aussehen soll eine herausgestellte Bedeutung.⁴¹ Die Türkei hat zudem wenig Erfahrung mit dezentralen Strukturen, weshalb auch hinsichtlich der vertikalen Gewaltenteilung ein Modellcharakter fraglich ist. Zusammengefasst lautet der Einwand gegen den Modellcharakter der Türkei, dass die türkische Erfahrung ein Beispiel *sui generis* sei.

Der Beispielcharakter für andere Länder kann jedoch nicht völlig ausgeblendet werden. Die Länder des Nahen Ostens blicken in den letzten Jahren immer genauer auf die innertürkischen Entwicklungen, ganz entgegen des langjährigen Misstrauens und Desinteresses, welche gegenüber der Türkei lange Zeit vorherrschten (vgl. Kapitel 4). Im Fokus steht hierbei neben der wirtschaftlichen Entwicklung vor allem die demokratische Konsolidierung des politischen Islams in das politische System in Form der AKP. Fälschlicherweise wird beispielsweise das *rapprochement* mit Syrien oder die Ablehnung des türkischen Parlaments am 01. März 2003 für die Öffnung einer ‚zweiten Front‘ zum Irak als Erfolg der AKP in der Region verstanden, was, wie diese Analyse zeigt, der Komplexität des politischen Systems der Türkei nicht Rechnung trägt (vgl. Altunışık 2005a: 16). Die ägyptischen Muslimbrüder hätten in Form der Türkei z.B. ein interessantes Vorbild, wie sie sich als ‚konservative‘ Partei in das politische System integrieren könnte. Diese haben es bisher trotz einer großen Anhängerschaft in der Bevölkerung nicht geschafft, mit der Losung ‚Der Islam ist die Lösung‘ am politische System teilzuhaben und die Regierung zu stellen.⁴²

Zu überlegen sind auch Alternativen in der ‚Modell-Diskussion‘. Das iranische Modell war bisher im Vergleich zum türkischen Modell in der Region weniger attraktiv. Dies könnte sich jedoch ändern. Der konfrontative Politikstil der iranischen Regierung gegenüber den USA, Israel und anderen Brennpunkten der regionalen Politik ist populistisch und durchaus darin erfolgreich, Massen auch außerhalb des Irans zu mobilisieren (Kirisçi 2006: 97). Im Gegensatz zum langfristigeren und graduellen Ansatz der Türkei für Reformen in der Region durch Dialog und Kooperation, verspricht die iranische Regierung radikale und schnelle Veränderungen des *status quo* (Taspınar 2003).

⁴⁰ Hierbei gilt als Maßstab für den ‚defekt‘ einer Demokratie das Modell liberaler, rechtsstaatlicher Demokratien westlicher OECD-Staaten (vgl. Kramer 2004: 3f, Gürbey 2005: 30ff).

⁴¹ (vgl. hierfür 3.2.).

⁴² Hermann, Rainer (Kapitel 1, Fußnote 7).

Zwischenfazit:

Hinsichtlich der vorgestellten Erklärungsfaktoren für außenpolitischen Wandel hat die Analyse deutlich machen können, dass sich die globalen Strukturen gewandelt haben und hierbei auch die Position der Türkei innerhalb des internationalen Systems. Auf regionaler Ebene lassen sich Entwicklungen nachzeichnen, die für eine Neubewertung der Sicherheitskonzeptes sprechen. Auslöser für diesen Wandel waren neben der Verhaftung von Abdullah Öcalan und die damit verbundene Beendigung der Kampfhandlungen der PKK auch das *rapprochement* in den türkisch-griechischen Beziehungen in Form der ‚Erdbeben-Diplomatie‘ nach 1999. Hierbei spielen die Verhaftung Abdullah Öcalans und vor allem die vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen eine wesentliche Rolle für die Hinterfragung der Legitimierung der traditionellen Sicherheitskonzepte (siehe Kirisci 2006: 22). Ein historischer Wendepunkt war der Helsinki-Gipfel 1999 und die damit verbundene EU-Perspektive, die in der Türkei eine Europa-Euphorie auslöste, welche noch zwei Jahre zuvor unvorstellbar war. Neben der psychologischen Komponente hat die Konditionalität des EU-Anpassungsprozess einen wichtigen Beitrag zum Wandel der türkischen Außenpolitik geleistet.

Wie gezeigt hat die Türkei das Potential mit den Mitteln von ‚*soft power*‘ gerade in der Region des Nahen Ostens für eine demokratische Transformation einzutreten und als Inspiration für die Schaffung einer Zone des demokratischen Friedens zu gelten. Dieses Potential wird jedoch von anderen regionalen Mächten beeinträchtigt. Im regionalen Gleichgewicht könnte sich die Türkei vor allem durch den Iran herausgefordert fühlen.

3.2. Innenpolitische Neuordnung bzw. Neuausrichtung

Eine innenpolitische Zäsur für die Türkei war der 12. September 1980 (vgl. Aydin 2003: 4). Mit einem *coup d'état* griff die damalige Militärführung unter Kenan Evren in die bürgerkriegsähnliche Konfrontation zwischen radikalisierten Linken und Rechten ein. Im November 1982 trat nach einem Volksentscheid die neue Verfassung in Kraft, welche bis heute Restriktionen in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens beinhaltet (z.B. Arbeitnehmerrechte). Die politischen Veränderungen seit 1982 waren von rapiden gesellschaftlichen Umbrüchen begleitet. Der enorme Bevölkerungszuwachs ging mit einer ebenso beschleunigten Verstädterung einher. Hieraus veränderten sich die sozialen Strukturen erheblich. Das Ungleichgewicht zwischen prosperierenden Industriezonen durch die Özal'sche Exportorientierung und abschüssigen ländlichen Gegenden drückt sich in einem ausgeprägten Nord-Süd-Gefälle aus. In dieser Situation musste sich die türkische Demokratie zusehends dem ‚politischen Islam‘ und der

‚Kurdenfrage‘ stellen, die beiden Hauptherausforderungen für das auf die ‚innere Sicherheit‘ fokussierte Establishment.

3.2.1. Türkische Identität und Außenpolitik

Der Feiertag zur Gründung der türkischen Republik (*cumhuriyet bayramı*) muss im Gegensatz zur Mehrheit der türkischen Bevölkerung für einen Nicht-Türken paradox wirken. Zwischen den Minaretten der Moscheen flattern da türkische Flaggen oder ersatzweise das riesige Konterfei Atatürks. Wie erklärt sich dieser scheinbare Gegensatz?

Ideologie in Form des Nationalismus und Religion ist auch im 85sten Jahr nach Gründung der Türkei eine wesentliche Determinante des täglichen und politischen Lebens und hat einen mindestens ebenso großen Einfluss auf die Außenpolitikformulierung wie geostrategische Überlegungen (vgl. Robinson 2003: 159). Die Außenpolitik war und ist dabei vor allem die Arena in der die konkurrierenden Ideologien ausgetragen werden können. Innenpolitik wird so zur Außenpolitik.

Nationalismus

Der türkische Nationalismus hat seine Ursprünge in der Phase der Nationalstaatsbildung. Der Nationalstaat ist ein westeuropäisches Phänomen des 19. Jahrhunderts und wurde in dieser Form auf die Türkei ‚übertragen‘, ohne dabei jedoch dem Demokratisierungsprozess dieser Staaten im 20. Jahrhundert mitzugehen (vgl. Kramer 2004: 13) Nur langsam konnte sich so beispielsweise ein Mehrparteiensystem gegen den Widerstand die national-kemalistischen Staatselite durchsetzen (ebd.).⁴³

Mit dem Untergang des Osmanischen Reichs und im Anschluss an den Unabhängigkeitskrieg glich die neu gegründete türkische Republik einer *tabula rasa*, welche vor allem von dem Wunsch beseelt war, die Vergangenheit des *ancien régime* hinter sich zu lassen (vgl. Robins 2003: 136). Atatürks Kemalismus (*ataturkçülük*) mit seinen sechs Pfeilen⁴⁴ (*altı ok*) stellt deshalb weniger eine Ideologie, als vielmehr einen praktischen Zugang zur Schaffung und Modernisierung der Türkei dar.

Außenpolitisch bedeutete Kemalismus nach einer kurzen Phase der Neutralität in erster Linie ‚Westpolitik‘ und der Wunsch als europäischer Staat zu gelten (vgl. Robins 2003: 139). Dieses Paradigma war gekoppelt an eine ausgeprägte Fixierung auf die nationale Sicherheit und Souveränität (vgl. Larrabee 2003: 19).⁴⁵ Für die Region des Nahen Ostens bedeutete dies, dass sie

⁴³ Die Türkei hat seit 1946 ein Mehrparteiensystem.

⁴⁴ Nationalismus, Populismus, Republikanismus, Laizismus, Etatismus, Revolutionismus.

⁴⁵ Atatürk formulierte diesen Gedanken durch den Slogan: ‚*Yurtta barış, dünyada barış*‘ (Frieden zuhause, Frieden in der Welt).

fortan eine untergeordnete Rolle spielte. Dies lag nicht zuletzt auch an den Stereotypen, welche die türkisch-nahöstlichen Beziehungen bestimmten (vgl. 4.1.). Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts befindet sich die Türkei in einer Transformationsphase, in welcher die traditionellen und von Atatürk formulierten Grundprinzipien zunehmend neu interpretiert werden. Die Neubewertung der regionalen Rolle und hierbei insbesondere die Wiedereinbeziehung des Nahen Ostens in strategische Überlegungen unterlegen dieses Argument.

Die politischen Entwicklungen in der türkischen Nachbarschaft haben unter anderem eine innertürkische Debatte angestoßen, was unter dem Türkentum (*türklük*) zu subsumieren sei und inwieweit die Türkei eine multikulturelle Gesellschaft aufweist (vgl. Larrabee 2003: 35). Besonders problematisch stellt sich dabei der ‚tiefe Staat‘ (*derin devlet*) dar, ein kaum zu durchdringendes, amorphes Netz von Militär, Justiz und Polizei, welches den türkischen Nationalstaat verteidigen will und demokratischen Reformen der Regierung prinzipiell skeptisch entgegensteht (vgl. Kramer 2004: 6).⁴⁶ Laizismus wird der Demokratie übergeordnet. Der umstrittene Paragraph 301 des türkischen Strafgesetzbuches dient den Anwälten um Kemal Kerinçsiz als Hebel, um liberale Denker wie Hrant Dink, Orhan Pamuk, Elif Safak und andere weniger Prominente vor Gericht zu bringen, um sich zum Vorwurf der ‚Verunglimpfung des Türkentums‘ zu rechtfertigen (vgl. Grigoriadis 2006: 15). In den Medien bedienen Bücher und Fernsehserien und Filme wie ‚Tal der Wölfe‘ (*kurtlar vadisi*) nationalistische, aber auch anti-amerikanische und anti-semitische Ressentiments.⁴⁷ In dieser nationalistischen Lesart sollte die Türkei eine Regionalmacht sein, deren Beziehungen zur EU nicht wichtiger oder unwichtiger sind als die zu anderen Regionen. Eine EU-Mitgliedschaft ist demnach nur akzeptabel, wenn die politische Souveränität der Türkei nicht in Frage gestellt wird (vgl. Kramer 1999: 95).

All dies sind Entwicklungen, die einer weiteren Demokratisierung der Türkei abträglich sind und einem Wandel der Außenpolitik, welcher sich durch den Einsatz von *soft power* definiert, im Wege stehen.

⁴⁶ Beispiele für diese Verstrickungen von Militär, Justiz und Bürokratie sind erstens der Autounfall in Susurluk, bei dem 1996 ein hochrangiger Polizeibeamter, eine ehemalige Schönheitskönigin und ein Mafiaboss beteiligt waren und zweitens der Bombenanschlag 2005 auf einen Buchladen im südostanatolischen Semdinli, welche von Militärs ausgeführt wurde, die trotz aller Beweise schnell wieder freigelassen wurden (vgl. Özdemir, Cem (2006), Die Armee gehört in die Kaserne. Über das Verhältnis von Militär und Politik in der Türkei, in: Südosteuropa-Mitteilungen, 3/ 2006, 46-53, abrufbar unter: www.cem-ozdemir.de/uploads/media/2006_Sudosteuropa_Mitteilungen_Turkei_Militar_01.pdf, 12.März 2007).

⁴⁷ Die Bücher ‚Su çilgin türkler‘ (Diese verrückten Türken) oder ‚Metal fırtına‘ (Metallsturm) sind gute Beispiele für nationalistische Literatur. Der Film ‚Tal der Wölfe‘ folgte einer Fernsehserie, die nationalistische und orientalistische Klischees ebenso wie anti-amerikanische und anti-semitische Ressentiments bedient (vgl. Grigoriadis 2006: 13f). Die zweite Staffel der Fernsehserie wurde Anfang 2007 abgesetzt und hat eine heftige Debatte darüber ausgelöst, ob dies als Zensur und Beschneidung der Meinungsfreiheit angesehen werden sollte.

Der ‚Kulturkampf‘ zwischen säkularen und islamistischen⁴⁸ Gruppen in der Türkei ist weiterhin ungelöst. Seien es die Diskussion um das Kopftuchverbot in öffentlichen Gebäuden, der Bau einer Moschee am Istanbuler Taksim oder die Auseinandersetzungen zur Bestimmung eines Nachfolgers des Staatspräsidenten Sezer: Es mangelt nicht an Konfliktpotential zwischen den zwei Lagern. Der Mord eines Richters durch einen fanatischen Muslim im Mai 2006 oder des armenischstämmigen Journalisten Hrant Dink durch einen Jugendlichen aus ultra-nationalistischen Kreisen im Januar 2007 sind tragische Beispiele für die Extreme dieser Auseinandersetzungen. Kann man solche Exzesse aber lediglich als ‚nationalistischen Schüttelfrost‘ bezeichnen und welche Auswirkungen hat ein extremer Nationalismus auf die Außenpolitik?

Der zunehmende Nationalismus in der Türkei hat im Vergleich zu religiösen Strömungen einen größeren Einfluss auf die türkische Außenpolitik (vgl. Larrabee 2003: 10). Die Ursachen für die steigende Bedeutung des türkischen Nationalismus sind dabei äußerst vielfältig, können aber unter dem Stichwort ‚Frustration‘ zusammengefasst werden. Die Beteiligung der Türkei am Golfkrieg 1991 hat mehr Kosten als Nutzen zur Folge gehabt, sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Die Europäische Union würdigte 1997 nicht die eindeutige Unterstützung der westlichen Interessen. Die Wirtschaftskrise 2001 und die damit verbundene Einflussnahme der Internationalen Finanzinstitutionen wie Weltbank und IWF haben ebenfalls die nationalistische Stimmung angeheizt. Auch die AKP setzt in populistischer Weise neben der Schürung religiöser Ressentiments wie im Fall des Kopftuchbann in öffentlichen Gebäuden immer wieder auf die Karte des Nationalgefühls, um von substantielleren Problemen wie der hohen Arbeitslosigkeit oder den niedrigen Löhnen abzulenken (vgl. Grigoriadis 2006).⁴⁹

Die gestiegene Betonung von Menschenrechten durch westliche Demokratien seit Ende der 1980er Jahre hat auch die türkische Außenpolitik beeinflusst (Larrabee 2003: 9). Gerade der Umgang der Türkei mit den Kurden hat zu erheblichen Spannungen mit der Bundesrepublik Deutschland und anderen europäischen Ländern geführt. Der Kern des Konflikts liegt in dem Widerspruch einerseits im jakobinisch-französischen Sinne einer Staatsnation die Gleichheit (*égalité*) aller Staatsbürger zu postulieren, andererseits jedoch eine ethnische und kulturelle Homogenisierung zu verfolgen (vgl. Gürbey 1999: 102). Die Debatte, ob dieser Konflikt

⁴⁸ In Anlehnung an Günther Seufert wird in dieser Analyse zwischen muslimisch, islamisch und islamistisch unterschieden. ‚Muslimisch‘ bedeutet demnach keine besondere Orientierung eines Individuums, ‚islamisch‘ steht für alle Handlungen und Orientierungen, die einen Bezug zur Religion haben (Gebet, Fasten etc.) und ‚islamistisch‘ kennzeichnet den Versuch politische Forderungen religiös zu begründen und alle Bereiche der Gesellschaft danach zu gestalten (vgl. Seufert 2003).

⁴⁹ Vgl. Seufert (2005), Vom Außenposten des Westens zum regionalen Akteur. Das neue Selbstbewusstsein der Türkei, in: Das Parlament 32/33 2005, abrufbar unter: <http://www.das-parlament.de/2005/32-33/Thema/019.html> (10. März 2007).

sozioökonomische Ursachen hat („Entwicklungsproblem“) bzw. ein ‚Terrorismusproblem‘ ist, führt lediglich vor Augen, dass es sich um ein multi-kausales Problem handelt, welches nur durch die politische Integration und Repräsentation der kurdischen Bevölkerung langfristig gelöst werden kann (ebd.).

Seit Mitte der 1980er verloren insgesamt 30.000 – 40.000 Menschen ihr Leben bei den Auseinandersetzungen zwischen den türkischen Sicherheitskräften und der PKK im Südosten des Landes und in den Grenzgebieten mit kurdischer Bevölkerung. Für den türkischen Staat war dieser Krieg mit immensen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten verbunden, international beschädigte die aggressive Politik das Ansehen des türkischen Staats ebenfalls in großem Maße und führte 1998 fast zu einem Krieg mit Syrien und zu erheblichen Spannungen mit dem Iran und dem Irak (vgl. Kapitel 4).

Der Großteil der 15 Millionen Kurden in der Türkei lebt aufgrund der militärischen Auseinandersetzungen nicht mehr in deren ursprünglichen Siedlungsgebieten sondern im städtischen Raum.⁵⁰ Die Integration der Kurden in das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben ist äußerst ambivalent zu beurteilen.⁵¹ Der Großteil, der in der Westtürkei lebenden Kurden würde einer Schaffung eines kurdischen Staates nicht zustimmen, sehr wohl aber der Umsetzung kultureller und sprachlicher Rechte. Bei der Anerkennung von Menschenrechten stehen dabei nicht die Kollektivrechte, sondern die Individualrechte im Vordergrund.

Die türkische Regierung hatte nach der Verhaftung Abdullah Öcalans die Möglichkeit den Ursachen des Konflikts mit einer neuen Strategie entgegenzutreten und sich vom Dogma des ‚Terrorismusproblems‘ und der militärischen Stärke zu lösen (Gürbey 1999: 101 und Larrabee 2003: 40). Wie das Aufflammen der Auseinandersetzungen 2006 zeigte, sind die Ursachen jedoch nicht neu geregelt worden (vgl. Kramer 2006).

Die Spannung zwischen nationaler Souveränität und Integration könnte im Laufe der EU-Beitrittsverhandlungen noch zunehmen. In einer Phase des Übergangs kann man nationalistische Rückfälle aber auch als Art ‚nationalen Schüttelfrost‘ verstehen. Die sozialkonstruktivistische Schule würde diese Vermutung bestätigen. Forschungsarbeiten zu diesem Thema belegen die These, dass (internationale) Werte und Normen erst durch eine Art nationalen Filter gehen müssen, bis sie einen ‚*tipping point*‘ überschritten haben und schließlich internalisiert sind.⁵²

⁵⁰ Neben den etwa 15 Mio. Kurden in der Türkei leben ca. 5 Mio. im Irak, 5 Mio. im Iran und etwa 1,7 Mio. in Syrien, vgl. De Bellaigue, Christopher (2007), *The Uncontainable Kurds*, in: *The New York Review of Books*, 1. März 2007.

⁵¹ De Bellaigue, Christopher (2007)

⁵² Vgl. hierfür Finnemore/ Sicking 1998.

Die normative Wende (Wertewandel) in den internationalen Beziehungen seit den 1980er zugunsten liberaler Werte (vgl. Robins 2003: 29/ 30, Kirisçi 2004: 40) bedeutet für die politische Ebene die Umsetzung und Stärkung von Demokratie, Pluralismus, Menschenrechten und der Zivilgesellschaft und eine gewisse Skepsis gegenüber eines ‚starken Staates‘ (ebd.). Die Türkei hat den Geist der Zeit zunächst nicht erkannt und diese Normen zwar wirtschaftlich unter Turgut Özal internalisiert und umgesetzt, aber nicht politisch – im Gegenteil: Eine De-Demokratisierung führte 1997 zu einem erneuten *coup d'état* des Militärs (Robins 2003: 31). Ein Grund für diese Entwicklung in den 1990er Jahren war wohl nicht zuletzt die als Bedrohung empfundene Herausforderung durch liberale Ideen für die kemalistischen Urprinzipien ‚Laizismus‘ und ‚türkischer Nationalismus‘. Für die Außenpolitik hatte dies empfindliche Auswirkungen: *“Turkey’s ruling elite could only demonstrate its incapacity to change in the dazzlingly changing new world“* (Çandar 2004: 57). Die Auswirkungen dieser ‚banalen Vereinfachung‘ der außenpolitischen Dimension türkischer Politik in den 1990er sind im Umgang mit der Kurdenfrage bzw. der Bekämpfung der PKK deutlich geworden – die Kurdenfrage wurde so immer mehr die ‚Brille‘ durch welche die türkischen Außenbeziehungen bestimmt wurden (ebd.).

Islamisierung

Neben der ungelösten Kurdenfrage spielt der Islamismus eine dauerhafte Rolle in der gesellschaftlichen und innenpolitischen Debatte der Türkei. Nach dem Militärputsch 1980 instrumentalisierte das Militärregime den Islam ganz bewusst als Gegenpol der vorherigen Politisierung und förderte beispielsweise Religionskurse (vgl. Altunisik 2005a: 3).⁵³ Islamistische Parteien wurden ein fester Bestandteil des Parteienspektrums. Für den islamistischen Mainstream war die Außenpolitik dabei vor allem ein Ventil um ‚Dampf abzulassen‘ und eine religiös-nationalistische Vision zu verkünden (vgl. Robins 2003: 160). 1996 übernahm Necmettin Erbakan das Amt des Regierungschefs. Dieser wurde aber schon 1997 durch einen ‚post-modernen‘ *coup d'état* aus dem Amt herausgedrängt. Während Erbakans Amtsperiode und auch danach zwischen 1997-1999 bestand ein wirkliches Zeitfenster für eine Neuorientierung der türkischen Außenpolitik in Richtung zur ‚islamischen Welt‘ aufgrund des abgeschwächten Nationalismus im politischen Raum. Eine solche Politik hätte auf eine vollständige Abwendung der türkischen Westorientierung gezielt, um in der islamischen Welt eine Führungsrolle zu übernehmen (Kramer 1999: 95). Wie sich herausstellte waren diese Ambitionen jedoch nicht substantieller Natur und komplizierten eher die Beziehungen zu dieser (vgl. Larrabee 2003: 40). Erbakans Versuche in zwei Reisen durch Staaten mit muslimischer Bevölkerung in Asien und

⁵³ Diese Förderung wird als so genannte ‚türkisch-islamischen Synthese‘ (*türk-islam sentezi*) bezeichnet, welche den Islam mit dem laizistischen Dogma der Türkei vereinbaren soll.

Afrika für seine Ideen zu werben, gipfelten in eine schwere Regierungskrise, als Libyens Präsident Muammar al-Gaddafi die Türkei beschuldigte ein unabhängiges Kurdistan zu verhindern (vgl. Kirişçi 2001: 104). Umgekehrt war Hosni Mubarak über Erbakans Forderung brüskiert, die ägyptische Muslimbruderschaft zu tolerieren und bat jenem an, diese gerne in die Türkei zu schicken, wenn diese ihm so zusagen (ebd.). Schon 1999 waren die nationalistischen Kräfte wieder erstarkt, was sich vor allem am hohen Ergebnis der Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) ablesen lässt (ebd.). Dies bestätigt die Annahme, dass der Erfolg der Wohlfahrtspartei (RP) über die religiöse Frage hinausging und nicht zuletzt eine Protestwahl für weniger Korruption und einem stärker türkischen Staat war.

Gefördert durch den ‚28.Februar-Prozess‘⁵⁴ steht der ‚reaktionäre Islam‘ (*irtica*) im Schussfeld der säkularen Kräfte in der Türkei (vgl. Ayata 2004: 244). Die Zeit nach dem militärischen Eingreifen hat zu wesentlichen Veränderungen der islamischen politischen Bewegungen geführt. Das in der türkischen Geschichte häufig eingesetzte Instrument des Parteienverbots betraf so nicht nur kurdische Parteien, sondern im starken Maße auch islamisch-orientierte bzw. islamistische Parteien, wie das Beispiel der *Refah Partisi* (Wohlfahrtspartei) und deren Nachfolgepartei *Fazilet Partisi* (Tugendpartei) verdeutlicht.

Wie gezeigt sind die Herausforderungen des politischen Islam und die Kurdenfrage Teil des gleichen Problems. Beide sind eine Reaktion auf das türkischen Verständnis von Säkularisierung und Nationalismus (vgl. Barkey/ Taspinar 2006: 2).

3.2.2. Die Bedeutung von Regierungswechseln – Die AKP

Regierungswechsel stehen oft auch für einen Wechsel der außenpolitischen Orientierungen. Ein Kurswechsel in der Türkei kann mit Gründung und Regierungsantritt der AKP gesehen werden. Die Spaltung des politischen Islam vollzog sich im Anschluss an den ‚28. Februar-Prozess‘. Die seit 2002 amtierende AKP wurde nach dem ‚post-modernen‘ *coup d'état* 1997, der den damaligen Ministerpräsident Necmettin Erbakan zum Rücktritt zwang, von einer Reihe junger Anhänger Erbakans gegründet. Prominente Gründungsmitglieder waren der spätere Außenminister Abdullah Gül und Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan. Diese Erneuerer (*yenilikçiler*) trennten sich von der radikal-islamischen Rhetorik Erbakans und propagierten fortan eine moderatere ‚nationale, muslimische Demokratie‘, die bis zu einem gewissen Punkt Ähnlichkeiten mit dem Konzept der christlich-demokratischen Parteien in Westeuropa aufweisen kann. Das säkulare Erbe der türkischen Republik sowie deren pluralistisch-demokratischen Prinzipien

⁵⁴ Die Zeit nach dem post-modernen *coup d'état* 1997.

wurden nicht länger in Frage gestellt und statt ‚Europa-Ablehnung‘ herrschte fortan ‚Europa-Euphorie‘ (Ayata 2004: 269). Durch diese außenpolitische Wende erhoffte man sich den Wahlsieg, welcher ohne die Unterstützung der europaorientierten Wirtschaft und Medienkonzerne nicht möglich gewesen wäre (vgl. Ayata 2004: 273). Ebenso erhoffte man sich durch die Auswirkungen einer EU-Perspektive den eigenen Handlungsspielraum gegenüber den säkularen Parteien und des Militärs vergrößern zu können (ebd.).

Der als ‚Erdrutschsieg‘⁵⁵ bezeichnete Wahlsieg der AKP 2002 bedeutet außenpolitisch vor allem das Bekenntnis zur EU. Neben der Maxime, Reformen für dieses Projekt schnell und effizient umzusetzen, war aber auch die Lösung der regionalen Spannungen einschließlich der Zypernfrage eine außenpolitische Zielsetzung. Mit knapp zwei Dritteln der Sitze (363 von 550) in der ‚meclis‘ (Parlamentskammer) brauchte die AKP keinen Koalitionspartner und verfügte plötzlich über eine große Gestaltungsfreiheit. Die AKP ist eine Art ‚catch-all-party‘ in der sich Wähler der unterschiedlichsten *couleur* wieder finden, hauptsächlich jedoch die aufstrebende muslimisch-geprägte Bourgeoisie (Ayata 2004: 264). Alle einigte 2002 die Hoffnung, dass sich durch einen schnellen EU-Beitritt ihre ganz unterschiedlichen Ziele umsetzen lassen: Eher religiöse Traditionalisten erhofften sich beispielsweise eine Ausweitung ihrer Moralvorstellungen, wozu nicht zuletzt der Aufhebung des Kopftuch-Verbots in öffentlichen Gebäuden gehört; Minderheiten wie die Aleviten hofften ebenfalls auf mehr Rechte; Protestwähler wollten die Vorgängerpartei abstrafen usw. Im Laufe der Regierungszeit wich diese Hoffnung jedoch zugunsten einer zunehmenden Ernüchterung, wodurch der klassische türkische ‚Kulturkampf‘ wieder zunehmend zu Tage tritt.⁵⁶ Der ‚Mantel der EU-Beitrittsperspektive‘ verdeckte nur kurze Zeit diese Auseinandersetzungen und wurde zunehmend transparenter.⁵⁷

Mindestens drei Charakteristika zeichnen die AKP hinsichtlich ihrer Außenpolitik aus (vgl. Kirişçi 2006: 49ff).

1) *Bereitschaft und Wille zu pro-aktivem Handeln und Risikobereitschaft*

Einer der Hauptgründe für die Spannungen der Türkei mit seinen Nachbarn war das Festhalten der Staatselite am Paradigma der *status quo*-Macht. Die neue Regierung hat sowohl in ihrer Zypernpolitik als auch bezüglich der Debatte um die Frage, ob 1915 ein armenischer Genozid

⁵⁵ Durch die Besonderheit des türkischen Wahlrechts einer 10% -Sperrklausel für den Einzug in das Parlament, konnte die AKP mit 34,3% der abgegebenen Stimmen fast eine drei Viertel-Mehrheit in Anspruch nehmen, welche für Verfassungsänderungen notwendig ist.

⁵⁶ Für die Argumente, die AKP nutze eine muslim-freundliche Rhetorik um Wählerstimmen zu fangen und sieht letztendlich eine Neuorientierung Richtung muslimische Welt vor, siehe: Cagaptay, Soner: Is There a Clash of Civilizations? Islam, Democracy, and U.S.-Middle East Policy, The Washington Institute for Near East Policy, 14. September 2006.

⁵⁷ Heinz Kramer auf FES-Konferenz ‚Deutsch-Türkischer Dialog‘ (25. November 2006).

stattfinden oder nicht, Spielräume für eine öffentliche Debatte geöffnet. So verhielt man sich hinsichtlich der Abstimmung des Annan-Plans im Gegensatz zum Militär zumindest neutral. Dass eine Konferenz zum Thema der Genozid-Debatte im September 2005 gestoppt wurde, lag nicht an der AKP-Regierung, sondern an einem Gerichtsurteil.

2) *Aktive Nachbarschaftspolitik der Türkei*

Besonders wichtig für diese Arbeit ist die Betrachtung der aktiven Politikgestaltung sowohl auf bilateraler als auch auf regionaler Ebene. Ende der 1990er Jahre begann sowohl mit Griechenland als auch mit Syrien ein Dialog, welcher eine Normalisierung der Beziehungen anstrebte. Umgesetzt wird diese Politik der ‚Null-Probleme mit den Nachbarn‘ durch hochrangige Staatsbesuche sowie engere Beziehungen auf der Ebene der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft.

3) *Gewinnperspektive und Diversifizierung*

Der wohl wichtigste Aspekt der AKP-Außenpolitik ist der Wechsel der Perspektive fort von einem Nullsummenspiel hin zu einem ‚win-win‘-Ansatz, wie er zum Beispiel durch die Unterzeichnung des Adana-Abkommens 1998 mit Syrien zum Ausdruck gebracht wurde. Konkret bedeutet dieser Perspektivenwechsel, dass man Außenpolitik nun nicht mehr nur durch die ‚realistische Brille‘ betrachtet, sondern eher Interdependenz und Kooperation anvisiert. Dies geschieht insbesondere durch eine Diversifizierung der türkischen Außenpolitik, die sich zunehmend von einer starr verstandenen Westorientierung löst.

Diese neuen Charakteristika haben insbesondere im Bezug auf den Nahen Osten einen innenpolitischen Hintergrund. Wie das Eingangszitat Abdullah Güls deutlich macht, hat die AKP-Regierung den Willen, die Situation in ihrer Nachbarschaft zu stabilisieren. Hierbei tritt sie wesentlich selbstbewusster als ihre Vorgängerregierungen auf und kann auf Partner in den arabischen Ländern zählen. Diese sind wie die AKP ebenfalls ‚moderat-konservativ‘ und lehnen bis auf extremistische Flügel Radikalität und Gewalt grundsätzlich als politisches Mittel ab. Vor dem Hintergrund der Harmonisierungsprogramme im Zuge des EU-Beitritts scheint sich die Annahme zu bestätigen, dass Demokratie und Islam durchaus vereinbar sind. Dies macht die Türkei zu einem vieldiskutierten Beispiel (*emsa*) für die Region, welches Samuel Huntingtons These eines ‚Kampf der Zivilisationen‘ das Wasser abgräbt. Die tatsächliche Demokratiefähigkeit der Türkei kann jedoch insbesondere durch die wiederholten Militärputsche in Frage gestellt werden.

Eine Besonderheit der verbesserten Beziehungen zwischen den Ländern des Nahen Ostens und der Türkei, ist die Tatsache, dass diese nicht zu Lasten der Beziehungen mit anderen Ländern und hierbei insbesondere Israels vollzogen wurden. Anders als die Außenpolitik Erbakans und seiner Wohlfahrtspartei Mitte der 1990er propagiert die AKP keine ‚islamische

Wirtschaftsgemeinschaft' oder gar eine Art ‚islamische NATO‘ in einer anti-semitischen Rhetorik (vgl. Kirişçi 2006: 88, Robins 2003: 146f).⁵⁸ In gewisser Weise ist die auf Pluralismus und demokratischen Prinzipien fußende Außenpolitik ein Lernerfolg aus den Erfahrungen der Erbakan-Regierung. Dieser befremdete mit seinen Ambitionen gegenüber Libyen oder dem Iran außenpolitisch nicht nur Israel oder konservative arabische Regierungen wie Ägypten, sondern innenpolitisch auch das gesamte türkische Establishment.

Die AKP-Regierung und allen voran Außenminister Abdullah Gül und Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan nutzten verschiedene Foren, um ihr Selbstbewusstsein als islamisch geprägte, aber demokratischen Grundsätzen verpflichtete Partei zum Ausdruck zu bringen. Gül forderte beispielsweise auf einem Treffen der Organisation der islamischen Konferenz (OIC) im Mai 2003 unter anderem mehr Frauenrechte und mehr ‚*good governance*‘ im Sinne von Transparenz (vgl. Everts 2004: 7). Ein Jahr später verabschiedete die gleiche Organisation die ‚Istanbul-Erklärung‘, welche mehr Demokratie für die islamischen Länder forderte. Außerdem wurde mit Ekmeleddin Ihsanoglu zum ersten Mal ein türkischer Staatsbürger zum Generalsekretär der OIC gewählt.

Der größte Erfolg der AKP ist sicherlich die Länge ihrer Amtszeit. In einem politischen System, das sich durch schwache und brüchige Regierungen auszeichnet, hat es die AKP geschafft, sich nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlichen Konsolidierung der Türkei zu etablieren. Sie nutzte dieses Zeitfenster, um Reformen durchzusetzen. Auch wenn die Reformen in Annäherung des ‚Superwahljahrs‘ 2007 (Präsidenten- und Parlamentswahlen) ins Stocken gerieten, kann man davon ausgehen, dass der Reformprozess weitergehen und als internalisierte Orientierung Bestand haben wird.

Die Gefahr nach der Wirtschaftskrise von 2001 nicht auf Konsolidierung und Reformen zu setzen war dabei sehr hoch. Die AKP hat sich jedoch nicht auf eine nach innen gerichtete Politik der Konsolidierung beschränkt, sondern hat komplementär eine aktivere Regionalpolitik in Angriff genommen, welche den Zielen der wirtschaftlichen Interdependenz und regionalen Stabilität verschrieben ist.

3.2.3. Wirtschaftliche Determinanten

Der allgemeine wirtschaftliche Wandel, aber vor allem die großen Wirtschaftskrisen 1994 und 2001 haben die Rolle des Staates in Frage gestellt. Die genannten Wirtschaftskrisen waren vor allem politische Krisen, welche durch Korruption und fehlenden politischen Führungs- und Gestaltungswillen das Land an den wirtschaftlichen Abgrund geführt haben. Neue politische und

⁵⁸ Entgegen Erbakans Israel-feindlicher Rhetorik kann man keinen außenpolitischen Wandel während seiner Amtszeit konstatieren.

wirtschaftliche Gruppen fordern seither die etatistisch-kemalistisch geprägte Staatsbürokratie offen heraus und treten für mehr Beteiligung ein (Larrabee 2003: 2). Der Dissens zwischen staatszentrierten Konservativen und Reformern zog sich immer mehr durch alle Parteien und Gesellschaftsschichten und hatte erhebliche Auswirkungen auf die Neudefinierung der türkischen Außenpolitik (ebd.). Die Wirtschaftskrise von 2001 hat dazu geführt, dass ein politisches und wirtschaftliches Lavieren (*muddling through*), welches die Agenda seit dem Ende des Ost-West-Konflikts bestimmte, als Konzept für nicht mehr länger tragfähig angesehen wurde (vgl. Larrabee 2003: 16). In Folge der Wirtschaftskrise vergab der Internationale Währungsfonds zwischen 2002 und 2004 31 Mrd. Dollar, um die türkische Wirtschaft nicht kollabieren zu lassen. In Folge der Auflagen des IWF wurden eine strikte Sparpolitik, sowie die Modernisierung des maroden Bankensystems eingeleitet. Die wirtschaftlichen Indikatoren lassen einen Erfolg dieser Reformen erkennen.⁵⁹

Die Fortführung wirtschaftlicher Reformen, welche die Türkei für ausländische Direktinvestitionen interessant macht und auf ein hohes Wirtschaftswachstum abzielen, ist nicht nur wichtig für die innenpolitische Stabilität der Türkei, sondern auch für die Stabilität der Region. Eine besondere Rolle könnte dabei das so genannte ‚green money‘ spielen, worunter die Direktinvestitionen aus den muslimischen Golfstaaten verstanden werden. Eine erneute Krise wie im Jahr 2001 würde aufgrund der wachsenden wirtschaftlichen Integration für die Nachbarstaaten negative Folgen haben. Populistische Nationalisten oder Islamisten wären in solch einem Szenario auf dem Vormarsch.

Die liberalen Reformen Özals hatten enorme Auswirkungen auf die heutige außenpolitische Orientierung der Türkei. Türkische Bauunternehmer in zentralasiatischen Staaten wie Kasachstan sind ebenso alltäglich geworden, wie kilometerlange LKW-Staus zwischen dem Irak und der Türkei. Die geostrategische Orientierung der Türkei richtet sich nicht mehr nur an den klassischen Pfeilern der Außenpolitik ‚Sicherheit‘ und ‚Identität‘ aus. Erfolgreiche Unternehmer haben dieses außenpolitische Paradigma längst herausgefordert.⁶⁰

Öl, Gas und Wasser sind dabei wesentliche Bestimmungsfaktoren der türkischen Außenpolitik geworden. Die steigende Nachfrage nach Energie hat erheblich dazu beigetragen, die Beziehungen mit den Nachbarregionen wie dem Nahen Osten und dem Kaukasus neu zu

⁵⁹ Neben dem Erreichen der höchsten Wachstumsraten weltweit (zwischen 5-10%) ist vor allem der Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen zu nennen. Auch das Dauerproblem der Inflation scheint sich gelöst zu haben. Neben der strauhelnden Textilindustrie zählen der Tourismus, die Weißgüterindustrie (Waschmaschinen, Fernsehgeräte etc.), die Nahrungsmittelindustrie sowie der Automobilsektor zu den wichtigsten Wirtschaftssektoren.

⁶⁰ Die European Stability Initiative prägte in diesem Zusammenhang den Begriff der so genannten anatolischen bzw. islamischen Calvinisten: ‚Islamische Calvinisten. Umbruch und Konservatismus in Zentralanatolien, vgl. http://www.esiweb.org/pdf/esi_document_id_71.pdf (04. April 2007).

bewerten (vgl. Larrabee 2003: 8 und Kirişçi 2001: 98). Die Türkei spielt schon heute durch die Öl-Pipeline ‚Baku-Tiflis-Ceyhan‘ (BTC) eine große Rolle für die Energiesicherheit der OECD-Länder als Energiekorridor. Die Unabhängigkeit von Energielieferungen aus Russland und dem Iran hat sich mit Eröffnung der 1.760 Kilometer langen BTC im Jahr 2005 ebenfalls erhöht. Die EU hat zudem ein gesteigertes Interesse daran, die Türkei als Energiekorridor auszubauen, wie es beispielsweise im Grünbuch der EU zur Energie vom 8. März 2006 deutlich wird.⁶¹

Paradox ist das Verhältnis zum historischen ‚Erzrivalen‘ Russland in der Region. Nach Jahrhunderten gab es nach der Auflösung der Sowjetunion erstmals keine gemeinsamen Grenzen mehr zwischen Russland bzw. der Sowjetunion und der Türkei. Einerseits sind die beiden Länder wichtige Handelspartner geworden, gerade im Bereich der Gaslinie ‚Bluestream‘, welche das Schwarze Meer seit 2001 durchläuft. Auf der anderen Seite befürchtet Russland einen steigenden Einfluss der Türkei in der Region des Kaukasus und Zentralasiens.

Zwischenfazit:

Der türkische ‚Kulturkampf‘ zwischen ideologisierten Nationalisten und Islamisten ist nicht gelöst. Auch die EU-Beitrittsgespräche legen sich eher wie eine Decke über diesen Konflikt, welche die schwelende Glut jedoch nicht zu ersticken vermag. Die Lösung dieses Konflikts und damit auch verbundene Themen wie die Kurdenfrage, hängt insbesondere davon ab, ob es der türkischen Gesellschaft gelingt, eine Identität zu entwickeln, die nicht nach ethnischer und kultureller Homogenisierung strebt, sondern zugunsten eines pluralistischen Ansatzes weicht, der sich durch Integration und Anerkennung aller gesellschaftlichen Gruppen auszeichnet. Außenpolitisch würde sich dieser Ansatz in einer liberalen und multilateralen Außenpolitik widerspiegeln. Bei weniger günstigen Entwicklungen der Wirtschaft sowie der innenpolitischen und regionalen Stabilität steht jedoch zu erwarten, dass auch die Außenpolitik vor allem nationalistisch und von Überlegungen der ‚nationalen Sicherheit‘ dominiert sein wird (vgl. Larrabee 2003: 42).

Ohne den Wahlsieg der AKP 2002 lässt sich die heutige Außenpolitik der Türkei nicht erklären. Nach dem ‚post-modernen‘ Militärputsch von 1997 spaltete sich der politische Islam in Traditionalisten und Erneuerer. Die Erneuerer in Form der AKP konnten sich durch die Anerkennung der Westorientierung und des kemalistischen Erbes der Türkei erfolgreich in das politische System integrieren. Neben der außenpolitischen Anerkennung der Westorientierung und der EU-Perspektive sind die wesentlichsten Merkmale der AKP-Außenpolitik erstens eine

⁶¹ „Bestimmte essentielle strategische Partner, zu denen die Türkei und die Ukraine gehören, könnten darin bestärkt werden, dem Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft Südosteuropa beizutreten.“, in: ‚Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie‘, S.18, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/energy/green-paper-energy/doc/2006_03_08_gp_document_de.pdf (21. März 2007)

gewisse Risikobereitschaft auch ‚Tabuthemen‘ wie den Armeniergenozid und die Kurdenfrage zu diskutieren, zweitens die Bereitschaft und der Wille zu einer aktiven Nachbarschaftspolitik sowie drittens eine Gewinnperspektive und Diversifizierung.

Die Wirtschaftskrisen 1994 und 2001 waren vor allem politische Krisen. Die dadurch verursachte Legitimationskrise hat der Wirtschaft einen erhöhten Spielraum eingebracht. Dieser Spielraum gründet sich erstens auf die liberalen Reformen, welche Turgut Özal eingeleitet hat, und zweitens auf die Rolle des IWF, welcher im Rahmen seiner Kreditaufgaben das türkische Wirtschaftssystem zunehmend privatisierte. Eine immer wichtigere Determinante der türkischen Außenpolitik ist dabei das Thema ‚Energiesicherheit‘.

3.3. Veränderung des *policy-making process*

3.3.1. Neue Akteure in der Arena der Außenpolitikformulierung

Die türkische Außenpolitik bestimmt laut Verfassung die Regierung. Der Außenminister ist hierbei für das Tagesgeschäft zuständig und das Außenministerium unterstützt ihn dabei. Der Präsident ist vor allem für die Unterzeichnung von Verträgen zuständig, repräsentiert die Türkei in In- und Ausland, genießt aber ansonsten keine herausgestellte außenpolitische Bedeutung.

In der Realität weicht die beschriebene verfassungsrechtliche Ausgestaltung der Akteursbeziehungen in der Außenpolitik jedoch stark von der Theorie ab, wie die Entwicklungen in den 1990er Jahren eindrucksvoll belegen. Die 1990er Jahre waren von verschiedenen Phasen hinsichtlich der Akteurskonstellation geprägt (vgl. Robins 2003: 52ff). Unter dem Staatspräsidenten Turgut Özal war die Außenpolitikformulierung zusehends an seine Person gebunden (vgl. Aydin 2003: 16). Özal hebelte die klassische institutionalisierte, bürokratische Entscheidungsfindung auf negative Weise aus (Robins 2003: 60, Hale 2002: 205). Durch die zunehmende Marginalisierung Özals seit 1991 durchlief der außenpolitische Entscheidungsfindungsprozess eine schwierige Phase der Re-Institutionalisierung, die sich durch einen kollegial-bürokratischen *softly softly* Ansatz ausdrückte und der angespannten regionalen und internationalen Lage nach dem Ende des Ost-West-Konflikts Rechnung trug: *„In spite of the apparently inauspicious circumstances, the period between 1991 and 1994 was to prove to be an island of ordered foreign policy management between two periods of relative chaos“* (Robins 2003: 61). Auf Akteursebene war die Außenpolitik in der Zeit von 1994 bis 1999 vor allem durch fehlende Führung, Fragmentierung und Konkurrenz bestimmt (vgl. Hale 2002: 196). Besonders die Auseinandersetzung zwischen kemalistischer Staatselite und Vertretern des politischen Islam haben die politische Stabilität gefährdet und die Außenpolitik unberechenbar gemacht. In dieser Zeit wechselten sich die Außenminister fast monatlich ab, alleine 1995 gab es vier, und die

außenpolitische Orientierung schwankte zwischen Kontinuität der Westorientierung und Initiativen für radikale Brüche wie Erbakans Versuche sich der islamischen Welt zu nähern. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Schaffung einer Gruppe der D-8, Entwicklungs- und Schwellenländer mit hohem muslimischen Anteil.⁶² Erbakans Politik wurde schließlich vom Militär 1997 beendet, welche ihn durch einen ‚sanften‘ Militärputsch aus dem Amt drängte.

Die Zahl der an der Außenpolitikformulierung beteiligten Akteure ist seit 1999 erheblich gestiegen und hat zu einer ‚Zivilisierung‘ der türkischen Außenpolitik geführt (vgl. Kirişçi 2006: 48, Rubins 2001: 4). Neben der (kemalistisch geprägten) Elite in Militär und Bürokratie (Außenministerium) fordern ethnische Gemeinschaften, islamische Organisationen, Geschäftspersonen und –Vereinigungen wie der ‚Verband türkischer Unternehmer und Industrieller (TÜSIAD) oder der Verband der türkischen Börsen und Kammern (TOBB), politische Parteien, Gewerkschaften aber auch Nichtregierungsorganisationen ein Mitspracherecht. Die Zahl der zivilgesellschaftlichen Akteure ist durch die allgemeine Demokratisierung insgesamt gestiegen, was unter anderem zu einer größeren Demokratisierung auch der Außenpolitik geführt hat (vgl. Özcan 2004: 6). Außerdem hat die Regierung ein größeres Mitspracherecht in der Außenpolitikformulierung. Durch die Neuorganisation des Nationalen Sicherheitsrats im Zuge der EU-Harmonisierungspakete ist zwar nicht dessen Einfluss auf die Formulierung und Bewertung der nationalen Sicherheit gesunken, sehr wohl ist der Rat selbst neu definiert und durch das EU-Anpassungsprogramm ‚ziviler‘.

Der traditionelle Unterschied zwischen kemalistischer Staatselite in Militär und Bürokratie auf der einen Seite (Staatspolitik) und politischer Elite auf der anderen Seite (Regierungspolitik) gleicht sich zunehmend an (Kirişçi 2006: 48). Traditionell herrscht in der Türkei das Staatsverständnis eines ‚starker Staats‘ im Sinne des Vorrangs des Staats vor allen anderen gesellschaftlichen und politischen Interessen vor, sprich der Staat hat Vorrang vor dem Individuum (vgl. Kramer 2004: 6, 12, Robins 2003: 89). Die sich im Kemalismus ausgedrückten sechs Prinzipien (vgl. 3.2.) spiegeln diesen Ansatz wider, demnach der Staat nicht ein Instrument der Politik darstellt, sondern die Politik im Dienste des Staates steht. Das türkische Modell als säkularer Staat mit Westorientierung wurde aus Westeuropa importiert und in einem autoritären Stil von oben (*top-down*) der neu gegründeten türkischen Republik oktroyiert.

Der Wandel in der außenpolitischen Akteurskonstellation ist besonders eindrucksvoll hinsichtlich des Militärs nachzuvollziehen, welches lange Zeit als illegitimer Machtakteur in der Türkei auftrat

⁶² Iran, Ägypten, Pakistan, Bangladesch, Indonesien, Malaysia und Nigeria. ‚D-8‘ leitet sich von ‚developing-8‘ ab.

und dem genannten Staatsverständnis der Türkei entspricht (vgl. Kramer 2004: 4,6). Das Militär spielte eine wichtige Rolle bei der Modernisierung der Türkei. Atatürk selbst war wie viele seiner Nachfolger im Amt des Staatspräsidenten ein hoch dekoriertes General. Das Militär stellt sich heute als durchaus widersprüchlich dar und wird als ein wesentliches Hindernis für eine Fortführung des türkischen Demokratisierungsprozesses angesehen. Das Militär sieht sich selbst als ‚Hüter des kemalistischen Erbes‘, wobei offensichtlich auch innerhalb des Militärs die Meinungen auseinander gehen, was dieses Erbe eigentlich auszeichnet und beinhalten sollte (Larrabee 2003: 27). Das Militär hat seit dem Ende des 2. Weltkrieges insgesamt vier Mal interveniert: 1960, 1971 und 1980 durch klassische Militärputsche. Der letzte Militärputsch fand 1997 statt und zwang den damaligen Premierminister Erbakan aus seinem Amt. Dieser ‚stille Putsch‘ wird auch als ‚post-modern‘ bezeichnet. Am umstrittensten war die Rolle des Militärs hinsichtlich des Nationalen Sicherheitsrats, eines Gremiums, welches ‚Empfehlungen‘ verabschieden konnte, die jedoch eher ‚Direktiven‘ entsprachen.

Besonders Turgut Özal versuchte eine liberale Politik umzusetzen, sei es in der Wirtschaft allgemein oder aber auch in der Kurdenfrage. Nach Özals Tod 1993 gewann das Militär stetig an Einfluss zurück, den es zuvor verloren hatte. Nach der Aussicht des EU-Beitritts seit 1999 in Helsinki befinden sich die Beziehungen zwischen Militär und Nicht-Militär an einer kritischen Schwelle. Der Einfluss des Nationalen Sicherheitsrats ist durch die EU-Harmonisierungsprogramme stark reduziert worden und an der Spitze des Gremiums steht nun ein Zivilist. Dennoch: Das Militär bleibt eine Größe im politischen System, die man berücksichtigen muss. Allgemein genießt das Militär im Gegensatz zur politischen Führung ein sehr hohes Vertrauen in der Bevölkerung. Trotz der immensen Verflechtung der Streitkräfte in die türkische Wirtschaft durch den Rentenfond der militärischen Streitkräfte (OYAK) gab es keine aufsehend erregenden Korruptionsskandale.

Es ist unklar, welche Kräfte innerhalb des Militärs zukünftig überwiegen werden. Es zeichnet sich eine Teilung in EU-Integrations- und Reform-Befürworter auf der einen Seite und stark nationalistischen Kräften auf der anderen Seite ab. Personifiziert wird diese Teilung durch die Personen Hilmi Özkök und seinem Nachfolger im Amt des Generalstabschefs der Armee Yasar Büyükanit deutlich. Während Özkök eine Einbindung in kooperative Strukturen und eine EU-Integration der Türkei befürwortet, vertritt Yasar Büyükanit die Ansichten der traditionellen Kemalisten.

Außerhalb der Regierung gibt es in der Türkei bis auf wenige Ausnahmen keine gut ausgebildeten Experten für Außen- und Sicherheitspolitik (Larrabee 2003: 30). Hierbei spielt vor allem die Diplomatie und das Militär eine Rolle, welche traditionell ein hohes Prestige genießen und eine

hervorragende Karrieremöglichkeit bieten. Die Dynamik der Wirtschaft hat auch neue Karrieremöglichkeiten in diesem Bereich eröffnet (Larrabee 2003: 31). Neugegründete Universitäten wie die Bilgi Üniversitesi in Istanbul fordern die staatlichen Universitäten und Militärschulen als Bildungseinrichtungen heraus. Auch islamische Gruppen expandieren unaufhörlich, wie das Netzwerk der ‚Imam-Hatip‘-Schulen verdeutlicht.

Die Expansion des alternativen Bildungsangebots und neue Karrieremöglichkeiten haben auch die Sichtweise darauf verändert, welche Rolle die Türkei regional und international spielen könnte und sollte. Die Öffnung zur globalisierten Welt – vor allem durch das Internet - hat die politische Debatte nicht nur geöffnet und dafür gesorgt traditionelle Hierarchien in Frage zu stellen, sondern gleichzeitig auch Platz geschaffen für extreme Ansichten vor allem unter Jugendlichen.⁶³

Die Kooperation mit der ‚Außenwelt‘ war für Vertreter der türkischen Elite aus Militär und Bürokratie traditionell eher befremdlich (vgl. Kirişçi 2006: 38). Gerade im Bereich der ‚low politics‘ konnten die verschieden zivilgesellschaftlichen Akteure hier eine Lücke füllen. Nichtregierungsorganisationen, die den Frauenhandel bekämpfen oder für ein Asylrecht eintreten, kooperieren beispielsweise mit dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR). Aus dem Bereich der Wirtschaftswelt gibt es ebenso eine Reihe von Beispielen für ein verstärktes Lobbying für mehr Kooperation.

Ein wichtiger Wendepunkt für die graduelle Öffnung zu einer öffentlichen Debatte und somit für Zivilgesellschaft und Medien war der Helsinki-Gipfel von 1999. Besonders vor den Parlamentswahlen in 2002 gab es eine intensiv geführte Debatte über die Einleitung von Reformen für eine EU-freundliche Agenda und den EU-Fortschrittsberichten als potentielle Gefahr für die nationale Sicherheit (Kirişçi 2006: 42). Unterstützung aus der Zivilgesellschaft für die EU gab es vor allem seitens TÜSIAD, der Stiftung für wirtschaftliche Entwicklung (*iktisadi kalkinma vakfi*) oder *ad hoc* Gruppen wie die Europabewegung (*avrupa hareketi*). Einige dieser Vereinigungen haben eigene Denkfabriken (*think tanks*) gegründet bzw. treten als ‚Wissensunternehmer‘ auf, die die türkische Außenpolitik analysieren und kommentieren. Weitere Beispiele für diese neuen Initiativen sind das Istanbul Policy Center an der Sabanci Universität, TESEV, TEPAV oder SETA. Fast allen ist gemein, dass sie ein Interesse an einer türkischen Außenpolitik formulieren, die sich an Internationalität und liberalen Reformen orientiert (Larrabee 2003: 33).

⁶³ Im März 2007 wurde beispielsweise die Videoplattform ‚YouTube‘ durch ein Gerichtsurteil abgeschaltet, nachdem Videos auftauchten, die Mustafa Kemal Atatürk in beleidigender Weise herabgesetzt haben sollen.

Der steigende Einfluss der Medien auf die türkische Außenpolitik ist ebenfalls eine neue Entwicklung. Das mediale Staatsmonopol wich in den letzten Jahren einem Medienpluralismus im Fernsehen, Radio und in den Printmedien. Die Aydın-Dogan-Gruppe dominiert zwar die türkische Medienlandschaft neben der Dinç-Bilgin-Holding, ob man aber so weit gehen kann, von einem türkischen ‚Berlusconismus‘ zu warnen, mag bezweifelt werden. Nationalistische wie islamistische Gruppen können auf eine Vielzahl von verschiedenen Zeitungen, Radio- und Fernsehsender zurückgreifen.⁶⁴ Auch das Internet ist eine wichtige Plattform zum Austausch und der Verbreitung von Informationen geworden. Im Bereich der Außenpolitik spielen die Medien nicht zuletzt aufgrund der vielen Kolumnisten eine wichtige Rolle.

Problematisch war lange Zeit das Recht kurdischsprachige Fernseh- und Radiosendungen von türkischem Territorium aus zu senden. Die traditionelle Assimilierungspolitik hatte direkte Auswirkungen auf den Bildungs- und Medienbereich. Unter der Regierung Ecevit seit 1999, welche die AKP seit 2002 fortführte, wurden Reformen eingeleitet, die den Gebrauch der kurdischen Sprache, Kurdischunterricht und kurdische Radio- und Fernsehkanäle, wenn auch stark reglementiert und kontrolliert, zulassen.⁶⁵

3.3.2. Öffentliche Meinung

Die öffentliche Meinung wurde spätestens nach dem Ende der Kalten Kriegs ein wichtiger Faktor innerhalb des *policy-making process* und somit auch für die Außenpolitikformulierung der Türkei (vgl. Aydın 2003: 13f).

Drei relativ zeitgleich veröffentlichte Umfrageergebnisse unterstreichen die These, dass die Unterstützung der türkischen Öffentlichkeit für traditionelle Partnerschaften sinkt.⁶⁶ Eine im September 2006 vom German Marshall Fund durchgeführte Studie (*Transatlantic Trend Survey*) bestätigte die Annahme, dass die öffentliche Distanz zu den USA und der EU größer wurde. So befürworteten nur noch 54 Prozent der Türken eine Mitgliedschaft in der EU, im Gegensatz zu 73 Prozent im Jahr 2004. Laut Eurobarometer lag diese Zahl sogar bei 44 Prozent im Jahr 2006 noch niedriger, im Vergleich zu 55 Prozent im Herbst 2005 und 66 Prozent im Frühling des gleichen Jahres. Eine Umfrage von Taylor Nelson Sofres kam im Zusammenhang des 33-Tage

⁶⁴ Boulevardblätter wie die Posta oder Hürriyet dominieren den Tageszeitungssektor. Diese gehören zur Aydın-Dogan-Gruppe, ebenso wie die links-liberale Radikal und die eher nationale Milleyet. Zur Dinç-Bilgin-Gruppe gehört die auflagenstarke Sabah, die links-liberale Cumhuriyet und die konservative Zaman. Als AKP-nahe gilt Yeni Safak, als nationalistisch Tercüman.

⁶⁵ Am 18. August 2004 erteilte die Regulationsbehörde für Fernseh- und Radiosender (RTÜK) drei Privatsendern im Südosten der Türkei die Lizenz, in Kurdisch (im Dialekt Kurmanci) zu senden. Auch der staatliche Sender TRT 3 darf Sendungen in Arabisch, Zazaki, Kurmanci, Bosnisch usw. ausstrahlen (vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Kurdische_Medien (14. März 2007)).

⁶⁶ Vgl. Bekdil, Burak: Directionless Turkey, in: Turkish Daily News (13. September 2006).

Kriegs 2006 zu dem Ergebnis, dass 44 Prozent der Türken mit der libanesischen Hisbollah sympathisierten, aber nur 10 Prozent mit dem militärischen Partner der Türkei Israel.

Besonders markant in der öffentlichen Debatte ist der ‚Anti-Amerikanismus‘, der sich mit der Unfähigkeit der USA verstärkte, Sicherheit und Stabilität im Irak zu garantieren (Kirişçi 2006: 79). Eine militärische Intervention der USA gegen Syrien und den Iran hätte zweifellos eine Verstärkung der anti-amerikanischen Ressentiments zur Folge.

Es fragt sich jedoch, ob dieser Anti-Amerikanismus kausal nicht eher mit der Ablehnung der Bush-Politik im Irak zusammenhängt als mit einem tiefer verwurzelten Anti-Amerikanismus. Noch in den 1990er Jahren war im Zuge der Interventionen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo die Regierung unter Präsident Clinton sehr beliebt. Selbst unter der Bush-Regierung dominieren mehr gemeinsame Interessen die bilateralen Beziehungen (Afghanistan, EU-Beitritt) als Interessensgegensätze (vg. Kirişçi 2006: 84).

Schon Turgut Özal wusste sich die öffentliche Meinung zu Nutze zu machen, indem er entgegen der Doktrin des Militärs im Golfkrieg von 1991 eine aktivistischere Außenpolitik verfolgte (Larrabee 2003: 34). Die Stimmung schlug zwar angesichts der hohen Kosten später um, die Türkei konnte jedoch ihren geostrategischen Wert für die USA erfolgreich unter Beweis stellen (vgl. Robins 2003: 17). Die öffentliche Meinung spielte beim türkischen Engagement für die bosnischen Muslime aber auch in anderen ethno-politischen Konflikten wie in Tschetschenien oder im Kosovo eine große Rolle. Hier zeigte sich die türkische Regierung im Gegensatz zu Afghanistan jedoch zurückhaltender, da die innenpolitische Dimension dieser Konflikte starke Ähnlichkeiten mit dem türkischen Kurdenkonflikt aufzeigte.

Trotz der Annahme, dass die Öffentlichkeit eine Meinung zu außenpolitischen Entwicklungen hat, muss man daraus nicht schließen, dass diese einen Einfluss auf die Formulierung der Außenpolitik hatte (vgl. Robins 2003: 90). Diese Feststellung entspricht auch aktuelleren Forschungsergebnissen, die der öffentlichen Meinung für die faktische Außenpolitik von Staaten bestenfalls eine sekundäre Bedeutung zugestehen (Jacobs/ Page 2005: 117). Mit der großen Ausnahme der Zypernfrage, in der ein emotionaler nationaler Konsens herrscht, gab es in der Türkei bisher keine besondere Korrelation zwischen öffentlicher Meinung und Außenpolitik.

Zwischenfazit:

Hinsichtlich des Wandels des *policy-making process* in der Türkei können drei vorläufige Ergebnisse festgehalten werden.

Sowohl auf staatlicher Ebene (Innenministerium, Polizei) als auch auf Ebene der Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft sind erstens neue Akteure aufgetreten, die an der Außenpolitikformulierung

mitwirken (Krisçi 2006: 32). Dies begründet sich insbesondere durch die Fragmentierung und Legitimitätskrise der türkischen Außenpolitik in den 1990er Jahren. Neue Kooperationsstrategien habe Eingang in den, nunmehr in einer breiteren Öffentlichkeit eingebetteten, Diskurs gefunden. Die klassische Staatselite ist nur noch ein Spieler in der Arena der Außenpolitikformulierung, wenn auch ein weiterhin sehr gewichtiger. Die Liberalisierung der Medien hat zweitens ebenfalls einen wesentlichen Beitrag zum Wandel der türkischen Außenpolitik geleistet. Dieser Wandel drückt sich vor allem in einer fortschreitenden Pluralisierung aus, welches das ganze Spektrum politischer Ideen abdeckt. Der Zusammenhang zwischen öffentlicher Meinung schließlich und der faktischen Außenpolitikformulierung ist dieser Analyse nach zu vernachlässigen.

4. Fallbeispiele – Türkische Nahostpolitik

Der Wandel der türkischen Außenpolitik kann besonders gut hinsichtlich der Beziehungen zu den nahöstlichen Nachbarländern untersucht werden (vgl. Larrabee 2003: 3). Seit Republikgründung 1923 vermied die Türkei ein Engagement in der Region, welche eher als Zone der Gefahr denn als Zone der Möglichkeiten angesehen wurde. Nach dem Ende des osmanischen Reichs wich die tiefe Abneigung zunehmend zugunsten gegenseitigen Desinteresses. Spätestens seit dem Golfkrieg von 1991 ist ein Wandel in dieser Wahrnehmung zu beobachten, der sich nicht zuletzt durch einen gestiegenen Aktivismus in der Region ausdrückt. Dieser Aktivismus darf jedoch nicht als Neu-Orientierung *per se* missverstanden werden, sondern als außenpolitische Antwort auf das veränderte regionale Umfeld durch das Ende des Ost-West-Konflikts und die damit einhergehende veränderte Wahrnehmung der Sicherheitsrisiken für die türkischen Entscheidungsträger.

Leonore Martin weist auf die Dilemmata und Zielkonflikte der Türkei hin, die sich aus der Komplexität der bilateralen Beziehungen mit den einzelnen Akteuren im Nahen Osten ergeben. Hierbei spielt das besondere Verhältnis der Türkei zur USA und Israel eine herausgestellte Rolle (vgl. Martin 2004: 189). Aber auch andere Beispiele belegen die Überlappung und Vermischung innenpolitischer und außenpolitischer Interessen. Innenpolitische Entwicklungen können demnach nicht getrennt von der system-immanenten Bedrohung durch Syrien, dem islamischen Fundamentalismus sowie dem Atomprogramm im Iran und dem türkische Engagement im nördlichen Irak aufgrund der Kurdenfrage im Speziellen und der US-amerikanischen Verwicklungen im Allgemeinen gesehen werden. Hinzu kommt der ungelöste arabisch-israelische

bzw. palästinensisch-israelisch Konflikt. Das größte Dilemma im Zuge eines verstärkten Engagements im Nahen Osten stellt sich jedoch für die Türkei hinsichtlich ihrer Identität als europäisches Land. Je tiefer die Türkei in die Angelegenheiten des Nahen Ostens eingebunden ist, je mehr könnte ihre Westorientierung in Frage gestellt werden (vgl. Larrabee 2003: 4/5, Hibbeler 2006: 25).

Schon dieser kurze Überblick macht die Komplexität der außenpolitischen Herausforderungen der Türkei hinsichtlich seiner unmittelbaren Nachbarschaft im Nahen Osten deutlich. Komplexität bedeutet jedoch nicht nur die potentielle Bedrohung der nationalen Sicherheit, sondern auch die Möglichkeit eine zunehmend wichtigere Rolle in dieser Region zu spielen (vgl. Kirişçi 2006: 62).

Das folgende Kapitel gliedert sich in zwei Teile. Nach einem kurzen historischen Abriss und der Kontextualisierung der türkischen Nahostpolitik folgt eine genauere Untersuchung der türkischen Beziehungen gegenüber Syrien, dem Irak und Israel. Es wird nach den sich wandelnden außenpolitischen Zielen der Türkei gegenüber diesen beiden Ländern gefragt, sowie nach den Mitteln, wie diese Ziele umgesetzt wurden und werden.

4.1. Geschichtliche Perspektive und Stereotype

Historischer Abriss und Kontext der türkisch-nahöstlichen Beziehungen

Das Verhältnis zwischen der Türkei und seinen Nachbarn im Nahen Osten ist stark vom osmanischen Erbe geprägt und wurde als ‚*orientalism without sentimentality*‘ bezeichnet (Robins 2003: 100). Der Nahe Osten wird demnach als instabile, unzugängliche und unverständliche Welt betrachtet, ohne dass dabei jedoch die west-europäischen sentimental Gefühle entstehen, sondern eher eine Reaktion der Verachtung und Abneigung.⁶⁷ Die türkische Elite hat es bis heute kaum geschafft, sich vom Überlegenheitsgefühl gegenüber seinen Nachbarn im Nahen Osten zu lösen - anders als etwa auf dem Balkan (Robins 2003: 95f und Altunisik 2006: 231).⁶⁸ Diese Geringschätzung läuft quer durch die Lager und verbindet Nationalisten und Islamisten (ebd.). Die historische Belastung aufgrund negativer Stereotype verhinderte lange Zeit die Möglichkeit für die Türkei positive Beziehungen zu der Region aufzubauen (vgl. Jung 2005: 1).

⁶⁷ Edward Said hat mit dem 1978 erschienenen Buch ‚Orientalism‘ den gleichnamigen Begriff populär gemacht und die Wissenschaftsrichtung der postkolonialen Studien mitbegründet. Er kritisiert in seinen Ausführungen insbesondere die Romantisierung der ehemaligen Kolonien des Westens und den künstlichen Gegensatz zwischen überlegenen Orient und unterlegenen Okzident.

⁶⁸ Viele umgangssprachliche Wendungen belegen die Vermutung, dass der Araber/ Schwarze als unzivilisiert und unehrenhaft angesehen wird: *çöl arabi*, *Yalan söylüyorsam arap olayım* usw.

Die türkisch-nahöstlichen Beziehungen stehen bis heute im Schatten der Nationalstaatsbildung, die um die Jahrhundertwende auch diese Region der Erde erfasste.

Ein besondere Rolle in der Wahrnehmung der Türkei gegenüber der arabischen Welt spielt dabei die ‚Arabische Revolte‘ von 1916 durch Sharif Hussein (vgl. Martin 2004: 159). In Verbindung mit den europäischen Mächten viel die arabische Welt demnach den Türken in den Rücken und trug somit wesentlich zum Untergang des osmanischen Reichs bei. Diese ‚Dolchstoß‘-Legende (*stab-in-the-back legend*) spiegelt zwar nicht die tatsächlichen Begebenheiten wider - tatsächlich unterstützten mehr Araber die osmanischen Truppen als König Hussein - für das kollektive türkische Gedächtnis ist diese Tatsache jedoch unerheblich, da man die Falschheit der Araber unter anderem an diesem Ereignis festmacht (Robins 2003: 96f).

In der Phase der Gründung der türkischen Republik spielte die Konsolidierung der nationalen Souveränität der Türkei eine wichtigere Rolle als eine expansive Territorialpolitik. Diese wurde im Gegenteil sogar als eine der Hauptursachen für die Verwundbarkeit und Schwäche des Osmanischen Reichs angesehen (vgl. Larrabee 2003: 131). Der kemalistische Nationalstaat als rationales und säkulares Modernisierungsprojekt war in dieser orientalistischen Lesart geradezu die ‚Antithese‘ des zurückgeblieben, irrationalen und von Doppelmoral geprägten Nahen Osten (vgl. Jung 2005: 7).

Umgekehrt hat die junge türkische Republik die islamische Gemeinschaft in eine tiefe Sinnkrise gestürzt, als sie 1923 das Sultanat und kurze später Zeit 1924 das Kalifat ‚abschaffte‘. Der arabische Nationalismus geht im Wesentlichen auf den Kampf gegen das osmanische Reich - der hässliche Türke (*the terrible turk*) - zurück, welchem die Konnotation einer Kolonialmacht zukommt (Larrabee 2003: 130). Dies erhielt zusätzlich durch die säkulare Ausrichtung der türkischen Republik auftrieb, welche diese als Vorposten und Instrument des Westens erscheinen ließ und zu Lasten des islamischen Erbes der Türkei vonstatten ging (ebd.). Ausdruck dieses Bruchs ist nicht zuletzt der Übergang vom arabischen zum lateinischen Alphabet. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Wahrnehmung des osmanischen Reichs als Zeitalter der Unterdrückung eher ein Mythos zur Rechtfertigung der heutigen arabischen Nationalstaaten ist, als eine historische Realität (Jung 2005: 4). Vielmehr trug die ‚Turkifizierung‘ der Jungtürken wesentlich zur türkisch-arabischen Entfremdung bei, die sich seit 1908 (jungtürkische Revolution) noch einmal radikal verschlechterte (ebd. und Knudsen 2003: 200).

Abgesehen von einer Periode in den 1950er Jahren verfolgte die Türkei von Republikgründung bis zum Ende des Kalten Kriegs keine veritablen Interessen in der Region des Nahen Ostens. Der grundsätzliche Argwohn gegenüber dem Nahen Osten, aber auch Europa führte bis zur Einführung des Mehrparteiensystems 1946 zu einer eher neutralen Außenpolitik, die jedoch

angesichts der zunehmenden Bedrohung durch die Sowjetunion zugunsten einer West- bzw. USA-Orientierung aufgegeben wurde (vgl. 3.1.). Dies hatte jedoch kaum Konsequenzen auf die Abneigung, sich im Nahen Osten zu engagieren. Die Ausnahme war der 1955 von der Türkei und dem Irak unterzeichnete Bagdadpakt, ein westliches Verteidigungsbündnis, welchem im gleichen Jahr auch Großbritannien, Pakistan und der Iran beitraten – die USA erhielten 1958 einen Beobachterstatus. Die Ambitionen im Rahmen des Bagdad-Pakts waren im Wesentlichen von strategischen Überlegungen getragen, die keinesfalls von der Türkei selbst ausgingen, sondern vielmehr Ausdruck einer Politik waren, die Ankaras bzw. Adnan Menderes' Wunsch, die eigene strategische Anbindung an den Westen zu erhöhen, zum Ausdruck brachte. Die türkische Interessenspolitik kollidierte jedoch mit den panarabischen und baathistischen Regimen in der Region, die mit Moskau alliiert waren (Kirişçi 2001: 99). Im Juli 1958 wurde der irakische König gestürzt und durch General Abdul Karim Kassims radikales pan-arabische Regime abgelöst. Der Irak trat aus dem Bündnis aus, welches zwischen 1959 und 1979 unter dem neuen Namen Central Treaty Organization (CENTRO) mit Sitz in Ankara weiter bestand.

In der Folge des Scheiterns des Bagdad-Pakts beschloss man, dass die türkischen Beziehungen zu den Staaten der Region des Nahen Osten in erster Linie ‚korrekt‘ sein sollen (vgl. Robins 2003: 99). Die Anbindung der Türkei an die Interessenspolitik der USA bzw. des Westens verschlechterte die Beziehungen zu den nahöstlichen Nachbarn und bestätigte das Vorurteil des ‚schrecklichen Türken‘ vor allem im arabischen Raum (vgl. Jung 2005: 9). Ein graduelles Umdenken in den Beziehungen der Türkei besonders zu den arabischen Nachbarländern im Nahen Osten ging seit den 1960er Jahren mit dem schwelenden Zypernkonflikt einher. Die internationale Isolierung der Türkei in der Zypernfrage ging sowohl von den arabischen Staaten aus als auch von den westlichen Bündnispartnern. Die Enttäuschung über letztere führte zu einem graduellen Kurswechsel in der türkischen Nahostpolitik, der auch mit der sinkenden Gefahr der Sowjetunion und ökonomischen Zwängen zusammenhing (ebd.). In den arabisch-israelischen Kriegen, sowohl 1967 (Sechstage-Krieg) als auch 1973 (Jom-Kippur-Krieg/ Oktoberkrieg), verweigerte die Türkei ihr Territorium als potentielles Aufmarschgebiet, was in den arabischen Staaten wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde (vgl. Knudsen 2003: 204f).

Wandel in den 1990ern

Im Golfkrieg 1991 brach Turgut Özal mit dem klassischen Ansatz türkischer Außenpolitik und brachte sich entgegen den Empfehlungen seiner Sicherheitsberater aktiv in den Krieg mit ein, indem er den USA nicht nur türkische Militärbasen als Ausgangspunkt für Flugangriffe zur Verfügung stellte, sondern auch wirtschaftliche Sanktionen gegen den Irak vor allem in Form der

Schließung der Kirkuk-Yumurtalik-Ölpipeline umsetzte (vgl. Jung 2005: 10, ausführlicher unter 4.3.). Mit dieser Politik wollte Özal den USA die strategische Bedeutung der Türkei auch in der Welt nach dem Kalten Krieg vor Augen führen (vgl. Gürbey 2005: 259). Für die arabische Welt hat der Golfkrieg 1991 nur noch nachhaltiger deutlich gemacht, dass die Türkei ein Instrument des Westens ist.

Im Laufe der 1990er Jahren kehrte sich das strategische Desinteresse ins Gegenteil um und der Nahe Osten wurde für die politische und militärische Elite zur obersten Priorität erhoben, jedoch nicht aus freien Stücken, sondern aus Notwendigkeit. Der Aktivismus der 1990er drückt sich unter anderem in der militärischen Kooperation mit Israel, der Beteiligung einer multilateralen Lösung im arabisch-israelischen Konflikt, der militärischen Konfrontation mit Syrien aufgrund der PKK-Bekämpfung und den grenzüberschreitenden Interventionen im Nord-Irak aus (vgl. Martin 2004: 160/ 161). Wie im vergangenen Kapitel gezeigt, kam es zu dramatischen Umwälzungen, welche sowohl durch das veränderte internationale Umfeld als auch durch innenpolitische Herausforderungen ausgelöst wurden. In Folge dessen kam es zu einer Neudefinierung der Sicherheitsbedrohung, die vom Nahen Osten ausging. Dieser Politikansatz ist auch nicht mehr länger mit westlichen Interessen als strategischer NATO-Partner gleichzusetzen bzw. dadurch zu begründen. Als Hauptbedrohung für die territoriale Integrität der Türkei identifizierte die Sicherheitselite der Türkei den ‚islamischen Fundamentalismus‘ und die ‚Kurdenfrage‘. Diese beiden Bedrohungen wurden deutlich verbunden mit dem Nahen Osten. Man kann sogar so weit gehen und argumentieren, dass die Anfänge dieser Außenpolitik gegenüber der Region durch das ‚Prisma‘ der Kurdenfrage formuliert wurden (vgl. Altunisik 2005: 126).

Durch die Verhaftung Abdullah Öcalans aber auch die Entscheidung in Helsinki ist das Jahr 1999 zu einem Wendepunkt für die Türkei geworden, welches ein ‚*window of opportunity*‘ für ein Engagement in der Region geöffnet hat. Dies begründet sich unter anderem darin, dass im Gegensatz zu den 1990er Jahren die Beziehungen nicht mehr länger durch historische Stereotype und geostrategischen Überlegungen, sowie dem innenpolitischen Machtkampf zwischen Islamisten und nationalistischen Staatseliten geprägt sind (vgl. Jung 2005: 12). In der Türkei herrscht sowohl in Regierungskreisen wie auch innerhalb vieler Interessensgruppen die Überzeugung, dass ein demokratischer Naher Osten mit liberalen Marktwirtschaften den türkischen Interessen am Besten dienen würde (vgl. Kirişçi 2006: 80). Hierin unterscheiden sich die normativen Zielvorstellungen der Türkei nicht im Geringsten von denen der USA, ganz im Gegenteil zu den Mitteln wie diese erreicht werden sollen.

Die zukünftige strategische Orientierung der Türkei ist eine wichtige Frage für die Zukunft der EU-Außenpolitik in der Region des Nahen Ostens. Wie die 1990er Jahre gezeigt haben, hat die Türkei das Potential als ‚coercive power‘ aufzutreten, also Gewalt als innen- und außenpolitisches Mittel einzusetzen. Der Wandel der türkischen Nahostpolitik lässt jedoch vermuten, dass die Türkei sich auf dem Weg zu einer ‚freundlichen Regionalmacht‘ (*benign regional power*) entwickelt, welche sich anstelle militärischer Zwangsgewalt durch bi- und multilaterale Netzwerke in Politik, Wirtschaft und Kultur eine Einfluss sichernde Rolle in der Region schaffen will (vgl. Jung 2005: 12 und Önis 2003: 2). Dies würde einer ‚Europäisierung‘ der türkischen Außenpolitik entsprechen, da Sicherheit an geteilte Werte und Normen innerhalb einer Gemeinschaft verknüpft würde und nicht als eine Herausforderung der nationalen Souveränität (ebd.).

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Entscheidung im Jahr 2006, Truppen in den Libanon zu schicken nicht zuletzt auch durch den Wunsch motiviert war, ein größeres Mitspracherecht für die zukünftige Gestaltung dieser Region zu erhalten. Diese Entscheidung wurde ganz bewusst gegen die öffentliche Meinung ausgetragen, die einen türkischen Einsatz mehrheitlich ablehnte, insbesondere angesichts der ungelösten Probleme innerhalb der Türkei, hierbei vor allem die Spannungen im kurdisch besiedelten Südosten des Landes. Die AKP-Regierung wollte ein parlamentarisches ‚Desaster‘ wie am 01. März 2003 vermeiden, welches zwar positive Resonanz in den arabischen Staaten hervorgerufen hat und auch in großen Teilen der europäischen US-kritischen Öffentlichkeit in den EU-Mitgliedsstaaten positiv aufgenommen wurde, außenpolitisch aber zu ernststen Problemen mit den USA geführt hat. Umgekehrt ist die ‚muslimische‘ Türkei für die EU ein geeignetes Instrument, um deutlich zu machen, dass es sich bei der erweiterten UNIFIL-Mission um eine Friedensmission handelt und nicht etwa um ein neo-koloniales Besatzungsmandat.⁶⁹

Die vom Kemalismus geprägten türkischen Eliten betrachten die arabische Welt nicht als natürlichen Partner (vgl. Larrabee 2003: 156). Die westliche Orientierung ist Teil der türkischen Identität, die auch angesichts anti-amerikanischer und anti-europäischer Ressentiments nicht in Frage gestellt wird (Bozdaglioglu 2003: 163). Ein erhöhter Aktivismus in der Region ist deshalb weniger Ausdruck einer Neubewertung der türkischen Identität, als vielmehr die Beantwortung

⁶⁹ Die Hoffnung der Oppositionspartei CHP (*Cumhuriyet Halk Partisi*), die Parlamentsentscheidung des 01. März 2003 im Zusammenhang der Entsendung türkischer Truppen im Herbst 2006 zu wiederholen, scheiterte. Am 07. September 2006 stimmte das Parlament in Ankara mit 340 gegen 192 Stimmen in einer Sondersitzung für die Entsendung von Truppen. Die Bedeutung der Beteiligung türkischer Truppen am UNIFIL II-Einsatz wurde auch durch den - mit der Parlamentsabstimmung zeitgleich stattfindenden - Besuch des UN-Generalsekretärs Kofi Annan in Ankara deutlich.

auf die veränderten Sicherheitsrisiken nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Dies geht einher mit der Bereitschaft auch Interventionen durchzuführen, gerade wenn sie mit innerpolitischen Sicherheitsbedenken verknüpft sind, wie im Fall der PKK.

Die externen Akteure, hierbei vor allem die USA und die EU, haben sehr ambivalente Vorstellungen von einer türkischen Nahostpolitik. Der regionale Einfluss der Türkei im Nahen Osten ist aufgrund der Anwesenheit der USA im Irak begrenzt. Die USA steht hierbei zwischen den Stühlen, muss sie so zum Ziel der regionalen Stabilität die Interessen des langjährigen NATO-Partners Türkei mit den Interessen der irakischen Kurden in Einklang bringen. Die Europäische Union hat bisher keine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik für die Region entwickelt. Die Türkei ist nicht in ihre Sicherheitsarchitektur eingebunden. In vielen EU-Mitgliedsländern herrscht sogar die Überzeugung, dass die Türkei ein Teil der regionalen Sicherheitsrisiken sei. In dieser Lesart ist die Türkei vor allem ein Brückenkopf für Drogen- und Menschenhandel und somit ein Sicherheitsrisiko für die Stabilität der EU.

Trotz intensivierter ökonomischer Kooperation wandelt sich der sicherheitsorientierte Ansatz der Türkei gegenüber seinen nächstlichen Nachbarn nur langsam. Im Mittelpunkt der Überlegungen stehen weiterhin vor allem konventionelle Bedrohungsszenarien, d.h. als Ziel die regionale Stabilisierung, sowie die Gefahr durch Massenvernichtungswaffen. Syrien und der Iran besitzen beide Raketensysteme, die Ziele in der Türkei angreifen könnten (vgl. Kirişçi 2001: 97).⁷⁰ Diese Ebene wird ergänzt durch ‚weichere‘ Bedrohungen wie der Flüchtlingsproblematik oder dem Drogen- und Menschenhandel.

4.2. Syrien

Eine der wichtigsten Entwicklungen in der Region des Nahen Ostens ist die kooperative Annäherung Syriens und der Türkei nach dem militärischen Säbelrasseln im Herbst 1998 (vgl. Altunisik 2006: 229). Das syrisch-türkische *rapprochement* bestätigt besonders eindringlich das Argument, dass außenpolitischer Wandel am Besten durch die Verknüpfung systemischer und sub-systemischer Faktoren erklärt werden kann. Der Regimewechsel in Bagdad durch die USA-geführten Koalitionstruppen hat ebenso Einfluss auf die bilateralen Beziehungen gehabt wie der Führungswechsel in Syrien unter Bashar al-Asad bzw. unter der AKP in der Türkei (vgl. ebd.). Die Verbesserung der Beziehung ist umso eindrucksvoller, da die wichtigsten strategischen

⁷⁰ Die relativ entspannten Beziehungen der Türkei zum Iran wurden mit der iranischen Revolution 1979 nachhaltig erschüttert. Der radikalisierte politische Islam wurde von türkischer Seite durch den Iran unterstützt gesehen und die grundsätzliche Ablehnung Teherans einer amerikanischen Präsenz in der Region sowie die Verneinung eines Existenzrechts Israels haben ebenfalls zu diesem Verwürfnis geführt (vgl. Park 2005: 42).

Partner der Türkei, sowohl die USA als auch die EU, Syrien als zunehmendes Sicherheitsrisiko identifizierten. Im Fall der USA erlangte Syrien durch die Bush-Regierung sogar den zweifelhaften Titel eines ‚Schurkenstaats‘ (*rogue state*), welcher auf einer ‚Achse des Bösen‘ mit dem Iran und Nord-Korea die internationale Sicherheit gefährdet.

Konfliktlinien der türkisch-syrischen Beziehungen (PKK, Wasser)

Die Beziehungen zwischen Syrien und der Türkei sind traditionell schlecht gewesen, was wesentlich mit der Wahrnehmung des osmanischen Erbes zusammenhängt (vgl. Knudsen 2003: 200f). Während die syrische Seite die arabische Unterentwicklung als Erbe des 400jährigen osmanischen Reichs ansah, betrachtete die Türkei die arabische Welt als nicht vertrauenswürdig (vgl. 4.1.). Der Konflikt um die Region Hatay (*sanjak Alexandretta*), welche seit 1939 der Türkei angehört, brachte die bilateralen Spannungen lange Zeit zum Ausdruck (vgl. Martin 2004: 176f). Die syrische Seite fühlte sich als Opfer des türkischen Expansionismus‘ und um territoriale Ansprüche betrogen.

Zu Zeiten des Kalten Kriegs befanden sich Syrien und die Türkei in den gegenüberliegenden Lagern, was die Beziehungen der beiden Länder maßgeblich bestimmte. Auch wenn es keine offenen Konflikte gab, lassen sich während dieser Periode zwischen den Ländern keine signifikanten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen feststellen. Nach dem türkischen Militärputsch 1980 fanden viele radikalisierte Linke und Kurden in Syrien Asyl. Umgekehrt vermutete Syrien, dass die Türkei nach der ‚Hama-Revolution‘ im Februar 1982 Mitgliedern der syrischen Muslimbruderschaft Unterschlupf gewährte (Altunisik 2006: 232). Turgut Özal verfolgte seit 1987 eine ‚stick-and-carrot‘-Politik um die gespannten Beziehungen zu lockern. Im Gegenzug zur Beendigung der Unterstützung der PKK bot Özal der syrischen Regierung eine gütliche Regelung hinsichtlich der Wasserfrage und andere Vergünstigungen an (vgl. Hale 2002: 302). Diese Politik hatte jedoch keinen Erfolg und die Angriffe der PKK von syrischem Territorium gingen weiter (ebd.). Dies begründet sich unter anderem auch darin, dass die syrische Regierung dadurch die eigene kurdische Bevölkerung ruhig halten konnte und man ein ausgleichendes Instrument gegenüber der Türkei zur Hand hatte (vgl. Altunisik 2006: 233f). In Syrien leben ca. 1,7 Millionen Kurden, das entspricht etwa 9% der Gesamtbevölkerung (Altunisik 2006: 241).

Die Zeit nach dem Kalten Krieg war von einer zunehmenden Verschlechterung der Beziehungen gegenüber Syrien gezeichnet, was neben den internationalen und regionalen Veränderungen im Wesentlichen auf innenpolitische Faktoren zurückzuführen ist. Syrien nahm die Türkei zunehmend als Bedrohung für die eigenen Interessen wahr und betrachtete das verstärkte Engagement der Türkei in der Region des Nahen Ostens mit Skepsis. Das türkische Engagement

lässt sich wie dargelegt durch eine Neubewertung der Sicherheitsrisiken hinsichtlich dieser Region verstehen. Während Syrien nach 1989 eine immer wichtigere Rolle für die USA zur Schaffung eines neuen Nahen Ostens spielte, wie die Partnerschaft im Golfkrieg 1991 und die Zusammenarbeit zur Lösung des arabisch-israelischen Konflikts zeigen, war die internationale Bedeutung der Türkei in den 1990er Jahren ungewisser. Diese Ungewissheit war verbunden mit einer zunehmenden Frustration der Türkei gegenüber dem Westen, welche durch das politische und wirtschaftliche Desaster des Golfkriegs (vgl. 4.3.), aber auch die Ablehnung der EU-Mitgliedschaft 1997 noch verstärkt wurde.

Syrien entschied sich aufgrund der wahrgenommenen Bedrohung durch die Türkei zu einer Gleichgewichtspolitik (*balancing*) und baute Beziehungen zu Armenien, Griechenland und Iran auf, wodurch sich wiederum die Türkei eingekreist sah und deshalb unter anderem intensivierte Beziehungen mit Israel einging (vgl. Mufti 1998: 34f und Altunisik 2006: 235).

Für die Türkei hatten die Möglichkeit eines Rückzugs und die offene Unterstützung der PKK durch andere Regierungen dabei die höchste Priorität in den bilateralen Beziehungen. Im Umgang mit der PKK mussten schon immer zwischenstaatliche Interessen berücksichtigt werden. Der Rückzug der PKK nach Syrien, Irak und Iran, sowie die Einrichtung von Trainingslagern im Libanon bestimmten wesentlich die Beziehungen der Türkei zu diesen Staaten. Große Teile der PKK-Führung, darunter auch Abdullah Öcalan, agierten lange Zeit von Damaskus aus. Die syrische Regierung unterstützte das Trainingslager der PKK in der Bekaa-Hochebene des syrisch besetzten Libanons (vgl. Knudsen 2003: 206, Martin 2004: 179). Für die Türkei war der PKK-Konflikt deshalb vor allem ein Konflikt, der von der syrischen Führung ausging und wesentlich kontrolliert wurde.

Wie gezeigt (Kapitel 3.2.) ist der Kurden-Konflikt mehrdimensional und hat nicht einen Grund und auch nicht ein Ziel. Das Entstehen der PKK muss vor diesem Hintergrund gesehen werden. Für die Türkei gab es lange Zeit kein ‚Kurdenproblem‘, sondern ein Terrorismusproblem durch die PKK. Nach Özals Tod, der in dieser Frage politische und kulturelle Hintergründe als Konfliktursache festmachte, gewann das Militär die Oberhand in der Kurdenfrage, welches das Problem als Angriff auf die nationale Sicherheit verstand. Dies hatte empfindliche Auswirkungen auf die türkische Außenpolitik. Die PKK wurde als Instrument ausländischer Regierungen betrachtet. Die Kurdenproblematik war in dieser Logik wie auch der politische Islam eine Erweiterung der problematischen Beziehungen der Türkei zu seinen Nachbarn (vgl. Robins 2003: 175). Am meisten Einfluss hatte diese Denkweise auf die bilateralen Beziehungen zu Syrien. Die türkische Politik gegenüber Damaskus war in dieser Zeit alles andere als kohärent und lavierte im ‚Zick-Zack‘ zwischen Androhung von Gewalt und Kooperation (siehe Robins 2003: 175f). Der

Wechsel von Hoffnung und Frustration endete schließlich mit einer fortschreitenden Eskalation der Beziehungen.

Die Wasserverteilung des Euphrat und Tigris hat besonders im Zusammenhang des Südost-Anatolien Projekts (Güneydogu Anadolu Projesi - GAP) zu erheblichen Problemen mit Syrien und auch dem Irak geführt.⁷¹ Der Konflikt mit den Unterlaufstaaten um die Wasserverteilung ist nicht nur ein technisches Problem, sondern schließt auch Fragen der nationalen Souveränität mit ein. Während Syrien und der Irak ein internationales Regelement bezüglich der Wasserfrage forderten, bestand die Türkei auf ihr Recht, die natürlichen Ressourcen der Türkei für ihre Zwecke zu nutzen und die Bedürfnisse der Unterlaufländer dabei zu berücksichtigen (vgl. Kramer 1999: 138). Entgegen der kooperativen Rhetorik bezog die Türkei die Nachbarländer jedoch nicht in die Planung des GAP mit ein.

Sowohl für Syrien als auch für den Irak war die Unterstützung der PKK eine große Versuchung, diese als Mittel für eine gütlichere Wasserregelung zu unterstützen (Kramer 1999: 139). Durch die Verbesserung der bilateralen Beziehungen scheint dieses Problem jedoch gelöst worden zu sein. Der Erfolg des GAP hängt nun wesentlich von der Regelung bzw. Lösung des Kurdenkonflikt innerhalb der Türkei ab.

Eine weitere Verknüpfung der Wasserfrage entstand durch die arabisch-israelischen Friedensgespräche. Im Rahmen dieser Gespräche kam auch die Wasserverteilung zwischen Syrien und Israel auf den Tisch, sehr zum Unwillen der Türkei, die eine Regionalisierung der Wasserfrage vermeiden wollte.

Das Adana-Abkommen von 1998

Im Herbst 1998 kam es zu einer Wende in den türkisch-syrischen Beziehungen. Türkische Offizielle wie Hüseyin Kivrikoglu erkannten einen ‚nicht deklarierten Krieg‘ seitens Syriens, durch den eine entsprechende türkische Antwort erforderlich sei (vgl. Larrabee 2003: 145, Knudsen 2003: 208). Die türkischen Truppen wurden an der syrischen Grenze zusammengezogen (vgl. Hale 2002: 305). Die türkischen Hardliner setzten sich mit ihrem Vorgehen nicht zuletzt auch aufgrund der angespannten Beziehungen der Türkei mit der EU seit der Zurückweisung in Luxemburg 1997 durch: *“Once hard-liners felt Turkey did not have anything to lose, the way was open to carry the hard-line approach to the Kurdish problem to the external world and take great risks in order to defeat the PKK outside the country“* (Kirisçi 2004: 301). Syrien hatte zu diesem

⁷¹ Das GAP ist ein staatliches Projekt zur regionalen Entwicklung des Südwestens der Türkei. Das in den 1980er Jahren initiierte Projekt nutzt das Wasser des Euphrats und Tigris für Staudämme, die der Energiegewinnung und der Bewässerung dienen sollen. Das GAP zielt neben der wirtschaftlichen Entwicklung und der Einkommensverbesserung der ansässigen Bevölkerung auch auf eine Modernisierung der Region in Form von Frauenprojekten, Gesundheitsprogrammen und Ausbildungsmöglichkeiten.

Zeitpunkt den Großteil der Truppen an der israelischen Grenze an den Golan-Höhen zusammengezogen und hätte einer türkischen Invasion nicht standhalten können, von einem Zwei-Fronten-Krieg ganz abgesehen, der durch die israelisch-türkischen Militärabkommen durchaus möglich geworden war (vgl. Hale 2002: 306). Mit einer Unterstützung durch andere arabische Staaten hätte er nicht rechnen können. Zur Vorbereitung einer reibungslosen Thron-Übergabe an seinen Sohn Bashar sah sich Hafiz al-Asad zudem veranlasst die Golan-Frage zu lösen. Er opferte den ohnehin strauchelnden Abdullah Öcalan, um eine Konfrontation mit der Türkei zu vermeiden und so die USA dazu zu bringen, in der Golanfrage Druck auf Israel auszuüben (vgl. Hale 2002: 306).

Die Türkei befürchtete, dass die Friedensgespräche zwischen Syrien und Israel zu einer Verlagerung der syrischen Prioritäten zu Ungunsten der Türkei führen könnten. Auch das Abkommen zwischen Griechenland und Syrien vom Juni 1995 führte zu einem Umdenken in der türkischen Außenpolitik (vgl. Martin 2004: 180). Neben einer Truppenverstärkung an der türkischen Grenze hätte dies vor allem eine intensiviertere Diskussion um die Wasserfrage oder auch des Status Hatays bedeuten können (vgl. Altunisik 2006: 236).

Besonders Ägypten, aber auch der Iran, waren nicht an einer militärischen Konfrontation zwischen Syrien und der Türkei interessiert, weshalb diese Länder ihre diplomatischen Bemühungen intensivierten (vgl. Hale 2002: 305, Kirişçi 2001: 102). Hosni Mubarak, unterstützt von den USA, aber auch der iranische Außenminister Kemal Kharrazi waren die wichtigsten Vermittler in diesem Streit (vgl. Knudsen 2003: 210). Nachdem die syrische Regierung die Ernsthaftigkeit der Türkei in dieser Angelegenheit zur Kenntnis nahm, wies sie Abdullah Öcalan am 07. Oktober 1998 aus. Die Krise endete mit der Unterzeichnung des ‚Adana-Abkommens‘ am 20. Oktober 1998, welches das Ende der syrischen Unterstützung der PKK sowie eine Reihe bilateraler Maßnahmen im Sicherheitsbereich beinhaltete (vgl. Altunisik 2006: 238). Das ‚Adana-Abkommen‘ hat das Verhältnis zwischen Syrien und der Türkei grundlegend neu bestimmt. Der erfolgreiche Ansatz der ‚Hardliner‘ wich dabei zusehends einem eher liberalen Ansatz in der türkischen Außenpolitik (vgl. Kirişçi 2004: 312). Zunächst trat man in eine vertrauensschaffende Phase ein, die etwa bis 2000 anhielt (vgl. Altunisik 2006: 238). Die Anwesenheit des türkischen Präsidenten Ahmet Necdet Sezer bei der Beerdigung Hafiz al-Asads im Juni 2000 steht symbolisch für diese Phase. Weitere Staatsbesuche sind seitdem gefolgt und haben eine wichtige psychologische Wende eingeleitet. Wie Kemal Kirişçi zusammenfasst: *„These developments were simply unthinkable back in 1995“* (Kirişçi 2006: 20).

Gewandelte Interessen und neue Ansätze gegenüber Syrien

Man kann argumentieren, dass gerade in Hinblick auf Syrien der Wandel der türkischen Außenpolitik besonders eindrucksvoll beschrieben werden kann (siehe Kirisçi 2006: 19). Das klassische Verständnis von Sicherheit erfährt innerhalb dieser Beziehung eine post-kemalistische Neu-Interpretation: *“Turkish-Syrian relations are a paradigm of these new realities of Turkish foreign policies“* (Jung 2005: 13). Im Gegensatz zu den USA beschreitet die Türkei einen langsamen Prozess der Annäherung, um wirtschaftliche und demokratische Reformen in Syrien voranzubringen. Für das weitere *rapprochement* zwischen Syrien und der Türkei waren zwei Entwicklungen wesentlich: Der Regierungswechsel in der Türkei 2002 und der Irak-Krieg 2003 (vgl. Altunisik 2006: 239). Innenpolitisch gab es den Willen die unter Ismail Cem eingeleitete Regionalpolitik fortzusetzen bzw. zu intensivieren. Durch den Irak-Krieg hat die Türkei mit den USA einen externen Akteur als Nachbarn erhalten, der in Fragen des regionalen Gleichgewichts und der Kurdenfrage abweichende Strategien formulierte.

Eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen mit Syrien war aus mehreren Gründen wichtig für die Türkei: Neben der Normalisierung der Beziehungen zu einem bis dato als Sicherheitsrisiko wahrgenommenen Nachbarn, stellt Syrien das Tor zur arabischen Welt dar. Verbesserte Beziehungen mit Syrien bedeuten demnach verbesserte Beziehungen mit der arabischen Welt und somit die Möglichkeit der Türkei eine größere Rolle in dieser Region zu spielen. Dies spiegelte exakt die Linie der Ecevit-Regierung wider, welche eine regional basierte Außenpolitik anstrebte, die gute Beziehungen zu allen Nachbarn pflegen sollte, unabhängig von ihren Bindungen an den Westen (vgl. Altunisik 2006: 240). Letztlich müssen wirtschaftliche Gründe ebenfalls ins türkische Kalkül einbezogen werden.

Syriens strategische Neuorientierung wurde wesentlich durch das Scheitern der syrisch-israelischen Friedensgespräche sowie den Folgen des 11. Septembers 2001 bestimmt. Neben realpolitischen Gleichgewichtsüberlegungen zielte die Regierung in Damaskus insbesondere auf eine Integration in das internationale Staatensystem ab (ebd.). Dies wurde ein umso dringenderes Anliegen, da die US-amerikanische Bush-Regierung in ihrem ‚Krieg gegen den Terror‘ Syrien ins internationale Abseits stellte. Als klar wurde, dass die USA auch ohne die völkerrechtliche Grundlage eines UN-Mandats einen Krieg gegen den Irak realisieren würden, kritisierte Syrien öffentlich das Vorgehen der Bush-Regierung. Syrien wollte die USA nicht als Nachbarn und fürchtete sich insbesondere davor, dass die USA in ihrer Neuordnungswillen des Nahen Ostens Damaskus als nächsten Regimewechsel anvisierten. Das türkische Parlament versagte ebenfalls seine Unterstützung durch die parlamentarische Entscheidung amerikanische Truppen nicht von türkischen Militärbasen aus aufmarschieren zu lassen. Sowohl Syrien als auch die Türkei

befürchteten durch den Irak-Krieg eine Destabilisierung des Landes und die Schaffung eines kurdischen Staates.

Ein wichtiges Ereignis für die bilateralen Beziehungen Syriens und der Türkei war der Staatsbesuch Bashar al-Asads in Ankara vom 6.-8. Januar 2004, der erste Staatsbesuch eines syrischen Präsidenten überhaupt. Die wichtigsten Diskussionspunkte waren die als gemeinsame Bedrohung wahrgenommene Instabilität des Iraks und die Schaffung eines unabhängigen kurdischen Staates (vgl. Altunisik: 241). Im Zusammenhang dieses Besuchs wurden auch die wirtschaftlichen Beziehungen institutionalisiert, welche im Dezember 2004 bei einem Gegenbesuch Erdogans in Damaskus durch ein Freihandelsabkommen noch weiter vertieft wurden. Auch die Wasserfrage ist immer mehr zu einer technischen Frage geworden, welche eine gewinnbringende Lösung für beide Seiten anstrebt (vgl. Altunisik 2006: 242).

Die Beziehungen zwischen Syrien und der Türkei sind nicht zuletzt von der Regierung in Washington abhängig. Syrien hat zweifellos das Potential, um als Schlüsselstaat zur Entschärfung der Vielschichtigkeit der Konflikte im Nahen Osten, aufzutreten. Für die US-amerikanische Bush-Regierung steht jedoch außer Frage, dass Syrien den Widerstand im Irak unterstützt, ebenso wie den internationalen Terrorismus und den Terrorismus gegen Israel. Man ist zudem über Bashar al-Asad enttäuscht, der die angekündigten Reformen nach seinem Amtsantritt nicht oder nur spärlich eingeleitet hat.

Die Ermordung des ehemaligen libanesischen Premierministers Rafik Hariri im Februar 2005 hat Syrien international isoliert. Der Staatsbesuch Ahmet Necdet Sezers im April 2005 nach Damaskus hat sowohl in den USA als auch in der EU zu einiger Verstimmung geführt. Auch in der türkischen Öffentlichkeit gab es geteilte Ansichten über Sezers Besuch. Das türkische Außenministerium unterstrich aber die Notwendigkeit mit Syrien in einem konstruktiven Dialog zu bleiben und somit auch den Interessen der USA zu dienen. Im Gegensatz zu den 1990er Jahren haben sich die Positionen der USA und der Türkei also genau umgekehrt. Während die Türkei in den 1990er Jahren eine härtere Gangart forderte bevorzugte sie zunehmend den konstruktiven Dialog. Demgegenüber ist die an Dialog interessierte USA der 1990er unter Bill Clinton der aggressiven Bush-Regierung gewichen (vgl. Altunisik 2006: 243). Ein Dialog mit Syrien (und auch dem Iran) ist für die Bush-Administration auch nach Forderung durch die so genannte Baker-Hamilton-Kommission (Iraq Study Group) nur eine schwerlich akzeptierbare Option. Anfang Mai 2007 brachte eine Außenministerkonferenz zur Stabilität des Iraks in Sharm el-Sheik/ Ägypten erstmals seit Jahren die Parteien an einen Tisch.

Der Rückzug syrischer Truppen Anfang 2005 aus dem Libanon hat die Region in eine schwierige Situation gebracht, die schließlich in einen 33 Tage anhaltenden Krieg 2006 zwischen Israel und dem Libanon gipfelte. Der Rückzug muss jedoch in einem weiteren Kontext gesehen werden: Die syrische Regierung unter Bashar al-Asad befindet sich in einem Prozess der Konsolidierung, welche durch die feindliche Rhetorik der Bush-Regierung erschwert wurde. Dementsprechend versuchte Syrien gegenüber den USA eine kooperative Politik einzuleiten, wozu neben dem Rückzug aus dem Libanon auch ein kohärentes Vorgehen gegen Aufständische aus dem Irak gehörte. Neben dieser Politik des ‚*bandwagoning*‘ fuhr Syrien auch eine Politik des ‚*balancing*‘, was die Beziehungen zum Iran ebenso erklärt wie die zu der Türkei, welche neue Kommunikationskanäle öffnen könnte (vgl. Altunisik 2006: 244). Neben dieser eher realistischen Erklärung kommt noch ein sozialkonstruktivistischer Erklärungsfaktor hinzu. Die Wahrnehmung der Türkei als Bedrohung und sogar Feind erodiert. Hierzu trug vor allem der AKP-Regierungswechsel 2002 bei. Die Entscheidung des türkischen Parlaments vom 01. März 2003 und die kritischen Äußerungen gegenüber Israel z.B. im Krieg gegen den Libanon 2006 verstärken die Re-Konzeptualisierung des klassischen Türkei-Bildes und tragen dazu bei, dass auch die syrische Bevölkerung zunehmend an bilateralen Kontakten mit der Türkei interessiert ist (ebd.). Ausdruck dieses Kooperationswillens war beispielsweise die schnelle Auslieferung einiger mutmaßlicher Attentäter der Istanbuler Bombenanschläge im November 2003 (vgl. Hibbeler 2006: 13).

Die Interessen und Ziele der Türkei gegenüber Syrien sind nicht weniger vielschichtig. Besonders die Tatsache, dass die Türkei ihre Beziehungen zu Syrien ausbaut, während der NATO-Partner USA die Beziehungen eskalieren lässt, mag Befremdung auslösen. Systemische Erklärungsfaktoren helfen hier nicht weiter, da sie eher eine Anbindung (*bandwagoning*) an die USA vorausgesagt hätten. Die kooperative Politik der Türkei gegenüber Syrien lässt sich besser sub-systemisch erklären. Hierbei spielen insbesondere der erstarkende türkische Nationalismus sowie der AKP-Regierungswechsel eine wichtige Rolle (vgl. Altunisik 2006: 245, vergleiche Kapitel 3). Ein anhaltendes Misstrauen zwischen Syrien und den USA würde jedoch den Korridor für die türkischen Beziehungen mit diesen Ländern weiterhin stark begrenzen.

Entgegen der kritischen Rolle Syriens im Hariri-Attentat, die auch aufgrund einer UN-Untersuchung zu erheblichen Spannungen in den Beziehungen zwischen Syrien und der EU geführt haben, sind die Beziehungen zur Türkei so gut wie noch nie seit Syriens Unabhängigkeit von Frankreich (Krisçi 2006: 76). Mit der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens 2004, welches seit dem 1. Januar 2007 in Kraft ist, haben sich die Beziehungen im wirtschaftlichen

Bereich noch weiter angenähert. Der Personenverkehr an der syrisch-türkischen Grenze ist ebenfalls in den letzten Jahren gestiegen. Für die Türkei kann Syrien ein ‚Tor zur arabischen Welt‘ darstellen, sowohl politisch als auch wirtschaftlich.

Die ‚neue‘ türkische Außenpolitik, die sich durch wirtschaftliche Kooperation und persönliche Kontakte zu den Nachbarn ausdrückt wird besonders im Falle Syriens als lohnenswert betrachtet. Städte wie Gaziantep, Sanliurfa oder Antakya bilden schon alleine durch ihre geographische Nähe einen natürlichen Wirtschaftsraum mit den syrischen Städten wie Aleppo oder Damaskus – von den familiären und traditionellen Verbindungen ganz abgesehen. Gerade um der hohen Arbeitslosigkeit im Südosten der Türkei entgegenzutreten wünschen sich türkische Wirtschaftsvertreter eine Zunahme der Beziehungen zu Syrien.

Aber hat die Türkei wirklich einen Einfluss auf politische Entscheidungen in Syrien? Das Ergebnis dieser Betrachtung ist ambivalent. Als Abdullah Gül in seiner Funktion als Außenminister im November 2005 nach Syrien flog, um die Regierung zu überzeugen die Verdächtigen des Hariri-Mords an die untersuchende UN-Kommission zu übergeben und dies einige Tage später auch geschah, konnte man tatsächlich von einem Erfolg sprechen, den man als ‚Druck durch Dialog‘ bezeichnen kann (Kirisçi 2006: 78). Schwieriger ist die Einflussnahme der Türkei auf Syrien hinsichtlich des 33-Tage-Kriegs im Libanon einzuschätzen. Die libanesische Hisbollah ist auch für Syrien ein ernsthaftes Sicherheitsproblem, weshalb die Handlungsoptionen für die Regierung al-Asads sehr beschränkt sind.

Es ist unwahrscheinlich, dass die syrische Regierung auf eine erneute Verschärfung mit der Türkei abzielt, indem sie die PKK unterstützt. Die internationale Isolierung Syriens als ‚Schurkenstaat‘ macht die Konsolidierung der Regierung Bashar al-Asads ohnehin äußerst schwierig. Die Beziehungen zur Türkei sind zudem nicht nur angesichts eines erhöhten Handelsaustauschs wichtig, sondern auch als Transport-Korridor für einen anvisierten Handel mit der EU im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft (EMP).

4.3. Irak

Die komplexeste Herausforderung für die Außenpolitik der Türkei geht seit den 1990er Jahren vom Irak aus. Der türkische Ministerpräsident Erdogan brachte dies auf einer AKP-Fraktionssitzung im Januar 2007 auf den Punkt, als er klarstellte, dass die Suche nach Stabilität im

Irak Vorrang vor einem EU-Beitritt habe.⁷² Weiter unterstrich er: „Wir sind verpflichtet, schon heute zu sagen, dass wir nicht die Absicht haben, nur neutrale Beobachter bei der demographischen Strukturänderung in Kirkuk zu bleiben.“ Die größte Herausforderung für die Türkei ist der Umgang mit der PKK, welche vom Norden des Iraks aus (um den Berg Kandil) operiert, ohne dabei eine konkrete Konfrontation mit den USA und der irakischen Regierung zu provozieren. In den 1990er Jahren waren Militärschläge in dieser Region noch durchführbar, seit der US-amerikanischen Intervention im Irak 2003 ist dies jedoch nicht mehr ohne Interessensdivergenzen mit dem NATO-Partner möglich.

Die türkische Politik gegenüber dem Irak kennzeichnet sich somit durch die Notwendigkeit aus, auf teils sehr widersprüchliche innenpolitische und außenpolitische Herausforderungen einzugehen. Neben der Kurdenfrage in all ihren Facetten spielen Wirtschaftsinteressen und das regionale Mächtegleichgewicht eine ebenso große Rolle wie das Austarieren sehr unterschiedlicher Interessen innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft (vgl. Robins 2003: 313ff). Die zunehmende Regionalisierung des Irak-Konflikts seit dem Sturz Saddam Husseins impliziert für die Türkei eine große Herausforderung, welcher sie sich durch Kooperation zu stellen versucht.

Die Irakpolitik der Türkei bis 2003

Die Teilungspläne der europäischen Mächte für die Türkei im Pariser Vorort Sèvres hatten eine tiefe psychologische Wirkung auf die türkische Identität, die nicht nur für eine gewisse Affinität für Verschwörungstheorien sorgte, sondern insbesondere die Angst vor nationaler Desintegrität stipulierte. Der als ‚Sèvres-Syndrom‘ bezeichnete Komplex hatte besondere Auswirkungen für den Nord-Irak, welchen die Türkei als wechselseitige Erweiterung des Südostens der Türkei aufgrund der geographischen Nähe und des dominierenden kurdischen Bevölkerungsanteils betrachtete (vgl. Çandar 2004: 53). In diesem Sinne sind die Entwicklungen im Nord-Irak und hierbei vor allem die Sorge eines entstehenden, autonomen Kurdistans traditionell wichtig für die Gestaltung der türkischen Außenpolitik.

Die Abwesenheit eines kurdischen Staats hat mehrere Gründe. Neben der sprachlichen, tribalen und religiösen Fragmentierung der Kurden folgte die Nationalstaatsbildung im Nahen Osten nach dem Ende des 1. Weltkriegs vor allem strategischen Überlegungen und politischen Machtverhältnissen und nicht ethno-politischen Gesichtspunkten (vgl. Park 2005: 13).

⁷² Vgl. RIA Novosti, Premier Erdogan halt Suche nach Stabilität im Irak für wichtiger als EU -Beitritt, vgl. <http://de.rian.ru/world/20070109/58748476.html> (05.März 2007); Özel, Soli: Turkey replaces the EU with a return to the Middle East, in: The Daily Star (5. März 2007).

Das Verhältnis zwischen Türken und Kurden war dabei zunächst durch Kooperation gekennzeichnet. Im osmanischen Reich hatten die Kurden weitreichende Privilegien und Autonomiebefugnisse. Im Namen des Islam kämpfte Atatürk zusammen mit Kurden im Unabhängigkeitskrieg gegen das christliche Europa und ihren lokalen Vertretern in Form der griechischen und armenischen Bevölkerung. Atatürk löste sich im Modernisierungseifer jedoch schnell von der islamischen Verbundenheit und brach seine Versprechen gegenüber den Kurden hinsichtlich politischer und kultureller Autonomierechte (Park 2005: 16). Der Vertrag von Lausanne gewährt Minderheitenrechte so nur auf den religiösen Gruppen der griechisch-orthodoxen, armenischen und jüdischen Bevölkerung. Bis in die 1990er Jahre erlebten die irakischen Kurden eine wechselhafte Geschichte, die jedoch nicht zu einem autonomen Staatsgebilde führte.

Die Beziehungen zum Irak waren vor allem pragmatischer Natur. Die Öffnung der Ölpipeline von Kirkuk brachte für beide Länder wirtschaftliche Vorteile. Der Irak war seit den 1980er Jahren außerdem wichtig im Kampf gegen die PKK. Nicht zuletzt für das regionale Gleichgewicht hatte der Irak eine herausgestellte Bedeutung: Die Eindämmung des Mullah-Regimes im Iran war dabei ebenso bedeutend wie das gespannte Verhältnis zwischen Bagdad und Damaskus (vgl. Park 2005: 39).

Nachdem der Irak im August 1990 Kuwait besetzte, schloss sich die Türkei der US-amerikanisch geführten internationalen Koalition an, die Saddam Hussein bekämpfte. Dies war jedoch nicht unbedingt ein grundsätzlicher Bruch mit der klassischen Türkei-Außenpolitik, auch wenn der Trend zu einer aktiveren Unterstützung von multilateralen Militäreinsätzen zur Verfolgung der eigenen Interessen deutlich wurde (Kut 2001: 6). Die Türkei hätte gerne auf ein Engagement im Irak verzichtet, was aber aufgrund der veränderten geopolitischen Situation unmöglich wurde (vgl. Robins 2003: 341/ 342). Die Ziele und deren Umsetzung gegenüber dem Irak waren dabei zunächst nicht kohärent. Dies änderte sich jedoch Mitte der 1990er Jahre zugunsten einer intensiven grenzüberschreitenden Interventionspolitik und der Unterstützung der 1992 eingerichteten Sicherheitszone im Irak nördlich des 36. Breitengrades (ebd.).

Özal brach mit der Geschichte der Republik insofern, als erstmals seit deren Gründung arabische Nachbarn von türkischem Boden aus angegriffen wurden, auch wenn türkische Truppen dabei nicht involviert waren (vgl. Kramer 1999: 119). Özal erhoffte sich mit diesem Ansatz den Zeichen der Zeit zu folgen und sich den veränderten geostrategischen Bedingungen anzupassen. Sein regionales Engagement sollte nach Beendigung der militärischen Auseinandersetzungen durch eine Verbesserung der eigenen Position günstige Auswirkungen für die Wirtschaft haben.

Nicht zuletzt konnte man den westlichen Partnern die weiter gültige Bedeutung der Türkei vor Augen führen (vgl. Kramer 1999: 118).

Das Desaster des Golfkriegs hätte nicht größer sein können, als klar wurde, dass die USA keinen Regimewechsel im Irak zugunsten eines demokratischen Systems anvisierten und eine Unterstützung der Aufstände im Süden durch die Schiiten und im Norden durch die Kurden ablehnten (Kramer 1999: 120). Die wirtschaftlichen Kosten für die Türkei in Folge des Golfkriegs waren enorm. Durch die Stilllegung der Ölpipeline zwischen Kirkuk und Yumurtalik und das UN-Handelsembargo gegen den Irak schätzte das türkische Außenministerium 1998 einen Verlust von 35 Mrd. US-Dollar (vgl. Kirisçi 2001: 98).

Das Dilemma bestand darin, die eigenen nationalen Interessen in der Region und die Bündnistreue gegenüber den USA auszugleichen. Erschwert wurde die Situation zudem durch die bürgerkriegsähnlichen Rivalitäten der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) unter Mesut Barzani und der Kurdischen Union (PUK) unter Celal Talabani, welche 1993 zur Teilung der quasi-autonomen kurdischen Gebiete im Nord-Irak führten. Barzani kontrollierte fortan den Nordwesten der Region, Talabani den südlichen und östlichen Teil. Die Kombination der Einrichtung einer Sicherheitszone bzw. Flugverbotszone nördlich des 36. Breitengrades als sicherer Hafen für die irakischen Kurden (an der die Türkei maßgeblich beteiligt war), sowie die Teilung des kurdischen Gebiets führten zu einer Situation, die in der Türkei mit großer Sorge betrachtet wurde. Die Stabilität des Iraks wurde in Frage gestellt und die Gründung eines autonomen kurdischen Staats befürchtet, welcher eine ‚Vorbildfunktion‘ für die türkischen Kurden hätte haben können.

Die 1991 eingeleitete Militäraktion ‚Operation Provide Comfort‘⁷³ löste zudem durch die Einrichtung der Flugverbotszone im Nordirak zwar das Flüchtlingsproblem in Folge des Golfkriegs, verschlechterte aber die interne Kurdenfrage in der Türkei, da die Kurdenfrage von einem regionalen zu einem internationalen Thema wurde. Zudem öffneten sich durch das politische Vakuum im Nord-Irak Rückzugsräume für die PKK (vgl. Hale 2002: 199).

Da Saddam Hussein die kurdischen Gebiete vom Rest des Iraks nach 1991 quasi abschnitt, wurde die Türkei für diese zunehmend zum ‚Tor zur Welt‘ (vgl. Kramer 1999: 121 und Hale 2002: 199ff). Im Gegenzug war die Türkei abhängig von der Unterstützung der nordirakischen Kurden in der Eindämmung der PKK, welche ihr diese aber versagten. Dies führte zu einem kurzen aber heftigen Militärstoß in die irakischen Gebiete im März 1995 mit über 35.000

⁷³ Das Mandat endete 1996. Die Nachfolgeoperation ‚Northern Watch‘ sicherte die Flugverbotszone von 1997 bis 2003.

Soldaten (Kirisçi 2004: 291). Die anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen Barzani und Talabani gingen währenddessen unvermindert weiter. Barzani ging sogar soweit, Saddam Hussein um Truppenunterstützung zu beten, da Talabani sich zusehends mit dem Iran verbündete. Die Beziehungen zwischen den Rivalen wurden schließlich im so genannten ‚Ankara-Prozess‘ von 1996 und schließlich im Washington-Abkommen von 1998 neu geregelt (Kirisçi 2004: 292).

1997 und 1998 kam es zu türkischen Militäreinsätzen im Nord-Irak mit mehr als 50.000 Soldaten, welche auch in Kooperation mit Barzanis KDP durchgeführt wurden. Seit 1997 stationierte die Türkei dauerhaft zwischen 1.500 und 10.000 Soldaten im Nord-Irak. Die territorialen Grenzen zwischen der Türkei und dem Nord-Irak verschwammen in dieser Zeit zusehends. Ankara hatte im Gegensatz zu Bagdad immer mehr Einfluss auf die Geschehnisse des Nord-Irak, welches so immer mehr zu einem ‚Protectorat‘ ganz eigener Art wurde (Park 2005: 20). Dies änderte sich erst mit der US-Intervention 2003.

Die zunehmende Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und dem Irak wurden in der Türkei mit Sorge betrachtet, da eine gleichzeitige Verschlechterung der türkisch-irakischen Beziehungen unvermeidbar war. Ankara bevorzugte eine politische Lösung für den Irak und nicht einen Militärschlag, war sich aber auch darüber bewusst, dass man den Partner USA nicht vor den Kopf stoßen konnte. Insgesamt schwand das Vertrauen der Türkei zusehends in der Fähigkeit der irakischen Kurden in ihrem Gebiet die Stabilität zu garantieren. Noch mehr bezweifelte man die Fähigkeit dieser oder anderer Oppositionsgruppen nach einem etwaigen Ende der Regierung Saddam Husseins für Stabilität zu sorgen (vgl. Kramer 1999: 126).

Für die Türkei bestand die Notwendigkeit mit teils widersprüchlichen Interessen gegenüber dem Nord-Irak umzugehen (vgl. Hale 2002: 308). Man wollte in jedem Fall die Schaffung eines kurdischen Staats verhindern, da man die Auswirkungen für das türkische Kurdenproblem sehr ernst nahm. Auf der anderen Seite konnte man die Kurden nicht einfach Saddam Hussein überlassen, da die Flüchtlingsproblematik im Golf-Krieg 1991 schon einmal zu einer schwierigen innenpolitischen Situation am Rande einer humanitären Katastrophe geführt hat. Dennoch: Die türkische Regierung hat sich mit der kurdischen Selbstverwaltung seit 1992 nie wirklich angefreundet und tolerierte diese vor allem deshalb, weil sie ohne größere Schwierigkeiten gegen die PKK vorgehen konnte (vgl. Park 2005: 21). Nur durch diese Alternative wurde die Abwesenheit einer effektiven Zentralregierung in Bagdad akzeptiert (ebd.).

Neben wirtschaftlichen Interessen in der Region, die durch das UN-Embargo bis auf das Äußerste gelitten haben, war die Bekämpfung der PKK ein Anliegen, das alle weiteren Ziele überschattete. Die Unerreichbarkeit einer Ideallösung erforderte von der Türkei eine abgewogene Interessenspolitik gegenüber allen beteiligten Akteuren, wobei gerade die Konfrontation mit

Syrien im Herbst 1998 allen Beteiligten vor Augen führte, dass man in der Frage der PKK keine Kompromisse eingehen würde.

Der Irak-Krieg 2003 und die Folgen für die türkische Außenpolitik

Die für die USA völlig überraschende Ablehnung des türkischen Parlaments für einen Truppenaufmarsch im Irak-Krieg am 01. März 2003 wird allgemein als Wendepunkt der türkischen Außenpolitik betrachtet (Park 2005: 24). Die USA hatten es plötzlich mit einer Türkei zu tun, deren Bündnistreue sie nicht mehr für selbstverständlich nehmen konnten.

Die Ablehnung im Parlament erfolgte in einer Zeit als sich die irakisch-türkischen Beziehungen sowohl politisch als auch wirtschaftlich zunehmend verbesserten und einer gewissen Normalisierung entgegensteuerten (Kirisçi 2006: 65f). Die PKK hat nach der Verhaftung Abdullah Öcalans am 15. Februar 1999 in Kenia ihre Waffen niedergelegt und angesichts der EU-Perspektive wurde im Parlament eine Reihe von Reformen im Bereich der Minderheitenrechte durchgesetzt, wovon auch die kurdische Bevölkerung profitierte. Die Furcht vor regionaler Instabilität und dem Öffnen der ‚Büchse der Pandora‘ in der Region nach dem Ende Saddam Husseins, sowie dem möglichen Entstehen eines unabhängigen Kurdistan waren größer als die Bündnistreue zu den USA. Die USA unter der Bush-Regierung hatte die Vision eines demokratischen Iraks, die dem schiitischen Druck gewachsen ist, den Irak in eine islamische Republik im Stile des Irans umzuwandeln bzw. dem Entstehen eines ‚schiitischen Gürtels‘ im Nahen Osten von Saudi-Arabien über den Irak zum Iran zu verhindern (vgl. Martin 2004: 166). Es bestand die Hoffnung, durch die Parlamentsentscheidung vom 1. März 2003 die Bush-Regierung zum Umdenken zu bewegen und einen Militärschlag gegen Bagdad zugunsten einer Regelung unter dem Dach der UNO zu verwerfen (Park 2005: 24, 40, Çandar 2004: 47). In der Tat stimmten jedoch mehr Abgeordnete für die Entsendung US-amerikanischer Truppen (alle AKP) als dagegen. Aufgrund der Abwesenheit vieler Parlamentarier endete die Abstimmung mit 3 Stimmen gegen die Annahme eines Truppenaufmarschs der USA von türkischem Boden (vgl. Park 2005: 26). Trotz Ermangelung eines ‚Plan B‘ und der höheren Kosten ohne den Zugang über die Türkei, griff die USA den Irak am 20. März 2003 an, womit die Türkei die Grenzen ihrer Verhandlungsmacht eingestehen musste (ebd.). Das türkische Parlament lenkte schon am gleichen Tag ein und öffnete den türkischen Luftraum für US-Flugzeuge und autorisierte am 8. Oktober 2003 sogar die Regierung zur Truppenversendung in den Nord-Irak (Çandar 2004: 49, Kirisçi 2004a: 45). Die USA wollte aber eine Konfrontation zwischen den Verbündeten irakischen Kurden und türkischen Soldaten in jedem Fall verhindern (ebd.). Die Situation stellte für die Türkei eine ‚win-win‘-Lösung dar, da man die angeschlagenen Beziehungen zu den USA verbesserte, das Sicherheitsestablishment in der Türkei zufrieden stellte, die öffentliche Meinung

durch die faktische Nichtentsendung beruhigte und eine Konfrontation im Irak bzw. des arabischen Raum gegen die Türkei vermeiden konnte (Kirisçi 2004a: 46).

Die Interpretation der Abstimmung stellt sich in der Literatur äußerst widersprüchlich dar. Eine Position ist die Schwächung des türkischen Einflusses auf die USA und auf den Nord-Irak (vgl. Park 2005: 26). Eine andere Position vermutet, dass die Jahrzehnte gültige Dominanz der USA in der türkischen Westorientierung zugunsten einer ‚europäisierten‘ Außenpolitik gewichen ist, insbesondere nach Helsinki 1999 (vgl. Everts 2004: 3). Man kann das Abstimmungsergebnis aber auch auf die fehlende Gestaltungskraft der AKP als gerade gewählte Regierungspartei zurückführen: *“Turkey was unfortunate in having a ruling party ridden with inexperience, amateurishness, and incompetent leadership at a junction in history that demanded greater resolve, talent, flexibility, and vision than at any other time“* (vgl. Çandar 2004: 54). Wie die vorliegende Analyse herausgearbeitet hat, kann der Regierungswechsel 2002 jedoch nicht als alleiniger Faktor für die außenpolitische Entscheidungen der Türkei im Zusammenhang des Irak-Kriegs herangezogen werden. Vielmehr muss die Vielzahl der beteiligten Akteure in diesem Prozess in Betracht gezogen werden.

Ein kontinuierliches Element der türkischen Irak-Politik ist der Versuch die Stabilität und territoriale Einheit des Iraks zu wahren, sowie einem unabhängigen kurdischen Staat entgegenzuwirken. Aus diesem Grund unterstützte die Türkei auch die ersten freien Wahlen nach Saddam Husseins Sturz, welche am 30. Januar 2005 durchgeführt wurden. Sieger wurde mit 48,2% die Vereinigte irakische Allianz, zweitstärkste Fraktion war mit 25,7% die Demokratische Patriotische Allianz Kurdistans⁷⁴ (Park 2005: 7). Damit erhielt die kurdische Allianz 75 von 275 möglichen Sitzen und ist im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil überdurchschnittlich proportional vertreten⁷⁵. Celal Talabani wurde am 6. April 2005 zum Staatspräsidenten gewählt.

Die Türkei hat aus mehreren Gründen ein vitales Interesse an der Stabilität des Iraks. Die geographische Nähe aber auch die Verknüpfung mit internen Sicherheitsbedenken, allen voran der Kampf gegen die PKK, tragen dazu bei, dass die Türkei mehr an regionaler Stabilität als an Kriegen und erzwungenen Regimewechseln interessiert ist (Larrabee 2003: 139). Seit Mitte der 1990er Jahre waren grenzüberschreitende Militäreinsätze Teil einer gängigen Strategie des türkischen Militärs im Umgang mit kurdischen Aufständen. Ein weiteres Element dieser Strategie war auch die *de facto* Einrichtung einer militärischen Sicherheitszone im Nordirak (vgl. Larrabee 2003: 137). Dieses Vorgehen half zwar faktisch die militärische Dimension des PKK-Konflikts

⁷⁴ Neben der kurdischen KDP und PUK sind auch assyrische und turkmenische Parteien Allianzpartner.

⁷⁵ Im Irak leben 26,78 Mio. Menschen (siehe CIA - The World Factbook, 19. März 2007). Davon vermutet man ca. 60% Schiiten, 20% Sunniten und 20% Kurden. Genaue Zahlen gibt es nicht. Die Dreiteilung in Schiiten, Sunniten und Kurden ist irreführend, da der Großteil der Kurden sunnitischen Glaubens ist.

einzudämmen, politisch ist die Kurdenfrage jedoch weiterhin ungelöst (ebd.). Grenzüberschreitende Militäreinsätze wären vor dem Golfkrieg 1991 undenkbar gewesen, geschweige denn deren Intensität (vgl. Hale 2002: 309). Die Möglichkeit der Türkei diese durchzuführen kann als Zeichen interpretiert werden, zu dieser Zeit als Regionalmacht auftreten gekonnt zu haben, auch wenn diese an die politische Handlungsfähigkeit der irakischen Kurden gebunden war (Çandar 2004: 53).

Die Situation im nördlichen Irak und die damit verbundene Aussicht auf einen unabhängigen kurdischen Staat hat dazu geführt, dass die Agenda der beteiligten Akteure bezüglich der Region stark vom Paradigma der nationalen Sicherheit dominiert war (vgl. Kirisçi 2006: 47). Das Konzept der ‚Sicherheit‘ im Sinne territorialer Integrität war dabei deckungsgleich mit dem Begriff der ‚Außenpolitik‘ (vgl. Çandar 2004: 55). Trotz der Ängste vor einem unabhängigen Kurdenstaat konnte die Zivilgesellschaft und vor allem Geschäftspersonen enge Kontakte zum benachbarten Irak herstellen. Hierbei spielt insbesondere TOBB eine herausgestellte Rolle. Wirtschaftsinteressen führten auch dazu, dass Überflüge über den Irak von der Türkei aus autorisiert wurden (ebd.). Die türkische Wirtschaft ist vor allem durch den Bausektor im Irak involviert (vgl. Park 2005: 60).⁷⁶ Es wurde sogar eine Fluggesellschaft eingerichtet, die unter dem Namen ‚Air Kurdistan‘ Istanbul und Erbil verbindet. Nach einem der al-Quaida zugeschriebenen Bombenanschlag in Erbil 2004, bei dem über 100 Menschen starben, wurden viele Verletzte in türkischen Krankenhäusern behandelt, die unter anderem von Abdullah Gül besucht wurden.

Der Streit um Kirkuk

Kirkuk liegt in einer ölreichen Gegend, die traditionell von Kurden, Turkmenen und Arabern bewohnt ist. Die unterschiedlichsten Religionen leben hier nebeneinander, darunter auch assyrische Christen, weshalb Kirkuk offiziell auch als Dreh- und Angelpunkt (*lynchpin*) bzw. ‚Mikrokosmos des Irak‘ bezeichnet wird.⁷⁷ Das Konfliktpotential, welches von Kirkuk aufgrund der heterogenen Bevölkerung und den unterschiedlichen Interessen um den Status der Stadt ausgeht, ist nicht zu unterschätzen und könnte spill-over-Effekte auf die ganze Region haben.

Kirkuk sowie die Provinz (*vilayet*) Mosul spielen eine wichtige Rolle für die Geschichte der Region. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zog sich die Türkei auf Druck Großbritanniens aus dem Nord-Irak zurück und erklärte 1925 den Verzicht auf ihre Rechte in diesem Gebiet, was 1926 im türkisch-irakischen Vertrag auch kodifiziert wurde. Der Irak wurde 1932 nach der

⁷⁶ Hierbei vor allem im Straßenbau, aber auch durch die Errichtung der Amerikanischen Botschaft, des Flughafens in Erbil und der Suleimania Universität.

⁷⁷ Türkische Botschaft Berlin, <http://www.tuerkischebotschaft.de/de/aussenpolitik/synopsis.htm> (21. März 2007)

Aufhebung des britischen Mandats der erste arabische Nationalstaat. Angesichts dieses Hintergrunds vermuteten in den 1990ern insbesondere die arabischen Nachbarn und der Iran, dass die Interventionen im Nord-Irak nicht nur der PKK galten, sondern auch eine allmähliche Aneignung des Gebietes um Mosul sowie den Ölfeldern von Kirkuk dienen sollten (vgl. Hale 2002: 309).

Die demographische Zusammensetzung Kirkuks ist in den letzten Jahrzehnten einem ständigen Wandel unterzogen gewesen. 1957 waren 40% der Stadt turkmenisch und 35% kurdisch (vgl. Park 2005: 32). Die Stadt wurde jedoch seit den 1960er Jahren zunehmend ‚arabisiert‘. Nach dem Ende Saddam Husseins ist eine zunehmende ‚Kurdifizierung‘ zu beobachten - es wird angenommen, dass zum Jahreswechsel 2004 etwa 50.000 der 200.000 ‚arabisierten‘ Araber die Stadt verlassen haben und etwa 100.000 Kurden hinzugezogen sind (vgl. Park 2005: 32). Mitte 2007 soll eine neue Volkszählung durchgenommen werden, um Ende 2007 in einem Referendum darüber zu entscheiden, ob Kirkuk der autonomen Region Kurdistans im Irak zugewiesen wird. Verbunden mit dem zukünftigen Status der Stadt ist das Schicksal der Turkmenen im Irak, welche die Türkei als natürliche Partner im Irak ansieht und mit der Hoffnung auf Einflussnahme in die innerirakischen Prozesse unterstützt.⁷⁸ Die Türkei unterstützt die Turkmenen in Kirkuk auch deshalb, um eine kurdische Vorherrschaft zu unterbinden und beklagt, dass die Rechte dieser drittgrößten Gruppe im Norden des Iraks zu wenig berücksichtigt werden.

Die Kurden sehen nicht Erbil, sondern Kirkuk als ihre Hauptstadt an und Celal Talabani betrachtet Kirkuk als das ‚Jerusalem Kurdistans‘ (vgl. Park 2005: 34). Eine Einmischung von Nachbarstaaten wie Syrien, Iran oder der Türkei bezüglich des Status Kirkuks wird als nicht legitim angesehen, was vor allem Mesut Barzani immer wieder betont (vgl. Park 2005: 35).

Die Türkei wird ihre Interessen in der Region abwägen müssen. Die Akzeptanz der türkischen Regierung einer kurdischen Dominanz in Kirkuk könnte dabei nicht nur helfen die Beziehungen zwischen der Türkei und den irakischen Kurden weiter zu normalisieren, sondern auch dem Südosten der Türkei eine Chance für wirtschaftliche Entwicklung durch eine zunehmende Interdependenz zu ermöglichen (vgl. Kramer 2006: 7).

Ankaras Beziehungen zum Irak hatten schon lange einen pragmatischeren und kooperativeren Ansatz als die Außenpolitik zu anderen Staaten in der Region (vgl. Park 2006: 39). Ein Beispiel

⁷⁸ Die turkmenischen Iraker sind in die irakische Gesellschaft fest verankert, bilden aber dabei keine natürliche Einheit, sondern sind im Gegenteil äußerst heterogen. 60% der irakischen Turkmenen sind schiitischen Glaubens.

unter vielen: Sowohl Mesut Barzani als auch Celal Talabani reisten seit Turgut Özals Regierungszeit mit türkischen Diplomatenpässen um die Welt (vgl. Park 2005: 59).

Die Entwicklungen im Irakkrieg und nach dem Sturz Saddam Husseins verdeutlichen den Paradigmenwechsels Ankaras, die Region durch Engagement und Dialog zu gestalten statt durch Konfrontation und Eindämmung – sie machen aber auch die Grenzen dieses Vorgehens deutlich (ebd.).

Der Wandel der türkischen Außenpolitik drückt sich nicht zuletzt durch die Suche nach kooperativen Lösungen und Alternativen in der Irak-Krise 2003 aus, auch wenn sie die USA nicht von einer Intervention abbringen konnte.

Bezüglich des Nord-Iraks veränderte sich die türkische Außenpolitik von der Maximalablehnung territorialer Fragmentierung und politischer Einheit des gesamten Iraks hin zu einer Akzeptanz eines föderalen kurdischen Staates, solange dieser nicht ‚Süd-Kurdistan‘ genannt wird (vgl. Kirişçi 2006: 67, Park 2005: 58/ 60, Grigoriadis 2006: 9). Selbst der Status von Kirkuk scheint mittlerweile verhandelbar geworden solange eine kooperative Lösung ernsthaft diskutiert wird (ebd.). Dieser Wandel hat verschiedene Gründe und trägt vor allem den veränderten regionalen Bedingungen seit der Irak-Intervention 2003 Rechnung.

- 1) Der Irak-Krieg 2003 hat deutlich gemacht, dass die USA eine feste Größe im regionalen Mächteverhältnis sind. Der Kooperationswille mit den USA ist stark, trotz der Demütigung der türkischen Soldaten in Suleymania.⁷⁹ Zudem würde eine Intervention im Nord-Irak einen EU-Beitritt erheblich verschlechtern.
- 2) Terroristische ‚spill-over‘ würden die positiven Entwicklungen in der gesamten Region vor allem in der Wirtschaft zurückwerfen. Deshalb unterstützte die Türkei auch den verfassungsgebenden Prozess sowie die Wahlen im Irak.
- 3) Celal Talabani und Mesut Barzani werden als politische Akteure anerkannt und gelten nicht mehr länger nur als Stammesführer. Zudem wurde die Politik gegenüber den innerirakischen Turkmenen neu bewertet (Kirişçi 2006: 69).

Insgesamt liegen diesen Entwicklungen grundsätzliche Veränderungen der türkischen Außenpolitik zugrunde (Kirişçi 2006: 69). Entgegen früherer Ansätze verfolgt die türkische

⁷⁹ Ein einschneidendes Ereignis für die türkisch-amerikanischen Beziehungen war sicherlich die Verhaftung türkischer Spezialtruppen am 4. Juli 2003 in der irakischen Stadt Suleimaniye durch US-amerikanische Truppen. Die türkischen Soldaten wurden beschuldigt an einem Mordversuch auf den kurdischen Bürgermeister Kirkuks involviert gewesen zu sein. Zwar wurden die elf Soldaten 48 Stunden nach ihrer Festnahme wieder entlassen, für die türkischen Ressentiments gegenüber den USA und das Vertrauen zwischen den beiden Verbündeten war dieses Ereignis eine tiefe Belastungsprobe (vgl. Çandar 2004: 55).

Regierung gegenüber dem Irak eine Politik des Dialogs. Statt einseitiger Interessensformulierung werden Lösungen auf regionaler Ebene favorisiert, die allen beteiligten Akteuren entgegenkommen. Für dieses Argument spricht, dass die türkische Regierung bzw. den Sondergesandten für den Irak Oguz Çelikkol bzw. sein Nachfolger Osman Korutürk intensive Konsultationen mit allen Gruppen führten und führen. Sowohl zivilgesellschaftliche Gruppen als auch Vertreter der Wirtschaft unterstützen zudem eine Politik des Dialogs bzw. des Pragmatismus statt einer Politik der ‚red lines‘, also der Tabus bzw. Grenzen bei deren Überschreitung der Einsatz von Gewalt nicht auszuschließen wäre.

Ein gutes Verhältnis der Türkei mit den irakischen Kurden ist für beide Seiten nicht nur wünschenswert, sondern folgt durchaus einer Logik (vgl. Park 2005: 60). Beide Partner sind pro-westlich, sowie säkular und demokratisch orientiert. Durch die Binnenlage der kurdischen Siedlungsgebiete im Nord-Irak ist der Zugang auf türkisches Territorium lebensnotwendig, um wirtschaftliches Wachstum zu garantieren und dadurch auch die politische Stabilität zu gewährleisten. Die Möglichkeit über Syrien ‚in die Welt‘ zu gehen, erscheint aufgrund der internationalen Isolation und den innenpolitischen Unwägbarkeiten Syriens keine veritable Alternative.

Seit Saddam Husseins Sturz ist die Türkei zunehmend frustriert über die begrenzten Möglichkeiten der Einflussnahme im Irak und vor allem dem Unvermögen der USA die PKK auf irakischem Boden zu bekämpfen⁸⁰, sowie die enge Verbindung zwischen der USA und den irakischen Kurden, die mit Celal Talabani sogar den Ministerpräsidenten des Iraks stellen. Ein zentralistischer Irak wird immer unwahrscheinlicher, was den türkischen Wünschen entgegensteht. Die USA halten die Sicherheitsbefürchtungen der Türkei für übertrieben und betonen, dass ein Vorgehen gegen PKK-Camps im Nord-Irak nicht nur zeit- sondern auch personalintensiv sei und man generell eine politische Lösung in der Kurdenfrage sowohl gegenüber dem Nord-Irak als auch in der innertürkischen Dimension anstreben sollte (vgl. Park 2005: 45/ 46). Dies erscheint gerade im Lichte der EU-Harmonisierungspakete ein durchaus gehbarer Weg zu sein. Die Abschaffung der Todesstrafe, der geringere Einfluss des Militärs auf die Politik durch die Reform des Nationalen Sicherheitsrats und die ‚Null-Toleranz‘-Politik der Regierung gegenüber staatliche Folter sind Beispiele für diesen Prozess. In der Kurdenfrage gibt es trotz dem Wiederaufflammen von PKK-Kampfhandlungen⁸¹ seit 2004 eine zunehmende

⁸⁰ Es kann vermutet werden, dass sich etwa 5.000 PKK-Kämpfer im Nord-Irak aufhalten (vgl. The Economist, 13. Dezember 2006: *America between the Turks and Kurds*).

⁸¹ Die erneuten Ausschreitungen durch Jugendliche und junge Männer ohne Arbeit und Zukunftsperspektive sind vor allem durch die Rivalitäten um die politische Führung im kurdischnationalen Lager zwischen PKK-Kämpfern und zivilen Parteipolitikern der Partei der demokratischen Gesellschaft (DTP) möglich geworden (vgl. Kramer 2006: 4).

Anerkennung politischer und kultureller Autonomierechte wie die Einrichtung kurdischer Fernseh- und Radiosender zeigt. Die ungelöste wirtschaftliche und soziale Unterentwicklung der kurdischen Gebiete in der Türkei sowie die Rückführung der in den 1990er Jahren durch die militärischen Auseinandersetzungen vertriebenen Zivilbevölkerung in ihre Dörfer müssen konkreter ins Auge gefasst werden, um die genannten kulturellen Zugeständnisse nicht als Alibimaßnahmen entlarven zu lassen (vgl. Kramer 2006: 5).

Das größte Paradox türkischer Politik ist die Ablehnung der pro-westlichen kemalistischen Elite solcher Rechte. So ist gerade die Regierungsoption und die bürokratische Staatselite ein Hindernis auf dem Weg zu liberalen Reformen, vor allem in der Verfassungspraxis (vgl. Park 2005: 47).

Es kann zusammenfassend gesagt werden, dass der Wandel zu einer Außenpolitik des Dialogs und der Kooperation gegenüber dem Irak von mindestens vier Faktoren abhängt:

- Erstens beeinflusst die zukünftige Stabilität des Iraks als Ganzes sowie die innere Konsolidierung der irakischen Kurden entscheidend die Außenpolitik der Türkei. Der zukünftige Status von Kirkuk hat dabei eine wesentliche Bedeutung.
- Zweitens: Sollte es keine Lösung der innertürkischen Kurdenfrage geben, also der Inkorporation der Kurden in das politische System, die auf türkischem Staatsgebiet leben, ist ein dauerhafter Wandel nicht zu erwarten. Nicht zuletzt aufgrund der EU-Perspektive kann jedoch davon ausgegangen werden, dass es hierbei Fortschritte geben könnte. Die tatsächliche Umsetzung der Reformen erscheint jedoch aufgrund der nationalistischen Stimmungen in der Türkei sowie den schwierigen EU-Beitrittsverhandlungen erschwert.
- Drittens muss die regionale Gesamtentwicklung berücksichtigt werden. Es gibt keine regionale Unterstützung für ein vollkommen unabhängiges Kurdistan im Irak, was die Türkei in ihrem Vorgehen politisch also eher bestätigt. Gerade Syrien und der Iran lehnen einen kurdischen Staat ab, wenngleich militärische Interventionen für beide Staaten eher unwahrscheinlich sind. Die Vielzahl an überlappenden Interessen im Irak (Türkei, sunnitische arabische Staaten, schiitischer Iran etc.) kann jedoch zu einer weiteren Destabilisierung des Iraks führen und die Türkei zu militärischen Interventionen im Nord-Irak animieren.
- Letztlich sind die Beziehungen zu den USA zu berücksichtigen. Aufgrund der US-amerikanischen Präsenz im Irak und den engen Beziehungen zu den irakischen Kurden sind die politischen und militärischen Möglichkeiten der Türkei stark begrenzt: *“Partly as a consequence of this, Ankara’s rhetoric has been far sharper than its bite“* (Park 2005: 54).

4.4. Israel

4.4.1. Vertragsabschlüsse in den 1990ern

Die türkisch-israelischen Beziehungen waren bis in die 1990er Jahre vor allem durch Zurückhaltung geprägt. Dies lag insbesondere am arabisch-israelischen Konflikt und dem Unwillen der Türkei, sich in einem solch schwierigen Terrain außenpolitisch zu bewegen. Ein Wendepunkt zeichnete sich 1996 ab, als Israel und die Türkei eine Reihe von strategischen Sicherheits-Abkommen abschlossen, welche gemeinsame Truppenübungen und den Austausch von Technik und Militärgütern beinhalteten (vgl. Robins 2003: 258ff). Diese Entwicklung wurde insbesondere vor dem Hintergrund des eingeleiteten Nahost-Friedensprozesses seit Oslo 1993 ermöglicht und erleichtert, welcher eine positive Atmosphäre in der ganzen Region verbreitete.

Die beiden Länder scheinen nur vordergründig als ungleiche Partner aufgrund der Hauptreligionen jüdisch bzw. muslimisch. Beide Länder teilen jedoch erstens die gleichen politischen Werte Säkularität und Demokratie, zweitens eine Orientierung Richtung Westen bzw. Europa sowie eine ähnliche Wahrnehmung regionaler Bedrohungen (vgl. Robins 2003: 251). Zudem sind Israel und die Türkei nicht-arabische Länder und haben eine liberale Marktwirtschaft.

Der wesentliche Impuls für die Aufnahme der türkisch-israelischen Verträge ging vom Militär aus, welches an Israels logistischen Zugängen zur neuesten militärischen Technik der USA interessiert war. Aufgrund der europäischen und amerikanischen Vorwürfe hinsichtlich der Menschenrechtssituation in der Türkei war man zu diesem Zeitpunkt an neuen Versorgungszugängen interessiert. Ein zweiter Aspekt für das Interesse der Türkei an einem solchen Bündnis war die Suche nach einer Positionierung in der neuen Weltordnung. Man erhoffte sich von der pro-israelischen Lobby in den USA (vor allem durch die zunehmend wichtigere Rolle des Kongress in der US-amerikanischen Außenpolitikformulierung) einen Gegentrend zu den Anti-Türkei-Lobbyisten (armenische und griechische Lobbyisten) zu erhalten (vgl. Kramer 1999: 136 und Altunisik 2006: 235). Eine türkisch-israelische Kooperation konnte prinzipiell nur als Verstärkung westlicher Elemente im Nahen Osten begrüßt werden (ebd.). Das Beispiel Israel zeigt somit eindrucksvoll wie innenpolitische Überlegungen, außenpolitische Entwicklungen bestimmen.

Die arabischen Nachbarn und der Iran haben das Abkommen zunächst heftig kritisiert, akzeptierten jedoch in einem pragmatischen Ansatz diese neue Liaison (Larrabee 2003: 144). Die Türkei wollte den größtmöglichen Gewinn aus den Beziehungen zu Israel erzielen, ohne jedoch

Gefahr laufen zu wollen, die arabischen Länder und andere Staaten in der Region zu einer vereinigten Opposition gegen sich aufzubringen (vgl. Hale 2002: 299).

Neben der strategischen Dimension spielen Wirtschaftsinteressen eine immer wichtigere Rolle in den israelisch-türkischen Beziehungen (Kirisçi 2006: 48, 63). 2005 belief sich das Handelsvolumen auf ca. 2 Mrd. US Dollar, mehr als sechsmal so viel wie bei Unterzeichnung des türkisch-israelischen Freihandelsabkommen im Jahr 1996. Besondere Bedeutung hat der Bau einer Pipeline zwischen den beiden Ländern, welche am 14. Dezember 2006 beschlossen wurde. Die Pipeline soll neben Wasser aus dem Manavgat-Fluss auch Öl, Gas und Strom transportieren und den türkischen Hafen Ceyhan mit dem israelischen Hafen Ashkelon verbinden.⁸²

Die Abkommen von 1996 hatten sowohl interne als auch externe Auswirkungen für die Türkei. Intern war die zunehmende Kooperation mit Israel ein Signal an die Erbakan-Regierung, dass das Militär eine Annäherung an islamistische Regierungen nicht tolerieren würde (vgl. Martin 2004: 182). Extern waren vor allem die erwähnte Diversifizierung des türkischen Waffenimports eine wichtige Frage, wie auch die Unterstützung der israelischen Lobby gegenüber den kurdischen, griechischen und armenischen in Washington (ebd.).

4.4.2. Der arabisch-israelische Konflikt

Das türkisch-israelische Verhältnis steht in einem besonderen Verhältnis hinsichtlich des anhaltenden palästinensisch-israelischen Konflikts. Im palästinensisch-israelischen Konflikt versucht sich die Türkei zunehmend als Vermittler. Dieser außenpolitische Ansatz geht weit über die klassische türkischen Außenpolitik hinaus (Kirisçi 2006: 48). Im Gegensatz zur Außenpolitik Turgut Özals, der ebenfalls gerne eine Vermittlerrolle im Nahostkonflikt gespielt hätte (Kirisçi 2006: 62), gibt es auch heute die zunehmende Bereitschaft der arabischen Länder die Türkei als Vermittler zu akzeptieren. Nur in diesem Licht kann man auch erklären, warum der gerade gewählte Führer der radikal-islamischen Hamas Khaled Mashal im Februar 2006 in Ankara seinen Antrittsbesuch bestritt. Sowohl Israel als auch die USA empfanden diesen Besuch als Affront, trotz der wiederholten Äußerungen Erdogans und Güls, dass das Existenzrecht Israels unbestreitbar sei und Gewalt gegen Israel inakzeptabel wäre. Innerhalb der Türkei waren die Reaktionen sehr ambivalent und schwankten zwischen Zustimmung und totaler Ablehnung. Traditionell dominieren in der türkischen Öffentlichkeit eher Sympathien für die palästinensische Seite. Auch hinsichtlich der israelisch-libanesischen Auseinandersetzungen 2006 gab es eine große Abneigung gegen die israelische Politik. Die AKP versuchte sich in einer ausgeglichenen Haltung, wengleich sie im genannten Konflikt nicht davor zurückscheute, das Verhalten Israels zu

⁸² Vgl.: Friedrich-Ebert-Stiftung Türkei, Newsletter 05/2006.

verurteilen. Schon im Januar 2004 nannte der türkische Ministerpräsident Erdogan das Israels Vorgehen im Gaza-Streifen ‚Staatsterrorismus‘ (vgl. Everts 2004: 5). Er füllte damit die Sprachlosigkeit der zu dieser Zeit schwachen arabischen Führer angesichts der Regionalpolitik der USA. Erdogan erhielt dafür viele Sympathien der arabischen Bevölkerung. Als bekannt wurde, dass das israelische Militär und Sicherheitsdienste kurdische *peshmerga* trainierten, verschlechterte sich das Verhältnis ebenfalls (vgl. Park 2005: 43). Israel strebte mit seinem Vorgehen vor allem Vorsichtsmaßnahmen an, die schiitischen Kräfte im Irak einzudämmen, welche vom Regime im Iran Unterstützung erhielten (ebd.)⁸³. Israel hätte nichts gegen einen kurdischen Staat einzuwenden, da es sich um einen potentiellen strategischen Verbündeten in der Region handeln würde. Dies hat natürlich Folgen für die türkisch-israelischen Beziehungen. Die Kurdenfrage hat somit das Potential die beiden Staaten in ihren politischen Beziehungen zu schädigen (vgl. Park 2005: 44).

Friede zwischen den arabischen Staaten und Israel würde ein wesentliches außenpolitisches Ziel der Türkei erfüllen, mit beiden Seiten kooperative Beziehungen führen zu können (vgl. Hale 2002: 336). Die Türkei schaffte es seit den 1990ern das Verhältnis zu beiden Partner auszutarieren und konnte sowohl die Beziehungen zu den arabischen Ländern ausbauen, als auch an der Beziehungen zu Israel festhalten (vgl. Hale 2002: 301). Turgut Özal bot sich schon 1991 als Gastgeber für einen arabisch-israelischen Dialog an, der jedoch nicht realisiert wurde (vgl. Hale 2002: 301). Bezüglich des palästinensisch-israelischen Konflikts setzt die Türkei auf die so genannte ‚road map‘ und spricht sich somit für eine Zwei-Staaten-Lösung aus. Die Türkei will dabei ‚Kommunikationskanäle‘ bereitstellen und eine Lösung durch Dialog herstellen (Gül 2004: 5). Aufgrund des Wahlsiegs der Hamas ist die Situation schwieriger geworden und nicht nur die israelische Regierung zeigt sich über den Antrittsbesuch des Hamas-Führers Khaled Mashal brüskiert.

Eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei könnte die Möglichkeiten der Türkei friedensstiftend im arabisch-israelischen Konflikt aufzutreten erheblich einschränken. Dies begründet sich einerseits durch das ambivalente Verhältnis zwischen Israel und der EU und andererseits durch Israels Wunsch das strategische Dreieck ‚USA-Türkei-Israel‘ aufrechtzuerhalten.⁸⁴

4.4.3. Der 33-Tage-Krieg im Libanon 2006

⁸³ Die Beziehungen zwischen Israel und Kurden haben eine lange Tradition und sind traditionell gut. Es gibt über 50.000 Israelis kurdischer Herkunft und Juden sind in der kurdischen Gesellschaft gut integriert (Park 2005: 44).

⁸⁴ Vgl. hierfür Öztürk, Asiye (2004), Das Entstehen eines Machtdreiecks. Ankara auf dem Weg nach Washington und Tel Aviv, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 33-34/ 2004.

In Folge des 33-Tage-Kriegs⁸⁵ schickte die Türkei trotz massiver Widerstände der Öffentlichkeit Soldaten in den Süd-Libanon. Etwa 700 türkische Soldaten wurden erstmals seit Republikgründung auf arabischen Boden gesandt, um dort den Wiederaufbau des Landes voranzubringen. Die Entsendung der Soldaten macht deutlich, dass sich die arabisch-türkischen Beziehungen wesentlich verbessert haben und diese auch genutzt werden, um den iranischen Einfluss in der Region einzudämmen.⁸⁶ Innerhalb der Türkei gab es hinsichtlich der Entsendung türkischer Truppen vor allem von nationalistischer Seite heftige Einwände. Oppositionsführer Deniz Baykal (CHP) sah im Libanonkrieg eine Art ‚Stellvertreterkrieg‘ und eine Ausweitung des Palästina-Konflikts; die Türkei sollte nicht in die Probleme der Region hineingezogen werden.⁸⁷ Devlet Bahçeli (MHP) bezeichnete Premierminister Erdogan als ‚Sultan des Nahen Ostens‘ und warf ihm Realitätsverlust vor (ebd.). Insgesamt war die innertürkische Debatte um eine Truppenentsendung ein gutes Beispiel für die Vermischung von Innen- und Außenpolitik, die nicht nur die unterschiedliche Wahrnehmung des Nahen Ostens widerspiegelt, sondern auch als Vorspiel für die Wahlen 2007 gesehen werden können. Die AKP-Regierung nahm dabei ein hohes innenpolitisches Risiko auf, um ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Trotz intensiver Bemühungen konnte die türkische Regierung den 33-Tage-Krieg im Libanon nicht verhindern, was den begrenzten Einfluss auf die Kontrahenten zum Ausdruck bringt.⁸⁸ Die Möglichkeit radikale Gruppierungen wie die libanesische Hisbollah oder palästinensische Hamas zu ‚demokratisieren‘ und das Existenzrecht Israels anzuerkennen scheint für die türkische Außenpolitik ein zu hochgestecktes Ziel zu sein.

Die Beziehungen zu Israel zeigen sehr gut den Wandel der türkischen Außenpolitik. Folgte der ursprüngliche Ansatz vor allem sicherheitsstrategischen Überlegungen, verschob sich dieser Ansatz immer mehr in Richtung von wirtschaftlicher Kooperation und regionaler Interdependenz. Die israelisch-türkischen Beziehungen sind auch ein guter Indikator für die Dauerhaftigkeit des Wandels. Die AKP zeigt sich äußerst kritisch gegenüber israelischen Interventionen im Gaza-Streifen oder im Libanon, welche Erdogan als ‚Staatsterrorismus‘ bezeichnete. Auch wenn die politischen Beziehungen zwischen Israel und der Türkei weniger eng sind als in den 1990er Jahren, kann man davon ausgehen, dass die Partnerschaft aufgrund der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen bestehen bleibt. Die entscheidende intervenierende Variable bleibt dabei die Entwicklung im Nord-Irak bzw. die Antwort der

⁸⁵ Zwischen dem 12. Juli bis 14. August 2006 kam es zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen den israelischen Streitkräften und der libanesischen Hisbollah. Der Waffenstillstand wurde mit Unterzeichnung der UN-Resolution 1701 eingeleitet.

⁸⁶ Vgl. auch: Hermann, Rainer (Kapitel 1, Fußnote 7).

⁸⁷ Vgl.: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politischer Bericht Türkei, 07/ 2006.

⁸⁸ Vgl. Hüseyin Bağcı: Erdogan and Davutoğlu's failed Mideast policy, in: The New Anatolian (17. Juli 2006).

türkischen und israelischen Regierungspolitik auf die Zukunft der innerirakischen Macht- und Ressourcenverteilung.

5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

*„Wenn die Winde des Wandels wehen, bauen die einen Schutzmauern,
die anderen bauen Windmühlen.“*

- Chinesisches Sprichwort

5.1. Ergebnisse

Am Anfang dieser Arbeit wurde die Frage gestellt, warum sich die türkische Nahostpolitik wandelt? Die Analyse hat deutlich gemacht, dass sich die türkische Nahostpolitik als Teil der Außenpolitik als Ganzes wandelt. Dieser Kurswechsel drückt sich durch eine Re-Konzeptualisierung des traditionell engen Sicherheitsbegriffs zugunsten eines erweiterten

Sicherheitsverständnisses aus. Das Ende des Ost-West-Konflikts nach 1989 hat die Türkei sowohl befähigt als auch von ihr gefordert, sich regional stärker zu engagieren. Dies brachte zunächst ein Lavieren mit sich, dass die politischen Entscheidungsträger zwischen Selbstbewusstsein und Angst über die Rolle und Macht der Türkei schwanken ließ (vgl. Kut 2001: 11). Der Grund für dieses Verhalten liegt auf der Hand: Als *status-quo* Macht an der ‚südlichen Flanke‘ des Ost-West-Konflikts hat die Türkei weder einen Wandel gewollt noch gesucht (vgl. Robins 2003: 12).

Der Nahe Osten stellt Anfang des 21. Jahrhunderts eine der sensibelsten Sicherheitsherausforderungen weltweit dar. Gemessen an den Herausforderungen, welche sich angesichts einer solchen Nachbarschaft stellen, hat die Türkei ihre eigenen Interessen erstaunlich gut formulieren und umsetzen können. Trotz der positiven Entwicklungen hängt die innenpolitisch ungelöste Kurdenfrage wie ein Damoklesschwert über der Zukunft des Landes. Das Engagement der Türkei in der Region sowie die Einbindung in dieser wird zudem davon abhängen, ob man eine (enge) Strategie der nationalen Sicherheit und Verteidigung favorisiert oder ein (weites) Verständnis von Sicherheit, welches sich durch die Förderung von Interdependenz und wirtschaftlicher Kooperation auszeichnet (vgl. Kirişci 2001: 94).

Die Ergebnisse der vorliegenden Analyse sollen anhand der beiden eingangs formulierten Hypothesen verifiziert werden.

Die übergeordnete **erste Hypothese** formulierte die Annahme, dass die türkische Nahostpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eine Neustrukturierung erfahren hat, da das nach innen gerichtete Sicherheitsverständnis aufgrund veränderter internationaler und innenpolitischer Veränderungen zu einer Krise geführt hat und deshalb eine Re-Konzeptualisierung der türkischen Außenpolitik notwendig wurde.

Die türkische Außenpolitik nach dem Ende des Kalten Kriegs zeichnet sich auf den ersten Blick vor allem durch Kontinuität aus: Westorientierung, Wahrung der nationalen Einheit, Eindämmung der regionalen Konflikte, Verfolgung regionaler Wirtschaftsinteressen, keine expansionistischen Machtansprüche usw. Bei genauerer Analyse zeigt sich jedoch ein Wandel, der nur durch eine grundlegende Re-Konzeptualisierung der Außenpolitik verstanden werden kann. Die in dieser Arbeit theoretisch abgeleiteten Erklärungsfaktoren konnten einen Beitrag leisten, diese Re-Konzeptualisierung herauszuarbeiten. ‚Außenpolitischer Wandel‘ bedeutet demnach nicht lediglich die Anpassung an regionale und internationale Zwänge (vgl. bsp. Çaman 2006: 436), sondern eine Neustrukturierung, die sich nur durch einen weiter gefassten Ansatz verstehen lässt.

Die innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen der Türkei haben sich erheblich verändert: Der politische Islam ist mit dem Regierungswechsel 2002 endgültig in das politische System aufgenommen worden, der EU-Beitritt verbindet eine Zielvorstellung mit dem Prinzip der Konditionalität und die bilateralen Beziehungen in der Region sind nicht mehr ausschließlich von Sicherheitsüberlegungen dominiert, wie es bis in die 1990er Jahre der Fall war. Die Frage, die sich deshalb stellt lautet: Wird der festgestellte Wandel von Dauer sein? Eine Antwort kann der in dieser Arbeit entwickelte theoretische Ansatz geben. Es wurde argumentiert, wenn ein Wandel durch externen Druck eingeleitet wird, sind diese Veränderungen von Dauer (vgl. Haftendorn 2006). Interne Liberalisierungsversuche hat es in der Türkei immer gegeben, wie besonders die Regierungszeit unter Turgut Özal verdeutlicht. Diese waren jedoch nie von Nachhaltigkeit geprägt. Externer Druck z.B. in Form der Konditionalität im Rahmen des EU-Beitritts der Türkei, könnte deshalb tatsächlich beständigere Auswirkungen haben. Dies würde die Argumentation Helga Haftendorns stützen (siehe 2.1.).

Es greift im Fall der Türkei zu kurz, den Wandel der Außenpolitik daran festzumachen, ob man die Westorientierung zugunsten einer pantürkischen oder panislamischen Orientierung aufgeben könnte. Die Analyse hat herausgearbeitet, dass das übergeordnete Staatsverständnis zusehends erodiert und neue Akteure am politischen Prozess beteiligt sind. Dies hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Außenpolitik der Türkei. Das kontinuierliche Element der Westorientierung, insbesondere mit dem Ziel EU-Mitglied zu werden, hat zu einer Neuorientierung in der Nachbarschaft geführt, um die engen Bindungen zum Westen Aufrecht zu erhalten (vgl. Rubin 2001: 3). Was vor allem nationalistische Kreise als Alternative zur EU-Perspektive anbieten ist also kein Ersatz, sondern im Gegenteil die Folge der türkischen Westorientierung. Auch die ‚konservative‘ AKP-Regierung sieht die Türkei als europäisches Land und nicht als Teil des Nahen Ostens. Damit hat sie einen Bruch mit dem klassischen Ansatz ihrer islamistischen Vorgängerparteien vollzogen. Im Zuge des ‚28. Februar‘-Prozesses hat sich die AKP bei ihrer Neugründung den demokratischen Verfahrensregeln und Werten der liberalen Demokratie verschrieben. Als ein europäisches Land mit muslimischer Bevölkerung tritt sie auch gegenüber den Staaten des Nahen Ostens auf. Die kemalistische Staatselite bezweifelt jedoch die Dauerhaftigkeit dieses Wandels der AKP.

Auch wenn die Rhetorik der türkischen Regierungen seit Helsinki 1999 die Türkei als ‚soft power‘-orientierten Nationalstaat erscheinen lässt, bleibt dennoch fraglich, ob man deshalb von einer ‚Europäisierung‘ der türkischen Außenpolitik sprechen kann. Dies liegt jedoch vor allem an der Schwierigkeit ‚Europäisierung der Außenpolitik‘ angesichts einer fehlenden ‚Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik‘ der Europäischen Union zu konzeptualisieren. Der Irak-Krieg

2003 und die Teilung der EU in ein altes und neues Europa haben die widersprüchlichen Gestaltungswünsche innerhalb der EU sowie nationalstaatliche Reservationen sehr deutlich vor Augen geführt. Europa spricht eben nicht mit einer Stimme, was die Vermittlerrolle der Türkei und erst recht ihre Brückenfunktion grundsätzlich in Frage stellt. Was sollte sie vermitteln außer Kakophonie?

Der Kurdenkonflikt spiegelt die problematische Rolle der EU wider, da sie keine Einigung über eine einheitliche Haltung formuliert und so widersprüchliche Signale an die Türkei sendet. Bevor die EU nicht ihre institutionellen Rahmenbedingungen für eine europäische Außenpolitik klärt, wird es die Türkei schwer haben als ‚freundliche Regionalmacht‘ aufzutreten.

Eine demokratischere Türkei hat in jedem Fall bessere Chancen in der Region des Nahen Ostens als glaubwürdiger Nachbar auf diese Einfluss nehmen zu können, als eine Türkei, in der kollektive Minderheiten ignoriert oder benachteiligt werden bzw. das Militär die Demokratie vor Islamisten durch Interventionen ‚schützen‘ muss und Laizismus einem liberalen Demokratieverständnis übergeordnet wird. Innenpolitischer, demokratischer Pluralismus und kooperatives Engagement in der Region und auf internationaler Ebene sind miteinander verknüpft und bedingen sich gegenseitig.

Die **zweite Arbeitshypothese** ging davon aus, dass die faktische Fähigkeit für die Türkei als Regionalmacht zu agieren, durch die Überlappung von Interessenkonflikten begrenzt ist.

Es wurde gezeigt, dass die Türkei weder eine Brücke noch ein Frontstaat gegenüber dem Nahen Osten ist, sondern vielmehr ein eigenständiger Akteur, der seine Interessen präzise formuliert (vgl. Larrabee 2003: 157). Die Türkei ist somit nach dem Ende des Kalten Kriegs nicht nur ein bedeutenderer, sondern auch ein schwierigerer Verbündeter für den Westen geworden. Aufgrund der Komplexität der Interessenkonflikte in der Region des Nahen Ostens sind dem Potential und Willen der Türkei als stabilisierende Regionalmacht aufzutreten jedoch Grenzen gesetzt. Daran wird sich auch in absehbarer Zeit nichts ändern (vgl. Martin 2004: 189). Eine Politik der Risikobegrenzung macht es notwendig die Ansprüche als regionale Führungsmacht nicht mit einer Politik der regionalen Stabilität kollidieren zu lassen.

Die mögliche Vermittlerrolle der Türkei ist dabei ein wichtiges ‚außenpolitisches Kapital‘, um den Anspruch eines regionalen Machtakteurs zu untermauern und dieses Gewicht auch in die EU-Verhandlungen einzubringen (vgl. Hibbeler 2006: 25). Es muss jedoch auch festgestellt werden, dass dieses Kapital erst entsteht und historische Stereotype sowie der nach innen gerichtete Blick der türkischen Staatselite nur langsam aufgegeben werden. Westliche Politiker, die sich eine

Einflussnahme auf den Nahen Osten durch die Türkei versprechen, müssen diese Rahmenbedingungen berücksichtigen (vgl. Everts 2004: 4).

Möglichkeiten der strategischen Einbindung der Türkei als Förderer des Dialogs zwischen den Kulturen gibt es viele, wie die Beispiele des ‚*Democracy Assistance Dialogue*‘ der G8, die mit Spanien initiierte ‚Allianz der Zivilisation‘ oder die mit der Bundesrepublik Deutschland aufgelegte ‚Ernst-Reuter-Initiative‘ zeigen. Die Türkei könnte auch eine wichtigere Rolle in der Euro-Mediterranen-Partnerschaft (‚Barcelona‘-Prozess) spielen. Bisher hat die Türkei hierbei eine aktive Rolle vermieden, da man befürchtete, dass ein Engagement innerhalb dieses Bündnisses fälschlicherweise als Akzeptanz interpretiert werden könnte, nicht Vollmitglied der EU zu werden (vgl. Önis 2003: 5).

Die Aussicht eines türkischen EU-Beitritts ist nicht nur für die innenpolitischen Demokratisierungsprozesse wichtig, sondern auch für die zukünftige Gestaltung der türkischen Außenpolitik. Als EU-Mitglied könnte die Türkei verstärkt dazu beitragen, die Stereotype zwischen der Türkei und ihren nahöstlichen Nachbarn erodieren zu lassen. Eine solche Entwicklung hängt jedoch nicht zuletzt von der Stabilität des Iraks und der Frage eines autonomen Kurdenstaats im Nord-Irak und der Rolle der dort lebenden Turkmenen ab.

Die Länder des Nahen Ostens sehen die Aufnahme der Türkei in die EU als Testfall an. Dabei wird darauf geachtet, ob die EU wirklich eine Wertegemeinschaft ist oder ob sie die ‚muslimische‘ Türkei aufgrund kultureller Gründe ablehnt. Eine Abkehr von der Perspektive einer EU-Mitgliedschaft könnte auch problematische regionale Auswirkungen haben. Nicht zuletzt die Frustration der Türkei über die europäische Zurückhaltung hinsichtlich eines EU-Beitritts in den 1990er hat dazu geführt, dass die Türkei eine aggressivere Außenpolitik formulierte, die nicht vor grenzüberschreitenden Militäreinsätzen im Nord-Irak zurückschreckte bzw. im Falle Syriens auch einen Krieg in Kauf nahm (vgl. Rubin 2001: 3). Die Türkei würde bei einer Ablehnung als EU-Mitglied wahrscheinlich nicht ihre Westorientierung verlieren, jedoch anstelle einer ‚europäisierten‘ Außenpolitik eher eine sicherheitsdominierte Strategie an der Seite der USA wählen.

Ein stärkeres Engagement im Nahen Osten würde das Ansehen und die Position der türkischen Republik in der Region stärken. Ein Rückgriff auf osmanische Traditionen des Vielvölkerstaats kann dabei zu einer Überwindung der kemalistischen Fixierung auf die nationale Sicherheit bieten, welche zur Konsolidierung des türkischen Nationalstaats hilfreich war, im Lichte eines EU-Beitritts jedoch einen erheblichen Hemmschuh für eine EU-Integration darstellt. Soweit die Untertanen des osmanischen Reichs nicht der islamischen ‚*umma*‘ (Gemeinschaft) angehörten,

erhielten sie den Status eines ‚*millet*‘ (Religionsgemeinschaft). Sie wurden nicht assimiliert, sondern erhielten weitgehende Rechte im Bereich der Sprache, Religion und anderen Bereichen. Inwieweit dies jedoch aufgrund der nationalistischen Tendenzen in der Türkei eine umzusetzende Option ist, kann angezweifelt werden.

Das *rapprochement* der Türkei mit Syrien muss den Vergleich zum Neuanfang der französisch-deutschen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht scheuen. Auch hier konnte das anfängliche Wirtschaftsprojekt zu einer bilateralen Entspannung führen, die den ‚Motor‘ des neu entstehenden Projekts einer ‚Europäischen Gemeinschaft‘ bildete. Die Zusammenarbeit der Türkei mit Syrien kann ebenso die regionale Ordnung nachhaltig beeinflussen. Insbesondere die verbesserten Beziehungen zwischen der Türkei und den Kurden im Irak könnten zudem eine nachhaltige Stabilisierung der Region garantieren. Die Türkei ist dabei als ‚Tor zur Welt‘ für die irakischen Kurden vielversprechender als Syrien, welches unter den internen Konsolidierungsproblemen keinen verlässlichen Partner für diese darstellt.

Es gibt gerade im Bereich der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft eine Vielzahl von bilateralen und regionalen Kooperationsmöglichkeiten. Schon für Turgut Özal galt der Primat der Wirtschaftspolitik. Sprach Özal von ‚Wandel‘ und ‚Transformation‘ dachte er in erster Linie an den ‚wirtschaftlichen Wandel‘ der Türkei (vgl. Gürbey 2005: 93f). In dieser Lesart kann man den in dieser Arbeit beschriebenen außenpolitischen Wandel der Türkei als Anknüpfung an das ‚Özal’sche Erbe‘ verstehen. Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass Turgut Özals Visionen durch die ungelösten innenpolitischen Konflikte sowie den regionalen Limitationen sehr an seiner Person festzumachen waren. Dies belegt insbesondere die zunehmende ‚*securitization*‘ der türkischen Außenpolitik nach seinem Tod am 17. April 1993.

Angesichts der Konflikte hinsichtlich der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2007 stellt sich die Frage, wie die zukünftige Außenpolitik der Türkei aussehen könnte. Hier lässt sich feststellen, dass das Parteinispektrum nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch keine Wahlalternative zur AKP bieten kann. Wenn der Vorsitzende der größten Oppositionspartei Deniz Baykal (CHP) im Vorfeld der Wahlen der AKP eine ‚Arabisierung‘ der Türkei vorwirft, kann man annehmen, dass eine nach innen gerichtete und der nationalen Integrität verpflichtete Außenpolitik, wie sie in den 1990er Jahren dominierte, der kooperativen Außenpolitik der letzten Jahre weichen müsste.⁸⁹

⁸⁹ „Opposition wirft Erdogan ‚Arabisierung‘ des Landes vor“, in: Der Standard (2. März 2007).

Nicht zuletzt die Rolle externer Akteure in der Region bestätigt die Hypothese, dass dem türkischen Anspruch auf die Gestaltung der Region Grenzen gesetzt sind. Wichtige regionale Akteure wie Ägypten, Saudi-Arabien, die Golfstaaten aber auch der Iran haben nur ein sehr begrenztes Interesse an der Transformation der arabischen Staaten zu liberalen Marktwirtschaften und Demokratien.

Das Atomprogramm des Iran ist zudem eine ernsthafte Sicherheitsbedrohung für die Türkei. Sollte der Iran tatsächlich Atomwaffen entwickeln können, werden auch in der Türkei die Stimmen für eine atomare Aufrüstung deutlicher zu vernehmen sein. Die Argumentation würde darauf hinauslaufen, dass das regionale Kräftegleichgewicht gewahrt werden müsse. Eine Verschärfung des iranischen Problems für die Türkei würde auch von einem Militärschlag seitens der USA auf den Iran ausgehen. Ein solches Vorgehen wäre auf gar keinen Fall im Interesse der Türkei sowohl militärisch als auch politisch. Entgegen den 1990er Jahren entwickelten sich zwischen der Türkei und dem Iran zunehmend positive Beziehungen, welches beispielsweise durch eine Visa-freie Politik für iranische Staatsbürger ausgedrückt wird. Mohammed Khatami war dabei ein weitaus einfacherer Partner als der amtierende Regierungschef Mahmoud Ahmedinejad und seine aggressive Haltung gegenüber westlichen Regierungen und Israel. Ein möglicher Militärschlag seitens der USA würde Ahmedinjads Regime nur noch stärken, so die Befürchtung in Ankara (Kirisçi 2006: 81). Es kann vermutet werden, dass die Türkei im Falle einer Einbindung in die EU weniger reizbar für eine iranische Bedrohung wäre als ohne eine Einbindung. Sollte sich die Türkei isoliert fühlen und in ein Bedrohungsszenario zurückfallen, dass das Sèvres-Syndrom widerspiegelt, würden die Demokratisierungserfolge der letzten Jahre erheblich in Frage gestellt (vgl. Kirisçi 2006: 73).

Regionale Stabilität im Nahen Osten wird nach dem Misserfolg der USA im Irak wieder wichtiger als Demokratisierung.⁹⁰ Dies hat auch Auswirkungen auf die türkische Innenpolitik. Die größte Herausforderung für die Türkei ist es deshalb, die Balance zwischen dem Fortgang des angestoßenen Demokratisierungsprozesses und der nationalen Sicherheit zu finden.

5.2. Konsequenzen für die Forschung außenpolitischen Wandels

Die vorliegende Analyse hat den Anspruch formuliert, sich anhand einer theoriegeleiteten Vorgehensweise dem Phänomen des außenpolitischen Wandels von Staaten zu nähern. Anhand der relevanten Literatur wurde im zweiten Kapitel ein Modell entwickelt, welches anhand des Krisenbegriffs mögliche erklärende Variablen herausstellte.

Die drei vorgeschlagenen Analyseebenen a) internationaler Kontext und außenpolitische Implikationen, b) innenpolitische Neuordnung bzw. Neuausrichtung, c) Veränderung des *policy-*

⁹⁰ Thumann, Michael: ‚Wir oder das Chaos!‘, <http://www.zeit.de/2007/12/Despoten> (15.März 2007).

making process haben dazu beitragen können, den Wandel der türkischen Nahostpolitik zu verifizieren. Die ausgewählten Fallbeispiele konnten diesen exemplarisch belegen und erhärten. Es wurde herausgestellt, dass sich ‚außenpolitischer Wandel‘ durch einen multikausalen Ansatz verstehen lässt, der die systemische Ebene mit der sub-systemischen verbindet. Ein ‚*third image*‘-Ansatz, welcher Staaten als ‚*black box*‘ behandelt, hilft demnach nicht weiter. Das Verhältnis der Türkei mit Syrien unterstreicht dieses Argument beispielhaft. Nur durch eine Verschiebung innenpolitischer Präferenzen und der Erosion überkommener staatlicher Identitätskonzepte kann das türkisch-syrisch *rapprochement* erklärt werden.

Zudem ist die Erwartungshaltung der handelnden Akteure zu berücksichtigen. Der Status quo der politischen Beziehungen wird nur verändert, wenn entweder Gewinne erwartet oder Verluste abgewährt bzw. eingedämmt werden sollen.

Hinsichtlich der möglichen Generalisierbarkeit der Untersuchung des Wandels der Außenpolitik von Staaten können für weitere Arbeiten folgende Ergebnisse dieser Analyse festgehalten werden.

- Anreize auf internationaler Ebene, wie im vorliegenden Fall die EU-Beitrittsperspektive, können einen dauerhaften außenpolitischen Kurswechsel induzieren.
- Die außenpolitische Identität eines Staates (Staatsverständnis) entscheidet über dessen Präferenzen und somit über einen möglichen Wandel der Außenpolitik. Diese ist nicht determiniert, sondern unterliegt innen- und außenpolitischen Einflussfaktoren.
- Nicht nur der Wille zum außenpolitischen Kurswechsel, sondern auch die Einleitung faktischer Maßnahmen muss vorhanden sein. Diese können aber nur wirken, wenn auch die Glaubwürdigkeit dieses Politikwechsels nicht in Frage gestellt wird. Ein Regierungswechsel kann hierfür eine ‚Katalysatorwirkung‘ haben, wenn er ein ‚*window of opportunity*‘ öffnet. Parallel müssen auch wirtschaftliche Determinanten einen Wandel begünstigen.
- Ein außenpolitischer Wandel ist umso wahrscheinlicher, je höher die Integration neuer Akteure in der Arena der Außenpolitikformulierung ist.
- Die öffentliche Meinung ist zu vernachlässigen. Eine Kompatibilität der Regierungsentscheidung für einen Wechsel ist zwar eine hilfreiche, nicht jedoch eine notwendige Variable.

Am Anfang dieser Arbeit wurden zwei außenpolitische Strategien gegenübergestellt, um den Wandel der türkischen Außenpolitik im Nahen Osten zu verdeutlichen. Die Re-

Konzeptualisierung des traditionell engen zugunsten eines neuen erweiterten Sicherheitsbegriffs ist jedoch nicht abgeschlossen, sondern unterliegt weiterhin verschiedenen innen- wie außenpolitischen Determinanten. Die Bemühungen der türkischen Regierung im Nahen Osten als Förderer des Dialogs aufzutreten, sind dabei die Folge des Wunsches näher an den Westen heranzutreten. Je kontinuierlicher in diesem Prozess die innerstaatliche Demokratisierung - auch mit der Unterstützung externer Akteure wie der EU - vorangetrieben wird, umso größer sind die Möglichkeiten der Türkei, in der Konfliktregion des Nahen Ostens als regionale Führungsmacht für politische und wirtschaftliche Stabilität eintreten zu können.

6. Literatur:

Altunisik, Meliha Benli/ Tür, Özlem (2005), Turkey: Challenges of Continuity and Change, London.

Altunisik, Meliha Benli (2005a), The Turkish Model and Democratization in the Middle East, in: Arab Studies Quarterly, Winter-Spring 2005.

Altunisik, Meliha Benli/ Tür, Özlem (2006), From Distant Neighbours to Partners? Changing Syrian-Turkish Relations, Security Dialogue, June 2006.

Ayata, Sencer (2004), Changes in Domestic Politics and Foreign Policy Orientation of the AK Party, in: Martin, G. Lenore et al. (2004), The Future of Turkish Foreign Policy, Cambridge.

Aydin, Mustafa (1999), Determinants of Turkish Foreign Policy: Historical Framework and Traditional Inputs, Middle Eastern Studies, Vol.35, No.4, 152-178.

Aydin, Mustafa (2003), Twenty Years Before, Twenty Years After: Turkish Foreign Policy at the Threshold of the 21st Century, in: Ismael, Tareq Y. u.a. (2003), Turkey's Foreign Policy in the 21st Century. A Changing Role in World Politics, Cornwall.

Barkey, Henri J. (1996), Reluctant Neighbour. Turkey's Role in the Middle East, Washington.

Barkey, Henri J. (2005), Turkey and Iraq. The Perils and (and Prospects) of Proximity, United States Institute for Peace, Special Report 141, July 2005, Washington.

Barkey, Henry J./ Taspinar, Ömer (2006), Turkey: On Europe's Verge?, Brookings Institution, <http://www.brookings.edu/Views/Articles/Fellows/Taspinar20060207.pdf> (13. Februar 2007).

Birand, Mehmet Ali (1996), in: Barkey, Henri J. (1996), Reluctant Neighbour. Turkey's Role in the Middle East, Washington.

- Biyikli, Derya (2004), Die außenpolitische Stellung der Türkei im Nahen und Mittleren Osten, besonders nach dem Kalten Krieg bis Ende 1999, Kontinuität oder Wandel? Hamburg.
- Bozarlsan, Hamit (2003), La Turquie: puissance régionale et forteresse assiégée ? in: Politique étrangère, 1/2003.
- Bozdaglioglu, Yücel (2003), Turkish Foreign Policy and Turkish Identity. A constructivist approach, Routledge, New York.
- Buzan, Barry/ Jones, Barry R.J. (1981), Change and the Study of International Relations: The Evaded Dimension, London.
- Çaman, Efe (2004), Türkische Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Außenpolitische Kontinuität und Neuorientierungen zwischen der EU-Integration und neuer Regionalpolitik, Augsburg 2004.
- Çaman, Efe (2006), Türkei quo vadis? Determinanten türkischer Außenpolitik in Europa und Asien, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 53.Jahrgang, 4/2006, München.
- Çandar, Cengiz (2004), Turkish Foreign Policy and the War on Iraq, in: Martin, G. Lenore u.a.(2004), The Future of Turkish Foreign Policy, Cambridge.
- Carlsneas (2002), Foreign Policy Change, in: Carlsneas, Walter/ Risse, Thomas/ Simmons, Beth A. (2002), Handbook of International Relations.
- Çetinsaya, Gökhan (2006), The New Iraq, the Middle East and Turkey: A Turkish View, SETA Foundation for Political, Economic and Social Research, April 2006, Ankara.
- Davutoglu, Ahmet (2002), Stratejik Derinlik: Türkiye'nin Uluslararası Konumu, Istanbul.
- Diez, Thomas (2005), Turkey, the European Union and Security Complexes Revisited, in: Mediterranean Politics, Vol.10, No. 2, July 2005, 167-180.
- Duffner, Ulrike (2004), Politischer Jahresbericht der Heinrich-Böll-Stiftung, Istanbul.

- Elekdag, Sükrü (1996), Two and a Half War Strategy, in: Perceptions, Vol.1, March 2006, Ankara.
- Emerson, Michael/ Tocci, Nathalie (2004), Turkey as a Bridgehead or Spearhead: Integrating EU and Turkish Foreign Policy, CEPS EU-Turkey Working Papers, No.1, August 2004, Brüssel.
- Everts, Steven (2004), An Asset but not a Model: Turkey, the EU and the wider Middle East, Centre for European Reform, October 2004, London.
- Finnemore, Martha (1996), National Interests in International Society. Ithaca.
- Fuller, Graham E. (2004), Turkey's Strategic Model: Myths and Realities, in: The Washington Quarterly, Vol.27, No.3, summer 2004, 51-64.
- Gilpin, Robert (1981), War and Change in World Politics. New York.
- Grigoriadis, Ioannis N. (2006), Upsurge amidst Political Uncertainty. Nationalism in post-2004 Turkey. German Institute for International and Security Affairs, SWP Research Paper, October 2006, Berlin.
- Gustavsson, Jakob. (1999), How Should We Study Foreign Policy Change? Cooperation and Conflict 34: 1, 73-95.
- Gül, Abdullah (2004), Turkey's role in a changing Middle East environment, Mediterranean Quarterly, Vol.15, No.1, winter 2004.
- Günes-Ayata, Ayse and Ayata, Sencer (2001), Ethnicity and Security Problems, in: Martin, Lenore G. (ed.): The Future of Turkish Foreign Policy, in Middle East Security, New York, 127-150.
- Gürbey, Gülistan (1999), Die ‚Europäisierung‘ des Kurdenkonflikts. Eine Chance für den Frieden? In: Internationale Politik, Februar/ März 1999.
- Gürbey, Gülistan (2005), Außenpolitik in defekten Demokratien. Entscheidungsprozesse in der Türkei 1983-1993, Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung Band 46.

- Haftendorn, Helga (2006), Kurswechsel. Ein Paradigma außenpolitischer Reform, in: Politische Vierteljahresschrift 4/ 2006, 671-685.
- Hale, William (2002), Turkish Foreign Policy 1774-2000, 2. Auflage, London
- Hale, William (2005), Turkey, the United States and Iraq, London.
- Harnisch, Sebastian (2000), Deutsche Außenpolitik nach der Wende: Zivilmacht am Ende? Beitrag für den 21. DVPW-Kongress in Halle, 1.-5. Oktober 2000.
- Harnisch, Sebastian (2003), Theoriegeleitete Außenpolitikforschung in einer Ära des Wandels, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hg.) (2003), Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven der Internationalen Beziehungen in Deutschland, Baden-Baden, 313-360.
- Haustein, Lydia u.a. (2006), Modell Türkei? Ein Land zwischen Religion, Militär und Demokratie, Göttingen.
- Herborth, Benjamin u.a. (2005), Außenpolitik als Prozess. Zur Verkettung von Kontinuität und Wandel in der deutschen Außenpolitik, Beitrag für die Offene Tagung der Sektion Internationale Politik der DVPW Mannheim, 6.-7. Oktober 2005.
- Hellmann, Gunther (2006), Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung.
- Hermann, Charles F. (1990), When Governments Choose to Redirect Foreign Policy, in: International Studies Quarterly, No. 43 (1), 3-22.
- Hibbeler, Stefan (2006), Regionalmacht Türkei? Bestandsaufnahme der außenpolitischen Beziehungen der Türkei zu den Staaten des Mittleren/ Nahen Ostens und des Maghrebs zu Beginn des Jahres 2006, Istanbul, Februar 2006.
- Holsti, K.J. (1998), The Problem of Change in International Relations Theory, Institute of International Relations, Working Paper No.26, University of British Columbia.

- Inat, Kemal (2005), Die Türkei vor Europa (II). Türkische Außenpolitik zwischen Europa und Amerika, Blätter für deutsche und internationale Blätter, 10/2005, Seite 1237-1241.
- Ismael, Tareq Y. u.a. (2003), Turkey's Foreign Policy in the 21st Century. A Changing Role in World Politics, Cornwall.
- International Crisis Group (2006), Iraq and the Kurds: The Brewing Battle over Kirkuk.
- Jacobs, Lawrence R./ Page, Benjamin I. (2005), Who Influences U.S. Foreign Policy? In: American Political Science Review, Vol.99, No.1, Februar 2005.
- Jung, Dietrich/ Piccoli, Wolfgang (2001), At the Crossroads. Ottoman Legacies And a Greater Middle East, London 2001, p. 111-174.
- Jung, Dietrich (2005), Turkey and the Arab World: Historical Narratives and New Political Realities, in: Mediterranean Politics, 2005, Vol.10, No.1, 1-17.
- Karaosmanoglu, Ali (2004), The Europeanization of Turkey's security policy:/prospects and pitfalls, Ankara.
- Kiniklioglu, Suat (2006), "The Anatomy of Turkish-Russian Relations", German Marshall Fund of the United States, Ankara 2006.
- Knudsen, Erik L. (2003), Syria, Turkey and the Changing Power Configuration in the Middle East: An Analysis of Political, Economic and Regional Differences, in: Ismael, Tareq Y. u.a. (2003), Turkey's Foreign Policy in the 21st Century. A Changing Role in World Politics, Cornwall.
- Koslowski/ Rey, Kratochwil/ Friedrich V. (1996), Understanding Change in International Politics: The Soviet Empire's Demise and the International System, in: Risse-Kappen, Thomas u.a. (1996), International Relations Theory and the End of the Cold War, New York.
- Kramer, Heinz (1999), A Changing Turkey. The Challenge to Europe and the United States, Brookings Institution, Washington.

- Kramer, Heinz (2004), Demokratieverständnis und Demokratisierungsprozesse in der Türkei, in: Südosteuropa Mitteilungen, Nr.1 2004, Jahrgang 44.
- Kramer, Heinz (2004a), Die Türkei im Prozess ‚Europäisierung‘, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 33/34.
- Kramer; Heinz (2006), Unruhen im türkischen Kurdengebiet: Herausforderungen für die Türkei und die EU, SWP-aktuell, 20/2006, Berlin.
- Kreiser, Klaus/ Neumann, Christoph K.(2005), Kleine Geschichte der Türkei, Bonn.
- Krippendorf, Ekkehart (1963), Ist Außenpolitik Außenpolitik?, PVS 4/ 1963, 243-266
- Krippendorf, Ekkehart (2000), Kritik der Außenpolitik, Frankfurt am Main.
- Kirisçi, Kemal (1997), Post-Cold War Turkish Security and the Middle East, MERIA, Vol.1, No.2, July 1997, p. 1-12.
- Kirisçi, Kemal (2001), The Future of Turkish Policy Toward the Middle East, in: Rubin, Barry/ Kirisçi, Kemal (Hrsg.) (2001), Turkey in World Politics. An Emerging Regional Power, Boulder and London.
- Kirisçi, Kemal (2004), The Kurdish Question and Turkish Foreign Policy, in: Martin, G. Lenore et al. (2004): The Future of Turkish Foreign Policy, Cambridge.
- Kirisçi, Kemal (2004a), Between Europe and the Middle East: The Transformation of Turkish Policy, in: MERIA Journal (Middle East Review of International Affairs), March 2004.
- Kirisçi, Kemal (2006), Turkey´s Foreign Policy in Turbulent Times, EU-ISS-Chailot Paper, Paris September 2006.
- Kut, Sule (2001), The Counters of Turkish Foreign Policy in the 1990s, in: Rubin, Barry/ Kirisçi, Kemal (eds.) (2001), Turkey in World Politics. An Emerging Regional Power, Boulder and London.

- Larrabee (2003), Turkey's Foreign Policy in an Age of Uncertainty, RAND.
- Leggewie, Claus (2004), Die Türkei und Europa. Die Positionen, Frankfurt/Main 2004.
- Legro, Jeffrey W./ Moravcsik, Andrew (1999), Is Anybody Still a Realist?, in: International Security 24:2, 5-55.
- Lesser, Ian O. (2001), Turkish Society and Foreign Policy in Troubled Times. Report of a Geneva Center for Security Policy/ RAND Workshop, April 2001.
- Lesser, Ian O. (2006), Turkey and the United States: From Geopolitics to Concentrated Strategy, Woodrow Wilson International Center for Scholars, Washington, DC 2006.
- Makovsky, Alan (1999), The New Activism in Turkish Foreign Policy, in: SAIS Review January 1999, 92-113.
- Martin, G. Lenore u.a. (2004), The Future of Turkish Foreign Policy, Cambridge.
- Medick-Krakau, Monika (1999), Außenpolitischer Wandel: Diskussionsstand – Erklärungsansätze – Zwischenergebnisse, in: Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland herausgegeben von Medick-Krakau, Monika. Baden-Baden: Nomos, 3-32.
- Mauß, Hanns W. (2004), 'Normalisierung' oder Auszehrung? Deutsche Außenpolitik im Wandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 11/ 2004, 17-23.
- Mufti, Malik (1998), Daring and Caution in Turkish Foreign Policy, in: Middle East Journal 52(1), 32-50.
- Nolte, Detlef (2006), Macht und Machthierarchien in den internationalen Beziehungen: Ein Analysekonzept für die Forschung über regionale Führungsmächte, GIGA Working Paper No 29; Oktober 2006, Hamburg.
- Olson, Robert W. (2006), Turkey's Policies Toward Kurdistan-Iraq and Iraq: Nationalism, Capitalism, and State Formation, in: Mediterranean Quarterly, Vol. 17, No.1, Winter 2006.

- Olson, Robert W. (2006), Relations among Turkey, Iraq, Kurdistan-Iraq, the Wider Middle East, and Iran, in: Mediterranean Quarterly, Vol. 17, No.4, Fall 2006.
- Öcal, Mehmet (2005), Die türkische Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts (1990-2001), Bonner Islamstudien Band 10, Hamburg.
- Önis, Ziya (2003), Turkey and the Middle East after September 11, in: Lesch, David (ed.): The Middle East since 1945, 2003.
- Özcan, Gencer (2004), Turkey's Changing Neighbourhood Policy, Dialogue on Globalization, Briefing Papers, Friedrich-Ebert-Stiftung Istanbul, September 2004.
- Özel, Soli (2004), Der lange Weg nach Europa. Die Saga von den Beziehungen der Türkei und Europa, in: Internationale Politik, November/ Dezember 2004.
- Park, Bill (2005), Turkey's Policy Towards Northern Iraq: Problems and Perspectives, Adelphi Paper 374, International Institute for Strategic Studies.
- Putnam, Robert D. (1988), Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games, in: International Organization. 42 (Summer 1988), 427-460.
- Risse, Thomas (1999), Identitäten und Kommunikationsprozesse in der internationalen Politik - Sozialkonstruktivistische Perspektiven zum Wandel in der Außenpolitik, in: Medick-Krakau (1999), Außenpolitischer Wandel: Diskussionsstand – Erklärungsansätze – Zwischenergebnisse.
- Risse, Thomas (2003), Deutsche Identität und Außenpolitik, Berlin.
- Risse, Thomas (2004), Kontinuität durch Wandel: Eine ‚neue‘ deutsche Außenpolitik? in: Aus Politik und Zeitgeschichte 11/ 2004, 24-31.
- Robins, Philip (1991), Turkey and the Middle East, London.
- Robins, Philip (2003), Suits and Uniforms. Turkish Foreign Policy since the Cold War, London.

- Rosati, Jerel u.a. (1994), *Foreign Policy Restructuring: How Governments Respond to Global Change*, Columbia.
- Rubin, Barry/ Kirişçi, Kemal (Hrsg.) (2001), *Turkey in World Politics. An Emerging Regional Power*, Boulder and London.
- Rubin, Barry (2001), *Turkey: A Transformed International Role*, in: Rubin, Barry/ Kirişçi, Kemal (Hrsg.) (2001), *Turkey in World Politics. An Emerging Regional Power*, Boulder and London.
- Sandschneider, Eberhard (2005), *Neue Welt, altes Denken. Die Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik lösen sich auf*, in: *Internationale Politik*, Januar 2005.
- Schöllgen, Gregor (2004), *Die Zukunft der deutschen Außenpolitik liegt in Europa*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 11/2004, 9-16.
- Seufert; Günther (2003), *Die AKP – eine islamisch-konservative oder islamistische Partei? Die staatliche Religionsbehörde des laizistischen Staates und die islamisch-konservative Regierungspartei: Ein Akt im Verwirrungsspiel um Säkularismus und Islamismus in der Türkei*, Beitrag des 17. deutsch-türkischen Journalistenseminars der Konrad-Adenauer-Stiftung: *Irak, Türkei und der Mittlere Osten. Außenpolitische Herausforderungen für die Türkei und Deutschland*, 17.-29. Juni 2003, Kemer, Antalya.
- Soysal, Mümtaz (2004), *The Future of Turkish Foreign Policy*, in: Martin, G. Lenore u.a. (2004), *The Future of Turkish Foreign Policy*, Cambridge.
- Steinbach, Udo (2004), *Perspektiven für den Mittleren Osten aus der Sicht der Türkei, Deutschlands und der EU*, Redebeitrag auf der Konferenz: *Politisch-Strategische Lage im Mittleren Osten*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Istanbul.
- Stone, Leonard A. (2004), *Turkish foreign policy./change and continuity*, *Insight Turkey*. Ankara. 6 (October-December 2004) 4. S. 70-80.

- Taspinar, Ömer (2003), An uneven fit? The Turkish Model and the Arab World, Analysis Paper No.5 for the Brookings Project on U.S. Relations with the Islamic World, August 2003, Washington.
- Tibi, Bassam (1998), Aufbruch am Bosphorus. Die Türkei zwischen Europa und dem Islamismus, München.
- Ulusoy, Hasan (2005), A Constructivist Analysis of Turkey's Foreign and Security Policy in the Post-Cold War Era, Ankara.
- Walker, Joshua (2006), Turkey's New Geopolitical Agenda, in: Turkish Policy Quarterly, Vol. 5, summer 2006, Ankara.
- Waltz, Kenneth (1979), Theory of International Politics, Reading.
- Welsh, David A. (2005), Painful Choices. A Theory of Foreign Policy Change, Princeton.
- Wendt, Alexander (1992), Anarchy is what states make of it: The social construction of power politics, in: International Organizations 46, spring 1992, 391-425.
- Winrow, Gareth M. (2005), Turkey's Changing Regional Role and its Implications, Paper presented at the conference titled "Europeanization and Transformation: Turkey in the Post-Helsinki Era", Koç University, Istanbul, 2-3 December 2005.
- Yalcin, Demet (2006), The impact of the European Union on democracy in Turkey and its implications for the region, Istanbul.
- Yanik, Lerna K. (2006). Beyond 'Bridges,' 'Crossroads' and 'Buffer Zones': Defining a New International Role for Turkey. Ankara.